

Sie **marſchieren** wieder...

Sie **marſchieren** wieder...



Kaum eine Woche vergeht, in der keine **Neonazis** demonstrieren. Irgendwo in **Deutschland** – oder vor unserer eigenen Haustür.



Vorwort



Herbert C. Ordemann
Verleger
WESER-KURIER
Bremer Nachrichten
Verdener Nachrichten

Liebe Leserinnen und Leser,

vor 60 Jahren haben die alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges das menschenverachtende Nazi-Regime hinweggefegt. Zwei Fragen beschäftigen die Menschen bis heute: Wie konnte es dazu kommen, dass eine Verbrecherbande ein 65-Millionen-Volk ins Verderben führte und Europa mit unsäglichem Leid überzog? Und was muss man tun, damit sich so etwas niemals wiederholt?

In der Weimarer Republik führten Wirtschaftskrisen, Börsensturz, hohe Arbeitslosigkeit und die schwache Demokratie zu einer instabilen Lage in Deutschland. Zukunftsängste, Nationalismus und Antisemitismus waren der Nährboden, auf dem sich der Nationalsozialismus von einer Randerscheinung zur Massenbewegung entwickelte. Hitlers NSDAP wurde innerhalb weniger Jahre zur stärksten Kraft im Reichstag und feierte mit der so genannten Machtergreifung im Jahr 1933 ihren Triumph.

Von da an wurde die öffentliche Meinung manipuliert, die Presse systematisch „gleichgeschaltet“ und somit unterdrückt, der Rundfunk sendete nur ein einziges staatliches Programm. Es gab keine freie Presse mehr in Deutschland! Zwölf Jahre lang durften ausschließlich die offi-

ziellen Meldungen des Reichspropagandaministeriums verbreitet werden. Und das waren meist perfide Lügen.

Die konsequente Unterdrückung des freien Wortes war eine wesentliche Ursache für den Erfolg der Nationalsozialisten. Die demokratischen Siegermächte hielten deshalb zu Recht die Errichtung einer freien Presse für unverzichtbar. Unabhängig, meinungsbildend und demokratiefördernd sollten insbesondere die Tageszeitungen als vierte Säule neben den drei staatlichen Gewalten Legislative, Exekutive und Judikative stehen und dazu beitragen, täglich für die Demokratie zu streiten und sie gegen alle Angriffe zu verteidigen.

Wer als Zeitzeuge damals die Entwicklung des Nationalsozialismus miterleben musste, erfährt heute mit der Entwicklung des Neofaschismus eine unheimliche Duplizität der Ereignisse. Er erkennt die daraus entstehende Gefahr für unser Land.

Deshalb werden wir weiter über den neuen Rechtsextremismus berichten – gemäß unserem Auftrag, dem wir uns heute genauso verpflichtet fühlen wie vor 60 Jahren, als die Demokratie in Deutschland neu errichtet wurde.

Herbert C. Ordemann

Geleitwort



Dr. Henning Scherf
Bürgermeister
Präsident des Senats der
Freien Hansestadt Bremen



Christian Wulff
Niedersächsischer
Ministerpräsident

Vor 60 Jahren, am 8. Mai 1945, endeten der Zweite Weltkrieg und die Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten in Deutschland. Mehr als 55 Millionen Menschen hatten den Größen- und Rassenwahn der Nazis auf den Schlachtfeldern, in den Schützengräben, in den zerbombten Städten, in Konzentrationslagern und Gaskammern mit ihrem Leben bezahlen müssen.

Viele Menschen – alliierte und deutsche Soldaten, Zivilisten und Gefangene der Nationalsozialisten – litten bis zuletzt und weit über das Ende des Krieges hinaus. Millionen Deutsche waren auf der Flucht, ausgebombt, litten unter Hunger und Obdachlosigkeit oder waren in Kriegsgefangenschaft geraten. Auch in Bremen, wo es noch bis April 1945 Kämpfe gegeben hatte und Bomben gefallen waren, lagen Stadtteile in Schutt und Asche.

Die Schuld für Krieg und Gewaltherrschaft, für Holocaust und millionenfachen Tod von Menschen liegen wie ein dunkler Schatten über unserer Geschichte. Aus dieser Schuld ist für die neue demokratische Ordnung in Deutschland Verantwortung für die Zukunft erwachsen. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben bewusst einen Satz an seinen Anfang gestellt. Er lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Die Werte unserer Verfassung und unseres auf wechselseitigen Respekt gegründeten Zusammen-

lebens gilt es, gegen die Bedrohung durch den Rechtsextremismus zu verteidigen. Die Aktivitäten und Umtriebe von Rechtsextremisten – auch in Bremen und Niedersachsen, wie zum Beispiel aktuell im Raum Verden – mahnen uns weiterhin zu Wachsamkeit, Zivilcourage und engagiertem Einstehen für die demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaft.

Wir müssen die Erinnerung an die Vergangenheit wach halten und die Auseinandersetzung annehmen mit allen, die auch heute noch die Verbrechen des Nationalsozialismus verharmlosen, verklären oder gar verherrlichen und Hass gegen Fremde und Minderheiten säen. Eine demokratische, freie Gesellschaft hat in dieser Auseinandersetzung nicht nur Mitmenschlichkeit, Gewissen, Anstand und Moral auf ihrer Seite. Sie hat überdies auch die besseren Argumente und wird populistische und demagogische Scheinlösungen im gesellschaftlichen Dialog schnell als solche entlarven können.

Wir möchten alle ermutigen und zu diesem Weg einladen, denen das Wohl der Menschen, unseres Landes und unser Ansehen in der Welt am Herzen liegen. Als Regierungschefs zweier Bundesländer werden wir unseren Teil dazu beitragen.

Bremen und Hannover, im April 2005

Dr. Henning Scherf

Christian Wulff

Inhaltsverzeichnis



Eine neue, die alte Gefahr	8
Was uns Hitler beigebracht hat NPD und „Volksfront von rechts“: Wie soll die streitbare Demokratie darauf reagieren?	10
Der Menschenfeind von nebenan Die Mitte der Gesellschaft rutscht nach rechts	14
Ignorant bis populistisch Forscher stellt etablierten Parteien ein schlechtes Zeugnis aus	15
Bremens braune Hände	16
Spinnen an braunen Netzen Bremer Neonazis arbeiten im Untergrund an einer „Volksfront von rechts“	18
Geschäfte rechts außen vom Spielfeld Unheimliche Allianzen: Musik und Merchandising einen Neonazis und rechte Hooligans	20

Knallhart im Untergrund Die Szene in Bremen	21
Die Bremer Hetzmusikanten Die rechtsextreme Musikszene der Hansestadt ist radikal, beständig – und beängstigend lebendig	22
Rechte Töne auf dem Schulhof Neonazi-Kameradschaften und rechtsextreme NPD setzen auf Gratis-CD	24
Vehikel für Neonazi-Ideologie Rechtsrockexperte: Braune Lieder sind gefährlich	25
Bizarre Braune in Schwarz In der Böttcherstraße sollte „Musik wie Munition“ erklingen	26
Im braunen Himmel Was Rechte in das Haus Atlantis an der Böttcherstraße zieht	28
Alter Inhalt in neuem Outfit Der braune Rand der Jugendszenen Dark Wave und Black Metal	30
Der Heisenhof: Ein- und Ausichten	32
Riegers Heisenhof Eine Chronologie	34
Vor dem Gesetz sind alle gleich Verdens Oberkreisdirektor Werner Jahn zum Heisenhof und zu Riegers Plänen	36
Kommunen gegen rechts – aber wie? Ein Gastbeitrag von Reinhard Koch	37

Jürgen Rieger Ein Rechtsanwalt aus Hamburg	38
Superarier im Reagenzglas Ein Interview mit Jürgen Rieger im August 2004	39
Rigolf Hennig Ein Chirurg aus Verden	40
Adolf Dammann Ein Ex-Bankfilialleiter aus Buxtehude	41
Florian Cordes Ein Dachdecker aus Oyten	42
Reiselustig Die jungen Neonazis rund um den Heisenhof	43
Wie man Neonazis vertreibt Das kleine Hetendorf weiß: Der Widerstand braucht einen langen Atem	44
Hetendorf Nr. 13 Eine Chronologie	47
„Dieser Neonazi ist nicht mein Sohn“ Eine Mutter verliert ihr Kind an Rechtsextremisten	48
Das braune Gift wirkt lange nach Uwes weiter Weg aus der rechtsextremen Clique	50
Gewalt hält die Szene zusammen Warum Jugendliche nach rechts gehen	52
Wie VAJA arbeitet Akzeptierende Jugendarbeit made in Bremen	53



Eltern helfen – aber wie? Ein Gastbeitrag von Andrea Müller und Cornelius Peltz	54
Schulen gegen rechts – aber wie? Ein Gastbeitrag von Gerd Bücken	55
Nicht Bange machen lassen Wie junge Ausländer in Dörverden mit dem Heisenhof leben	56
Die Neonazis rücken näher	58
Braune Brutalität Viele Neonazis aus der Region sind gewalttätig	60
Die NPD und ihre „Ordner“ Blütenweiß sind nur die Hemden: Partei setzt verurteilte Gewalttäter zum „Schutz“ ihrer Veranstaltungen ein	62

Rechte Schmierfinken Neonazistische Kritzeleien gehören vielerorts zum Schulalltag	64
Viel zu tun für Staatsanwältin Anzeigen wegen politischer Straftaten häufen sich in Verden	65
Aussteigen – aber wie? Ein Gastbeitrag von Wolfgang Welp-Eggert	66
Der rechte Schulterchluss Auch in Niedersachsen soll eine „Volksfront von rechts“ entstehen	68
„Heimat“ Niedersachsen Ihre ersten Landtagsmandate errang die NPD in Hannover	69
Die Klagen der Braunen Neonazis ziehen häufig vor Gericht	70
Traurige Tradition Die Nazis und ihre Juristen – ein langes und dunkles Kapitel	72
Das Versteckspiel Mit Codes umgehen Neonazis Verbote	74
Die Trickkiste Rechtsextreme Internetseiten sind gespickt mit juristischen Tipps	75
Hakenkreuze für die Ewigkeit Auf „Ahnstätten“ begraben auch rechte Neuheiden ihre Toten	76
Verdrehte braune Geschichten An NS-Kultstätten im Bremer Umland schworen Nationalsozialisten die Niedersachsen auf ihre Ideologie ein	78

Aufklären über Nazi-Wahnsinn Museumsdirektor fordert mehr Information zu regionalen NS-Kultstätten	80
Ein Mord im Musterdorf Dötlingen war für die Nationalsozialisten etwas ganz Besonderes – heute will der Ort nichts mehr davon wissen	82
Gegen das Vergessen	86
Es endete im Massentod Bremen und Oldenburg in der NS-Zeit: Absolute Mehrheit, Staatsstreich und täglicher Terror	88
Hetzrede sieben Jahre danach Treffen ehemaliger SS-Männer in Verden führte zu Eklat	94
Würmer im Essen Der Heisenhof gehörte im Krieg zur Schießpulverfabrik Eibia	95
Überleben wie durch ein Wunder Die Familie Abraham fand in dem kleinen Dorf Bockel Schutz vor der Judenverfolgung	96
Das gestohlene Leben Wie Hitler Ruth und Martin getrennt hat – mehr als 60 Jahre lang	98
Die „Nürnberger Gesetze“ NSDAP goss Rassenwahn in Paragraphen	101
Warum Erinnerung notwendig ist Ein Gastbeitrag von Hans Koschnick	102
Impressum	107

Eine neue, die alte Gefahr



Das gescheiterte Verbotverfahren hat der rechtsextremen NPD Auftrieb gegeben. Der Ton ihrer braunen Kader wird aggressiver, das Auftreten dreister. Und die Partei sucht geradezu die Zusammenarbeit mit militanten Neonazis.

Was uns Hitler beigebracht hat

NPD und „Volksfront von rechts“: Wie soll die streitbare Demokratie darauf reagieren?

Verboten! Das ist der erste Reflex, wenn man sich mit der NPD befasst. Dass es 60 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus noch immer Leute gibt, die sich mehr oder minder offen zur **Hitlerei** bekennen, ist kaum zu begreifen und schwer zu ertragen. Und doch verpflichten uns der Geist ebenso wie der Buchstabe der Verfassung zur peinlich genauen Prüfung, gar nicht zu reden von der Klugheit.

Das Verbot einer Partei ist das schärfste Schwert der wehrhaften Demokratie, und als solche verstehen wir die Bundesrepublik. Wir haben damit eine Lehre aus dem Niedergang der Weimarer Republik gezogen. Die wurde von ihren totalitären Gegnern nämlich quasi auf gesetzlichem Wege ausgehöhlt und zerstört.

Hitler selbst hatte dies unverblümt angekündigt. So erklärte er beispielsweise 1930 vor dem **Reichsgericht**: „Die Verfassung schreibt uns den Boden des Kampfes vor, nicht aber das Ziel. Wir treten in die gesetzlichen Körperschaften ein und werden auf diese Weise unsere Partei zum ausschlaggebenden Faktor machen. Wir werden dann allerdings, wenn wir die verfassungsmäßigen Rechte besitzen, den Staat in die Form gießen, die wir als die richtige ansehen.“ Und das war die **NS-Diktatur**.

Die streitbare Demokratie lehnt eine bloß formale Interpretation ab und verpflichtet in bewusster Abkehr von der Vergangenheit zu einem an Werte gebundenes Verfassungsverständnis. Dazu gehört die Bestimmung des Grundgesetzes, dass Parteien, die die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder gar zu beseitigen versuchen, verboten werden können; können – nicht müssen. Denn ob man dieses Instrument im konkreten Fall anwendet oder nicht, hängt auch von Nützlichkeitsabwägungen ab. Bislang hat das Bundesverfassungsgericht, jeweils auf Antrag der Bundesregierung, nur zweimal ein Parteiverbot ausgesprochen: 1952 traf es die rechtsextremistische **Sozialistische Reichspartei** (SRP) und 1956 die Kommu-

nistische Partei Deutschlands (KPD). Die SRP war ein Sammelbecken rechtsextremer und zum Teil neonazistischer Gruppen.

Ihren Schwerpunkt hatte sie im Norden, insbesondere in Niedersachsen. Dort gewann sie im Mai 1951 (das Verbot drohte bereits) immerhin 11,0 Prozent und 16 Landtagsmandate. In den Landkreisen Diepholz, Bremervörde, Lüneburg und Aurich erzielt sie sogar um die 30 Prozent! Und noch im Oktober desselben Jahres errang sie in Bremen 7,7 Prozent beziehungsweise acht Mandate in der Bürgerschaft.

Nach dem Verbot zersplitterte sich die Szene. Aber selbstverständlich waren die **Unbekehrbaren** nicht bekehrt worden. Parteien kann man verbieten, Dummheit nicht.

Als neues Auffanglager der Rechten entstand 1964 nicht zufällig die **Nationaldemokratische Partei Deutschlands** (NPD) unter Führung des Bremers Fritz Thielen. Sie bildete sich aus mehr als 70 Gruppen mit rund 4000 Personen. Weitere 500 stießen aus der ehemaligen SRP und anderen verbotenen Organisationen hinzu.

In den Jahren 1966 bis 1968 erzielte die NPD überraschende Wählerfolge – zum Beispiel 1967 in Niedersachsen mit 7,0 Prozent und zehn Landtagsmandaten, in Bremen mit 8,8 Prozent und acht Mandaten sowie 1968 in Baden-Württemberg mit 9,8 Prozent und zwölf Mandaten. In dieser Zeit profitierte sie vom Protestpotenzial gegen die Große Koalition, die CDU/CSU und SPD in Bonn gebildet hatten, von der wirtschaftlichen Rezession, aber auch als rechter Antipode vom Auftreten der Außerparlamentarischen Opposition (APO) auf der linken Seite des politischen Spektrums. Bei der Bundestagswahl 1969 scheiterte die NPD jedoch mit 4,3 Prozent und verlor rapide an Bedeutung.

Das hat sich in den vergangenen Jahren geändert. Die NPD spielt wieder eine zentrale Rolle im rechten Milieu. Und die Experten sind sich inzwischen darin einig, dass diese Partei nicht nur verfassungsfeindlich agitiert, sondern dass sie

auch eindeutig verfassungswidrig agiert. Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung haben deshalb Anfang 2001 ein Verbotsverfahren in Gang gesetzt.

Zur Begründung hieß es, die Ziele der NPD seien **nationalsozialistisch, antisemitisch, rassistisch** sowie **antidemokratisch**, und so gebärden sich auch ihre Anhänger. An Belegen dafür gab es keinen Mangel.

Doch dann explodierte im Februar 2002, kurz vor der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht, eine politische Bombe. Nach und nach erfuhr die staunende Öffentlichkeit, dass rund 15 Prozent der NPD-Spitze als sogenannte V-Leute vom Verfassungsschutz bezahlt wurden.

Was auf den ersten Blick wie ein Skandal anmutet, gibt im Grunde wenig her. Entstanden ist diese durchaus legale Regelung in den 70er Jahren nach der Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Die hätte als unzweifelhafte Nachfolgeorganisation der KPD eigentlich verboten werden müssen. Doch dies erschien in Zeiten der Entspannungspolitik zwischen Ost und West nicht opportun. Um dem Recht Genüge zu tun, ohne die Kreise der praktischen Politik zu stören, kam man auf den Gedanken, die Kommunisten durch den Verfassungsschutz beobachten zu lassen. Nach demselben Strickmuster wurde gegenüber der NPD verfahren.

Dagegen ist im Prinzip nichts einzuwenden. Schließlich sind nur so verlässliche Informationen über das jeweilige Gefahrenpotenzial zu beschaffen. Und wie denn sonst sollte man notfalls die erforderlichen Beweise erbringen?

Jedoch gibt es ein grundsätzliches Dilemma: Wie weit muss sich ein V-Mann einlassen, um von den Bespitzelten als zuverlässiger Gefolgsmann akzeptiert zu werden? Und wo verläuft die Grenze, die er auf keinen Fall überschreiten darf, damit er nicht zum Mittäter wird? Zur Affäre in Karlsruhe geriet die Angelegenheit vor allem des-



halb, weil die Antragsteller sehr wohl wussten, in welchem Maße die NPD unterwandert ist, die Richter davon aber keinen blassen Schimmer hatten. Es ist ein Versäumnis der Innenminister, auf diese Problematik nicht einmal hingewiesen zu haben. Zumindest ihnen muss nämlich von vornherein klar gewesen sein, dass es in diesem Verfahren ganz wesentlich auf die Berichte von Verfassungsschützern angekommen wäre. Schließlich waren die Begründungen für den Verbotsantrag ja in ihren Häusern erarbeitet worden. Das Verfassungsgericht sah sich missachtet. Wie seriös war das ihm vorgelegte Material? Musste da nicht in der Öffentlichkeit der Verdacht

entstehen, der Staat selbst habe durch seine V-Leute die NPD geradezu heiß gemacht und sie in die Verfassungswidrigkeit gelockt?

Um es kurz zu machen: Zwar stimmten 2003 vier Richter für die Fortsetzung des Verfahrens, aber drei waren dagegen. Und damit wurde die für ein Parteiverbot vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit verfehlt. Man mag das in der Sache bedauern. Aber es spricht für diesen Rechtsstaat, dass er auch in einem solchen Fall nicht fünfmal gerade sein lassen.

Der misslungene Versuch des Staates, den **braunen Kadern** das Handwerk zu legen, hat das Selbstbewusstsein der NPD natürlich gestärkt.

Neonazi-Aufmarsch im brandenburgischen Halbe.

Die widerlichen Auftritte ihrer Abgeordneten im sächsischen Landtag legen davon Zeugnis ab. Wie etwa zu Beginn des Jahres, als sich die NPD-Fraktion weigerte, in einer Plenarsitzung des Parlaments der Opfer des Völkermords an den europäischen Juden zu gedenken und stattdessen von einem „**Bombenholocaust**“ in Dresden schwafelte.

Der Ton wird aggressiver, das Auftreten dreister. Die NPD sucht geradezu die Kooperation mit **militanten Kameradschaften** und ist zugleich darum bemüht, die rechten Kräfte zu bündeln, weil sie sich davon Synergie-Effekte verspricht. Dies ist ihr zumindest partiell gelungen.

Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt und der Chef der Deutschen Volksunion (DVU), Gerhard Frey, haben sich auf eine gemeinsame Strategie geeinigt. Bei der Bundestagswahl 2006 wollen NPD und DVU über die Konstruktion einer

Wahlfallenz den Einzug in den Bundestag schaffen. Nur die NPD soll antreten, in ihre Liste aber DVU-Kandidaten aufnehmen. Bei der Europawahl 2009 soll dann die DVU den Vortritt haben. Eine ähnliche Vorgehensweise ist für die kommenden Landtagswahlen vorgesehen. Die Republikaner lehnen dies ab. Sie paktieren ihrerseits mit der Deutschen Partei und der DSU. All das sieht nach einem rechten Schulterchluss aus.

Die Akteure selbst nennen das großsprecherisch „**Volksfront von rechts**“. NPD-Anführer Voigt verspricht schon mal: „Wir werden einen Wahlkampf liefern, wo Ihnen Hören und Sehen vergeht.“

In der Tat hat sich die Zusammenarbeit von NPD und DVU für die Beteiligten durchaus gelohnt. Durch Absprachen ist es der NPD gelungen, in Sachsen 9,2 Prozent der Stimmen zu gewinnen und damit erstmals seit 1968 wieder in

einen Landtag einzuziehen. Im Gegenzug erzielte die DVU in Brandenburg 6,1 Prozent. Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein indes blieb die NPD bei 1,9 Prozent hängen.

Politikwissenschaftler räumen dem rechten Bündnis wenig Chancen ein. Um bei der Bundestagswahl die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen, müssten 2,5 bis 2,8 Millionen Wähler mobilisiert werden. Die sind vorerst nicht in Sicht. Aber wer mag schon seine Hand dafür ins Feuer legen, wenn sich die wirtschaftliche Lage nicht verbessert und sich immer Menschen vor einer sozialen Deklassierung fürchten?

Bislang konnten die rechten Gruppierungen mit ihrer Zersplitterung ganz gut leben. Man sprach von der organisierten Verwirrung. Und das war den **Drahtziehern** gar nicht unlieb. Die Vielzahl der Organisationen und ihre angebliche ideologische Zerstrittenheit waren eine vorzügliche Tarnkappe, um das gemeinsame Ziel zu verschleiern. Nach dem Motto „**Getrennt marschieren und vereint schlagen**“ konnte man sich je nach Bedarf und politischer Großwetterlage von einzelnen Aktivitäten entweder distanzieren oder sich solidarisieren. Die Arbeitsteilung stellte den Blick für das dichte Geflecht an internen Verbindungen und die innere Kohärenz.

Neuerdings gibt es Signale aus Karlsruhe, die darauf hindeuten, dass die Verfassungsrichter auf

eine Fortsetzung des Verbotsverfahrens warten. Der Anstoß müsste von den Antragstellern kommen, doch die Politik zögert aus verständlichen Gründen. Eine Niederlage würde von den rechten Kräften allemal als Ermutigung betrachtet.

Zudem muss immer wieder sorgfältig abgewogen werden zwischen Nutzen und Schaden. Ein Organisationsverbot bringt **Gefinnungen** selten zum Verstummen. Man beseitigt dadurch die Symptome, nicht jedoch die Ursachen. Überdies lassen sich öffentlich agierende Parteien besser kontrollieren als ausschließlich im Untergrund tätige Aktivistinnen. Hin und wieder kann ein drohendes Verbot sogar mehr bewirken als das Verbot selbst.

Einem Rechtsstaat steht es sehr gut an, Augenmaß zu beweisen, sich auch nicht provozieren zu lassen. Allerdings darf er keinesfalls zulassen, dass sich Parteien breit machen, die ihn selbst aus den Angeln heben wollen. Das ist die Lehre von Weimar, das hat uns **Hitler** beigebracht.

Hans-Günther Thiele



Demonstration in Dresden: Der DVU-Chef Gerhard Frey (links) und der NPD-Vorsitzende Udo Voigt marschieren Seite an Seite.



Auch viele neonazistische Kameradschaften aus Niedersachsen marschierten im Februar 2005 bei der NPD-Demonstration in Dresden.

Der Menschenfeind von nebenan

Die Mitte der Gesellschaft rutscht nach rechts

„Ein Skin wird zum **Neonazi**, wenn er statt zu grölen, weiß, wovon er redet.“ Flapsig verharmlöst ein Bremer Rechtsextremist eine gefährliche Entwicklung: Immer mehr Neonazis treten „ganz normal“ auf – zumindest nach außen. Zugleich fallen rassistische und neonazistische Überzeugungsversuche auf immer fruchtbareren Boden, stellt Wilhelm Heitmeyer vom Institut für Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld fest.

„Deutsche Zustände“ heißt die Langzeitstudie, in der Heitmeyer seit 2002 jährlich 3000 Bundesbürger ab 16 Jahren repräsentativ befragen lässt. Mit erschreckenden Ergebnissen.



Ein „Familienfest“ für Neonazis? Impressionen vom „Pressefest“ der NPD-Postille „Deutsche Stimme“ 2004 im sächsischen Mücka.

Stichwort **Fremdenfeindlichkeit**: Mit 55 Prozent meint 2002 mehr als die Hälfte der Bundesbürger, in Deutschland lebten zu viele Ausländer. 2004 sind bereits 60 Prozent dieser Meinung. 2002 befürworteten 28 Prozent, Ausländer in ihre Heimat zurückzuschicken, wenn hierzulande die Arbeitsplätze knapp werden. 2004 ist dieser Ansicht mehr als ein Drittel der Deutschen (36 Prozent).

Angesichts dieser Ergebnisse sei Fremdenfeindlichkeit alles andere als ein politisches Randphänomen, sagt Heitmeyer. Denn der Anstieg bei den Ressentiments gegen Ausländer gehe vor allem auf Personen zurück, die sich selbst der politischen Mitte zuordnen: Die Mitte der Gesellschaft rutscht nach rechts.

Stichwort **Rassismus**: Der Auffassung, dass die Weißen zu Recht führend in der Welt seien, stimmen 2004 noch 13 Prozent zu. 2002 waren es 16 Prozent.

Stichwort **Antisemitismus**: Knapp 60 Jahre nach dem Holocaust glaubt jeder fünfte Deutsche, dass Juden in der Bundesrepublik zu viel Einfluss haben. 22 Prozent der Befragten stimmen dem zu, der Wert ist gegenüber 2002 etwa konstant. Mehr als die Hälfte der Bürger findet es in Ordnung, die Politik des Nazi-Regimes gegenüber den Juden mit der Politik Israels gegenüber den Palästinensern zu vergleichen.

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus zeugen von „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, definiert Heitmeyer. Offenbar gehört der freundliche Menschenfeind von nebenan längst zum Alltag.

Gleichzeitig berufen sich viele Menschen auf ihre Vorrechte als Etablierte. Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst einmal mit weniger zufriedengeben, befinden 58 Prozent der Befragten 2002. 2004 sind es schon 62 Prozent. Immerhin jeder dritte Befragte meint, dass mehr Rechte haben sollte, wer immer schon in **Deutschland** lebt.

Der Gesellschaft komme ihr „sozialer Kitt“ abhanden, skizziert Heitmeyer mögliche Ursachen für diese Entwicklungen. Seit 1993 sei das Nettovermögen im reichsten Viertel der Bevölkerung der alten Bundesländern um knapp 28 Prozent gewachsen, im ärmsten Viertel habe es um fast 50 Prozent abgenommen. In den neuen Bundesländern wuchs im selben Zeitraum das Vermögen der Reichen um fast 86 Prozent, während das der Armen um 21 Prozent sank.

Ein wachsender Riss in der Gesellschaft, der den Menschen nicht verborgen bleibt: Laut Heitmeyer sind fast 91 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass in diesem Land die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Dass immer mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, registrieren 85 Prozent.

Nur noch wenig überraschen kann angesichts dieser Ergebnisse, dass der Wissenschaftler rund einem Viertel der Bundesbürger attestiert, für rechtspopulistische Ideen anfällig zu sein. „Eine Gefahr für die Demokratie, die gerne ausgeblendet wird“, sagt Heitmeyer

Viele, die sich dem **Rechtspopulismus** nicht öffnen, reagieren nach seinen Worten mit Apathie. „Apathie wird in manchen Kreisen – übrigens nicht nur in konservativen – klammheimlich begrüßt.“ Denn: Wer schweigt, stört nicht beim Umbau der Gesellschaft.

Christine Kröger

Ignorant bis populistisch

Forscher stellt etablierten Politikern ein schlechtes Zeugnis aus



Ignorant bis populistisch: Im Gespräch mit Christine Kröger stellt der Bielefelder Gewalt- und Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer den demokratischen Parteien und ihren Politikern im Umgang mit rechten Tendenzen ein schlechtes Zeugnis aus.

Frage: Die Mitte der Gesellschaft rutscht nach rechts, haben Sie festgestellt. Was sollen die Demokraten tun?

Wilhelm Heitmeyer: Zuerst mal aufhören, dieses Phänomen zu ignorieren. „Ja, wir haben ein massives Problem mit sozialer Desintegration.“ Das zuzugeben, wäre ein erster Schritt.

Aber die etablierten Parteien verbreiten doch in seltener Eintracht jede Menge Appelle gegen Rechtsextremismus...

Ja, ja, die Moral wird sehr bemüht in diesen Tagen. Aber Appelle reichen nicht aus. Dafür haben viel zu viele Menschen das Vertrauen in die Politik längst verloren. Die Politik muss sich nicht nur gegen Rechtsextremismus aussprechen, sondern auch gegen Rechtspopulismus. Und seine Ursachen endlich zu Kenntnis nehmen.

So wie CSU-Chef Edmund Stoiber? Der sagt, Massenarbeitslosigkeit erzeugt Rechtsextremismus.

Das halte ich für kurzfristig und propagandistisch. Die Situation ist komplizierter – und auch gefährlicher. Rechtsextreme docken an die Alltagsprobleme der Menschen an. Sie entwickeln eine nationale Vision von Deutschland als Alternative zu den gegenwärtigen Zuständen. Dabei fallen sie nicht mehr mit der Tür ins Haus. Statt rassistische oder antisemitische Sprüche zu klopfen, propagieren sie ein homogenes Deutschland. Über Rechtspopulismus versuchen sie, Menschen in den Extremismus zu holen.

Wie können die demokratischen Parteien das verhindern?

Zum Beispiel keine Steilvorlagen liefern, indem auch sie Kampagnen gegen Ausländer anzetteln oder einen Generalverdacht gegen Muslime hegen.

Bremens braune Ränder



Knallhart und gut vernetzt – so beschreiben Kenner Bremens Neonazi-Szene. Sie hat gelernt, im Untergrund zu agieren. Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt haben sich in der Hansestadt radikale Rechtsrockbands etabliert.

Spinnen an braunen Netzen

Bremer Neonazis arbeiten im Untergrund an einer „Volksfront von rechts“

Als die ersten Neonazis in der Bremer Kneipe eintreffen, ist es längst dunkel. Das passt den Männern gut in den Kram, schließlich ist ihr Treffen **hochkonspirativ**: An diesem Abend setzt sich fast alles an einen Tisch, was sich in der rechtsextremen Szene Bremens einen zweifelhaften Namen gemacht hat. In Treffen wie diesem wollen die Neonazis ein Bündnis schmieden.

An einer solchen „Volksfront von rechts“ stricken Männer wie **Henrik Ostendorf**. Der Bremer Neonazi pflegt seine Szenekontakte in der Hansestadt bevorzugt am Wochenende. Unter der Woche zieht es ihn ins sächsische Riesa. Dort arbeitet er bei der „Deutschen Stimme“, das bestätigten Verfassungsschützer. Der Verlag der **NPD-Parteizeitung** gibt neben der Monatszeitschrift auch andere rechtsextremistische Schriften und Tonträger heraus. Den Geschäftsführer der „Deutschen Stimme“, **Jens Pühje**, kennt Ostendorf seit vielen Jahren. Beide sind gebürtige Bremer, Pühje war in der Hansestadt als jugendlicher Skinhead unterwegs.

Trotz seines Verlagsjobs ist Henrik Ostendorf, in der Szene „Ossi“ genannt, alles andere als ein Schreibtischtäter. Als ein Anführer der Bremer Hooligans darf der 36-Jährige Gewalt nicht scheuen. Ist „Ossi“ nicht in Bremen, sagt **André Sagemann** den muskelbewehrten „Hools“, wo's lang geht. Er gilt als Ostendorfs rechte Hand, Seite an Seite sieht man die beiden bundesweit bei Neonazi-Veranstaltungen marschieren.

Szenekenner schätzen den „harten Kern“ gewaltbereiter rechter Fußballfans in Bremen auf gut 20 Mann, die sich „**Standarte**“ nennen.

Rechte „Bremen-Fans“ marschierten auch bei der NPD-Demonstration im April 2005 in Verden mit.

Stehen Schlägereien auf dem Programm, könne „Ossi“ kurzfristig auch „ganz locker“ mehr als 50 Mann mobilisieren, heißt es aus der Szene. „Das geht blitzschnell“, berichtet ein Insider. „Man verabredet sich mit den ‚Hools‘ eines anderen Vereins auf einem Parkplatz, kloppt sich – und verschwindet wieder, bevor jemand überhaupt etwas mitkriegt oder gar die Polizei kommt.“

Die Hooligans um Ostendorf aber begnügen sich nicht mit dem üblichen „Hooligansport“, in der Szene „dritte Halbzeit“ genannt. Gemeinsam mit Neonazis aus Kameradschaften lauschen sie am Wochenende auch mal Berichten eines SS-Veteranen. Oder schauen sich in einer ihrer Stammkneipen einen bräunlichen Film über Hitlers Stellvertreter **Rudolf Heß** an – mitten in



Bremens Innenstadt. Von solchen Veranstaltungen berichten Szenebeobachter und Verfassungsschützer.

Trefflich verbinden kann Henrik Ostendorf NPD-Kontakte und Hooligan-Erfahrung im „Bundesordnerdienst“ der Partei, den NPD-Vorstandsmitglied **Manfred Börm** aus Lüneburg seit etwa 2003 aufbaut. Mitte Februar 2005 jedenfalls trat der Bremer in Dresden an der Spitze des NPD-Aufmarsches als „Ordner“ auf.

Was Börm unter „Ordnerdienst“ versteht, hat er beim – erfolglosen – Wahlkampf der rechtsextremen Partei in Schleswig-Holstein gezeigt. Im Dezember 2004 lieferte sich seine Truppe dort mit Gegendemonstranten eine Straßenschlacht. Die Staatsanwaltschaft ermittelte unter anderem

wegen schwerer Körperverletzung. Bei den Bremer Neonazi-Treffen ist die NPD bislang nur durch **Daniel Fürstenberg** vertreten. Fürstenberg ist Mitglied der NPD-Jugendorganisation „**Junge Nationaldemokraten**“ (JN) und lebt seit Monaten auf dem Heisenhof des Hamburger Neonazis **Jürgen Nieger** in Dörverden.

Zahlreicher als NPD-Vertreter erscheinen die „Freien Nationalisten“ um den verurteilten Gewalttäter **Andreas Hackmann**. Das knappe Dutzend Männer, das den harten Kern der Kameradschaft ausmacht, besteht zum großen Teil aus „Veteranen“ unter den Braunen in Bremen. Sie verstehen sich laut Verfassungsschutz als eine neonazistische „Kaderschmiede“ – ständig bemüht, rechte Skinheads und andere rechtsorientierte Jugendliche zu ideologisieren.

Hackmann ist Bremens umtriebiger „**Freier Nationalist**“. Der bekennende Hitler-Fan fehlt bei kaum einem Neonazi-Aufmarsch oder Rechtsrock-Konzert in Norddeutschland. Wenn sich Rechtsextreme in oder um Bremen zusammenfinden, hat „Hacki“ meist seine Finger im Spiel. Auch auf dem Heisenhof war der 34-Jährige zur Stelle, als der NPD-Nachwuchs um Fürstenberg im November seine erste Schulung veranstaltete. Den verurteilten Rechtsterroristen **Peter Raumann** soll er dem Parteinachwuchs als „Referenten“ vermittelt haben.

„Hacki“ besucht auch viele Treffen und Konzerte der Bremer „Hammerskins“ um **Andreas Vohci**. Die international vernetzten „Hammerskins“ verstehen sich als elitäre „arische Bruderschaft“ und agieren extrem konspirativ. Ähnlich wie das in Deutschland verbotene Netzwerk „Blood & Honour“ verbreiten sie Hetzparolen gegen Ausländer und Juden auf CDs und in Konzerten.

„Hakenkreuz-Fahnen und ‚Heil-Hitler‘-Rufe – die ganze Palette“, berichtet ein Besucher eines „**Hammerstein**“-Konzertes mit rund 300 Gästen, das vor einigen Jahren im Teufelsmoor im Landkreis Osterholz stattfand. Solche Konzerte

werden als Privatpartys getarnt. „Irgendwie sind sie das auch“, meint der Augenzeuge. Kommen dürfe nur, wer ausdrücklich eingeladen sei, in der Regel endeten die zweifelhaften Events in Alkoholexzessen und brutalen Schlägereien. Für die illegalen Partys nehmen die Eingeladenen weite Anfahrten in Kauf, Hardcore-Neonazis reisen sogar aus dem Ausland an.

Neonazi-Konzerte lassen sich aber nicht nur in abgelegenen Winkeln wie dem Teufelsmoor, sondern auch in Großstädten organisieren. So traten Anfang März 2005 rechtsextreme Bands mitten in Hamburg vor mehr als 300 Besuchern auf. Mit von der Partie war „**Lunikoff**“ alias **Michael Regener**. Regener ist in der rechtsextremen Szene ein Star – spätestens, seit Berliner Richter seine Band „Landser“ 2003 als kriminelle Vereinigung verboten haben. Events wie das in Hamburg könnten die Neonazis bei ihren Treffen demnächst auch in Bremen planen.

Regener hat schon vor Monaten einen Aufnahmeantrag in die NPD gestellt – sein Beispiel zeigt, dass NPD und neonazistische Gruppen bundesweit längst eng zusammenarbeiten. Bremens Neonazis dagegen beäugen die NPD der Hansestadt mit Argwohn. Allerdings nennen Szenebeobachter dafür weniger ideologische als personelle Gründe. Geführt werden die nur knapp 50 Mitglieder des Landesverbandes von **Horst Görmann** aus Bremerhaven. Sein Verband macht seit Jahren allenfalls durch interne Querelen von sich reden. Vor einigen Wochen vermeldete die Partei stolz im Internet, sie habe Bremens Republikaner geschluckt. Deren Landesverband zählt aber nur ein schlappes Dutzend Mitglieder.

Auch **Markus Privenau** hofft offenbar, im Umfeld der Bremer NPD bald wieder eine Rolle zu spielen. Er führte bis Mitte der 90er Jahre die Bremer Neonazis als Landeschef der 1995 verbotenen „**Freiheitlich deutschen Arbeiterpartei**“ (FAP) an, war später bei der JN aktiv und pflegte beste Kontakte zu Altnazis in der Hansestadt. Dann zog der mehrfach verurteilte Gewalttäter

mit Neonazis aus dem Umfeld von Kameradschaftsanführer **Thomas Wulff** nach Mecklenburg-Vorpommern. Seit einigen Monaten wieder in Bremen, will er alte Kontakte neu knüpfen.

Viel stärker als die NPD ist in Bremen bekanntlich die DVU mit ihren rund 200 Mitgliedern. Deren Kreisvorsitzender und Bürgerschaftsabgeordneter in Bremerhaven, **Siegfried Zittmann**, hat es im vergangenen Jahr zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gebracht. Doch von einer gemeinsamen „Volksfront“ mit den Bremer Neonazis scheint die DVU weit entfernt. Der Partei arbeiten die rechten Zirkel derzeit vermutlich zu sehr am Rande der Illegalität.

Insgesamt treffen in Bremen schwache rechtsextreme Parteistrukturen auf einen harten neonazistischen Untergrund. Zumindest Görmanns Amtsvorgänger **Jörg Hendrik Wrieden**, der laut Verfassungsschutz heute den NPD-Ortsverband Bremen-Nord leitet, kennt offenbar keine Berührungsängste: Wrieden wurde wegen Volksverhetzung verurteilt, weil er über das NPD-Faxgerät eine Mitteilung von „**Blood & Honour**“ verbreitet hat. Das Schreiben rief indirekt dazu auf, auf Polizisten zu schießen.

Fälle wie dieser könnten sich wiederholen, sollten die **Bremer Braunen** sich erfolgreich verbünden. Dann wird der neonazistische Untergrund die legalen Parteistrukturen nutzen – und nicht umgekehrt. Darüber sind sich die meisten Szenekenner schon heute einig.

Christine Kröger

Geschäfte rechts außen vom Spielfeld

Unheimliche Allianzen: Musik und Merchandising einen Neonazis und rechte Hooligans

Fußball verbindet bekanntlich – doch manchmal schafft Fußball auch gefährliche Allianzen. Wie eng in Bremen Hooligans und Neonazis verbandelt sind, beweist die Fangemeinde der rechten Hooligan-Band „**KC** – **Sungrige Wölfe**“. Ihr harter Kern trifft sich nicht nur auf Konzerten, man macht auch gemeinsam Geschäfte.

„KC“ steht für „Kategorie C“, in die die Polizei gewaltbereite Fußballfans steckt. Aber beim Ja zur Gewalt lassen es die Bremer Musikanten um Sänger **Hannes Ostendorf** bekanntlich nicht bewenden. Sie veröffentlichen auf Hardcore-Neonazi-Samplern ihre Stücke und treten mit einschlägigen rechtsextremen Bands auf.

So überrascht nicht, dass auch das „**Aktionsbüro Nord**“ um die bundesweit bekannten Kameradschaftsanführer Christian Worch und Thomas Wulff im Februar 2005 zur Pro-„KC“-Demo nach Lüneburg blies. Seite an Seite wollten dort rechte Hooligans und Neonazis gegen die Absage eines „KC“-Konzerts demonstrieren. Die Stadt verbot die Kundgebung. Die eilig eingeschaltete Hamburger Anwältin **Wija Pahl** aus dem Umfeld des Neonazis Jürgen Rieger konnte Ostendorf und seinen Fans nicht helfen, sie unterlag vor dem Verwaltungsgericht. Dessen Richter schrieben der Fangemeinde „Gewaltbereitschaft“ und mehr ins Stammbuch: Das Umfeld der Band sei „eine unmittelbare und erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit“.

Trotz Verbotes fuhr Hannes Ostendorf in einschlägiger Begleitung nach Lüneburg. Mit von der Partie unter anderem: sein Bruder Henrik, rechtsextremer Hooliganführer, dessen „rechte Hand“ **André Sagemann** und „**Freie Nationalisten**“ aus Bremen. Das Spiel Werder Bremen gegen den VfL Bochum ließen die „Fußballfans“ dafür offenbar gerne sausen. Schließlich geht es Hannes und seinem Bruder Henrik Ostendorf mit „KC“ um mehr als die rechte Gesinnung – es geht auch um Geld. Der Auftritt endete mit zehn vorübergehenden Festnahmen, die Polizei ermittelte

unter anderem wegen Landfriedensbruchs. Nicht von ungefähr wird in Lüneburg auch **Martin Gfner** vorübergehend in Gewahrsam genommen. Der rechte Hooligan ist zwei Wochen zuvor an Henrik Ostendorfs Seite bei der NPD-Demonstration in Dresden marschiert. „**Sieg oder Spielabbruch**“ heißt Elsners videoüberwachter Laden in Hastedt, in dem sich Hooligans T-Shirts bedrucken lassen. „Scheiß Holland“ oder



„Fußball, Ficken, Alkohol“ sind Beispiele aus Elsners Standardsortiment. Natürlich gibt es bei ihm auch CDs von „KC“.

Seine Waren bietet Elsner auch im Internet an. Im Netz bastelt er gegenwärtig noch an einem zweiten Auftritt – unter Adressen, die den Slogan „Sport frei“ enthalten. „Sport frei“ sei patent- und markenrechtlich geschützt, ist auf der unfertigen Internetseite schon mal zu lesen. Inhaber der Marke: Henrik Ostendorf. „Sport frei“ hat „KC“ auch eine ihrer CDs genannt, und „Sport frei“ ist der Standardgruß im virtuellen Gästebuch der Band. Dass sich mit der Marke Geld verdienen lässt, macht der Hamburger Neonazi **Lars Georgi** den Bremern vor. Er bietet bereits „Sport

frei“-Artikel an. Georgis Angebot an „Szeneoutfit“ reicht bis zu Mundschutz und Teleskopschlagstock. Auch der Bremer **Utz Henze** ist als brauner Kaufmann im Internet unterwegs. Seit Jahren in der Kameradschaftszene in Bremen-Nord und Schwanevede aktiv, weiß er, wofür Neonazis ihr Geld ausgeben. Sein Bekleidungsangebot reicht bis zu Männerslips mit **lorbeerbekränzter** „88“, die unter Rechtsextremen für „Heil Hitler“ steht. Und bis zu Kinder-Kapuzenpullovern mit „Thor“-Schriftzug – in Fraktur, versteht sich. Auch der Verfassungsschutz hat Henzes „**Seimball-Shop**“ längst im Visier. Schließlich bietet Henze jede Menge rechte bis rechtsextreme Musik an – darunter die Scheiben von „KC“. Nicht das einzige Angebot, das gleichermaßen Neonazis und Hooligans gefallen soll. So hat Henze neben „Sport frei“-Shirts auch „ACAB“-Pullover im Sortiment. „ACAB“ steht für „All Cops are Bastards“. Die unter rechten „Hools“ beliebte Hetzparole hat Georgi patentrechtlich geschützt.

Mit Musik und Merchandising finden Neonazis nicht nur unter Hooligans Anschluss, gemeinsam knüpfen sie noch andere **unheimliche Allianzen**. So traten die Rechtsrocker von „KC“ bereits in Clubhäusern von Rockerbanden auf. Zum Beispiel beim „Gremium MC“ in Bremerhaven, einer der großen Rockerbanden, die neben „Hell’s Angels“, „Outlaws“ und „Bandidos“ bundesweit die Szene beherrschen. Sie werden immer wieder mit Organisierter Kriminalität in Zusammenhang gebracht.

Auch im Landeskriminalamt Hannover weiß man von rechten Hooligan- und **Skinheadkonzerten im Rookermilieu**. „Offensichtlich hoffen die Rocker, in diesem Umfeld Nachwuchs zu werben“, sagt ein LKA-Sprecher. Kein fern liegender Gedanke, müssen die Rocker doch im kriminellen Milieu häufig ihre Claims auch gegenüber ausländischen Banden abstecken. Und Ausländer haben auch die Rechten bekanntlich besonders auf dem Kieker. Christine Kröger

Knallhart im Untergrund

Die Szene in Bremen

Aussteiger nennen Bremens Neonazi-Szene eine der härtesten bundesweit – obwohl es in der Hansestadt seit Jahren keinen Neonazi-Aufmarsch mehr gab. Denn hier haben die Rechtsextremisten im **Untergrund** zu agieren gelernt.

Nach Angaben von Szenekennern existieren knallharte Untergrundstrukturen und straffe Netzwerke kleiner gewaltbereiter Gruppen wie neonazistische Kameradschaften, konspirative „Hammerskins“, rechte Hooligans und Skinheads. Sie alle eint ihr Hang zur Gewalt.

In jüngster Zeit entstehen zudem noch neue Kameradschaften, die sich „**Saujatic**“ oder „**Wejerturm**“ nennen. Sie verlangen weder Parteibuch noch Unterschrift – nichts, was für Behörden greifbar wäre. So sinkt die Hemmschwelle für Jugendliche enorm. Daher warnen Szenebeobachter: Wer die rechte Gefahr an Mitgliederzahlen von Parteien festmache, verkenne sie – und spiele den Neonazis in die Hände.

Bundesweit nähern sich Kameradschaften und NPD an. Auch in Bremen basteln die Rechtsextremen längst an ihrer „**Volksfront von rechts**“: Bei der NPD-Kundgebung Mitte Februar 2005 in Dresden sind nicht nur NPD-Chef Udo Voigt, DVU-Chef Gerhard Frey und Ex-Republikaner-Chef Franz Schönhuber einträchtig nebeneinander marschiert, sondern auch „Kameraden“, Hooligans und „Hammerskins“ aus Bremen, die noch vor Monaten einen großen Bogen um jede NPD-Veranstaltung gemacht hätten. Christine Kröger



„Sport frei“: Das rechte Merchandising für Hooligans scheint gut zu laufen – auch beim „Pressefest“ des NPD-Organs „Deutsche Stimme“ 2004 in Mücka.

Die Bremer Hetzmusikanten

Die rechtsextreme Musikszene der Hansestadt ist radikal, beständig – und beängstigend lebendig

Sie nennen sich „Endlöser“ und „Hetzjagd“, „Nahkampf“ und „Rufmord“. Sie hetzen gegen Juden und Ausländer, gegen Christen und Demokraten. Sie verherrlichen Krieg und **Naziführer**, Adolf Hitler und Rudolf Heß. Ihren „Feinden“ drohen sie unverhohlen mit brutaler Gewalt bis zum Mord. Laut und aggressiv schreien sie ihre Parolen ins Mikrofon und pressen sie auf CD. Das alles geschieht mitten in und rund um Bremen. Was kaum jemand weiß: Die Hansestadt hat eine der radikalsten und aktivsten Rechtsrock-Szenen.

Sie ist Heimat einer der ältesten deutschen Rechtsrock-Bands. **„Endstufe“** gründete sich 1981 um Sänger Jens „Brandy“ Brandt. Rund 20 Tonträger hat sie seither veröffentlicht und nach eigenen Angaben mehr als 100 000 Exemplare davon verkauft. Vier Veröffentlichungen hat die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien auf ihren Index gesetzt. Sie dürfen nicht in die Hände Jugendlicher gelangen oder öffentlich beworben werden. Zwei CDs sind zudem beschlagnahmt. Eine Beschlagnahme beschließen Gerichte, wenn die Inhalte einen Straftatbestand erfüllen – in der Regel Volksverhetzung oder Verfassungsfeindlichkeit.

Elf Jahre jünger als „Endstufe“ ist die Bremer Band **„Endlöser“**. Von 1993 an hieß sie „Schlachtruf“, seit 2002 firmiert sie wieder als „Endlöser“. Die Band um Sänger Andreas Lohei hat seit 1995 sechs CDs auf den Markt gebracht, ihren „Kampf ums Überleben“ ließen die Richter beschlagnahmen. Ende 2004 ist ihr jüngstes Machwerk erschienen: „Zurück von den Toten“. Ein Teil der wechselnden Bandbesetzung gehört

den **„Hammerskins“** an. Offen bekennen sich die Bremer in Liedtexten und in CD-Booklets zu dem gefährlichen internationalen Rassistennetzwerk. Die Bewegung schwappte Anfang der 90er Jahre aus den USA nach Europa. „Hammerskins“ sehen sich als elitäre „arische Bruderschaft“ mit absolutem Führungsanspruch.

2003 entstand in Bremen der Sampler „Status Quo Germania“ mit dem Untertitel „Hammerskin-Nation“. Neben „Endlöser“ und **„Hetzjagd“** aus Bremen lärmten darauf mehrere „Hammerskin“- und „Blood & Honour“-nahe Bands aus dem ganzen Bundesgebiet. „Blood & Honour“ ist ein großes internationales Neonazi-Netzwerk. Vordringliches Ziel: rechtsextreme Musik international zu vermarkten – an Behörden und Verboten vorbei – und damit viel Geld zu verdienen.

Verbrämt mit einer rudimentären rechtsextremen Ideologie „von Skinheads für Skinheads“ genießt **„Blood & Honour“**

in der rechten Szene großes Ansehen. Im Jahr 2000 verbot Innenminister Otto Schily „Blood & Honour“ in Deutschland. Insider der Neonazi-Szene sind sich aber mit Polizei und Experten aus Journalismus und Wissenschaft einig, dass die Bewegung im Untergrund weiter existiert. Auf einschlägigen Internetseiten werden „Blood & Honour“-Konzerte noch immer offen angekündigt.

Projekte wie **„Status Quo Germania“** zeugen von der Beständigkeit der Bremer Rechtsrock-Szene – und von ihren bundesweiten und internationalen Verbindungen. Die gibt es seit Jahren, das belegt auch „Grenadier“. So heißt



Hochkonspirativ organisiert und häufig auch von der Polizei unbehelligt finden in Niedersachsen Hardcore-Neonazi-Konzerte statt.

ein Bandprojekt, in dem „Endstufe“ mit US-amerikanischen und australischen Neonazi-Bands CDs produzieren. Die jüngste entstand 2002 und heißt **„Rudolf Heß“**. Der einstige Stellvertreter Hitlers wird von vielen Neonazis als „Märtyrer für Deutschland“ verehrt.

Eine weitere feste Größe in Bremens rechter Szene ist die Hooligan-Band **„KC-Hungrige Wölfe“**, kurz „KC“ genannt. Mit der Wahl ihres Namens kokettieren die „Musiker“ um Sänger Hannes Ostendorf bereits mit ihrem Ja zur Gewalt: „KC“ steht für „Kategorie C“, und so nennt die Polizei gewaltbereite Fußballfans. „KC“ hat sich bundesweit längst einen zweifelhaften Namen gemacht, sie gilt heute als die deutsche Hooligan-Band. Ihre „Musiker“ wehren sich immer wieder gegen Bezeichnungen wie rechts-

extrem oder neonazistisch. Viele Liedtexte verherrlichen eher Brutalität und Alkoholmissbrauch als rechtsextreme Weltanschauungen.

Aber es gibt auch andere Lieder. In deren Texten sehen Kritiker Gewalt gegen Ausländer propagiert oder den **Nationalsozialismus** verherrlicht. Die Band tritt zudem auf Konzerten auch mit einschlägig bekannten Neonazi-Gruppen auf – so zum Beispiel Ende 2004 in Bad Nenndorf bei Hannover mit den Berliner Neonazis von „Berserker“.

Zumindest Sänger Ostendorf, der im Januar 2002 „Kategorie C – KC Die Band“ als Wort- und Bildmarke schützen ließ, scheint zu seiner neonazistischen Gesinnung zu stehen: Er ist auch Frontmann der „Blood & Honour“-nahen Band **„Nahkampf“**. Die sehr konspirativ agierende Gruppe hat seit ihrer Gründung 1986 fünf CDs veröffentlicht, von denen zwei indiziert sind. Zwei weitere sind Gemeinschaftswerke mit einschlägigen Bands – und ein weiterer Beleg für die weit reichenden Verbindungen Bremens brauner Musikanten. 2001 veröffentlichte „Nahkampf“ unter anderem eine CD mit „Kolovrat“. „Kolovrat“ ist das russische Wort für **Hakenkreuz** und der Name der ersten neonazistischen Skinhead-Band in Russland.

Das A im Schriftzug von „Nahkampf“ erinnert an das verbotene Zivilabzeichen von **Adolf Hitlers Sturmabteilung (SA)** – so sehr, dass selbst einige rechte CD-Versandhändler es schwärzen ließen. Im Jahr 2000 ließ sich ausgerechnet der Bremer Jens Pühse den Schriftzug als Marke eintragen. Pühse ist Vorstandsmitglied der rechtsextremen NPD und auch im Vorstand der Jungen Nationaldemokraten (JN), der radikalen NPD-Jugendorganisation. Mit **„Pühse's Liste“** betreibt er zugleich einen großen deutschen Rechtsrock-Versandhandel. Pühse lebt heute in Sachsen und arbeitet dort als Geschäftsführer der NPD-Postille „Deutsche Stimme“.

Bremens „musizierende“ Rechte pflegen nicht nur bundesweite und internationale

Kontakte, sie sind auch eng mit dem niedersächsischen Umland verbandelt. Ein Beispiel: „Nahkampf“ hat im Bandprojekt „Panzerdivision“ mit den rechtsextremen „Patriotic Bois“* aus Delmenhorst gespielt. Einige der **„Patriotic Bois“** haben sich bei „Sturmbrigade“ mit Ex-KC-Mitglied Rainer Friedrichs zusammengefunden. Mit von der Partie waren auch „Endstufe“ und „Nahkampf“. Eine Gruppe, die offensichtlich beim Publikum so gut ankam, dass man sich für das Projekt „Rufmord“ wieder traf. Titel der CD: **„Setzt erst recht“**.

Christine Kröger

* In der rechten Skinhead-Szene – aber nicht nur dort – werden „eu“ und ähnlich klingende Laute häufig durch „oi“ ersetzt.



Der Rechtsrock boomt: CDs, auf denen Bremer Bands ihre Hetzmusik zum Besten geben.



Rechte Töne auf dem Schulhof

Neonazi-Kameradschaften und rechtsextreme NPD setzen auf Gratis-CD

NPD-Bundesgeschäftsführer **Frank Schwerdt** konnte sich eine gewisse Häme nicht verkneifen: „Trotz allem Verfolgungswahn der Behörden“*, schrieb er im Internet, „die Sachsen-CD ist weitestgehend an die Jugendlichen gebracht worden.“

Schwerdt meint die CD, von der die NPD Anfang September 2004 im Landtagswahlkampf in Sachsen 25 000 Exemplare pressen ließ, um sie gratis an Jugendliche zu verteilen. Auf dem Tonträger gibt der wegen Volksverhetzung verurteilte Liedermacher **Frank Renniecke** aus Baden-Württemberg gleich drei Stücke zum Besten. Renniecke, seit 1987 aktiv, ist der beliebteste „**nationale Barde**“ der Szene, er absolviert viele Auftritte für NPD, JN und „freie Kameradschaften“. Immer wieder propagiert er den Kampf gegen das ihm verhasste „herrschende System“. Erst im Januar 2005 hat Renniecke vor etwa 200 Neonazis in Oyten (Kreis Verden) gesungen – bis die Polizei den „Liederabend“ auflöste.

Eher ein „Shooting-Star“ der Szene ist **Annett Moeck** aus Brandenburg, die im Jahr 2000 mit ihrem Debüt „Eine Mutter klagt an“ für Furore gesorgt hat. Ihr Stück „**Deutsche Mutter**“ ist ebenfalls auf der NPD-CD verewigt. Darin regt sich die rechte Liedermacherin auf: „Ich arbeit’ mir den Arsch hier blau für seine sie-

ben Görn und seine olle Frau.“ In der dritten Strophe merkt der aufmerksame Zuhörer, wer die „sieben Görn“ hat – und um was es Moeck eigentlich geht: um Stimmungsmache gegen



Als „Fels in der Brandung“ produziert sich „**Lunikoff**“ auf der NPD-CD. Hinter dem Pseudonym steckt **Michael Regener**, Sänger der Neonazi-Kultband „Landser“. Sie wurde 2003 als kriminelle Vereinigung verboten. Seither nennen Regener und seine Musiker sich „Die Lunikoff Verschwörung“ – und münzen das „Landser“-Verbot gerne und immer wieder zur Drohung um: „Eines Tages werdet ihr euch wünschen, wir würden nur Musik machen.“ Solche gefährlichen Töne will die NPD nun bundesweit unter die Jugendlichen bringen.

Die Idee für eine kostenlose Schulhof-CD hat die Partei offenbar übernommen – von anderen Rechtsextremisten: Das bundesweite Netzwerk neonazistischer Kameradschaften, die sich „**Freie Nationalisten**“ nennen, wollte in ganz Deutschland bis zu 250 000 CDs gratis an Schüler verteilen. Dann schrieben die Neonazis im Internet über ihr „Projekt Schulhof“: „Eigentlich wollten wir euch eine CD in die Hand drücken, aber durch staatliche Verbote und Willkür war es uns nicht möglich.“ Damit meinen die Neonazis Gerichtsbeschlüsse,

die der „Schulhof-CD“ jugendgefährdende Inhalte bescheinigen. Als „Ersatz“ boten die „Kameraden“ Musik zum Downloaden an – und verwiesen dabei unter anderem auf die Gruppe „**Endlöser**“ aus Bremen. Christine Kröger

* Fehler im Original.

Vehikel für Neonazi-Ideologie

Rechtsrockexperte: Braune Lieder sind gefährlich

Rechtsrock hat viele Facetten – von Heavy Metal bis Folklore. Längst werden die gefährlichen politischen Botschaften zu den verschiedensten Klängen vorgetragen, berichtet der Düsseldorfer Rechtsrockexperte Christian Dornbusch im Gespräch mit Christine Kröger.

Frage: Herr Dornbusch, wie wichtig ist Musik in der rechten und rechtsextremen Szene?

Christian Dornbusch: Man kann die Bedeutung von Musik gar nicht überschätzen. In den vergangenen zehn Jahren ist sie das Vehikel Nummer eins für rechtsextreme Ideologie geworden.

Woran machen Sie das fest?

Ganz einfach: Die Branche boomt. Bundesweit sind rund 120 rechtsextreme Bands aktiv, die pro Jahr mehr als 100 neue CDs auf den Markt werfen. Dazu kommen Neonazi-Bands aus dem Ausland, deren Scheiben auch in Deutschland zu kaufen sind.

Wie ordnen Sie die Bremer Szene ein?

Hart – und hartleibig. Bremens Rechtsex-

treme mischen seit mehr als 20 Jahren ständig im Musikgeschäft mit. Die Besetzung und Namen einzelner Bands wechseln häufig, meist aufgrund von Streitereien innerhalb der Szene. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Hansestädter immer im Geschäft waren und sind.

Aber der Verfassungsschutz sagt, in Bremen habe seit Jahren kein Neonazi-Konzert mehr stattgefunden ...

... das heißt nicht, dass die Bands nicht live gespielt haben. Selbst „Endstufe“ – von vielen seit Jahren immer wieder totgesagt – ist noch 2003 bei einem großen Neonazi-Konzert in Österreich vor 1500 Besuchern aufgetreten. Solche Konzerte werden sehr konspirativ geplant, sind oft als Privatpartys getarnt und finden über die ganze Bundesrepublik verteilt oder eben im benachbarten Ausland statt.

„KC“ war Ende 2004 in Cottbus, bei Dortmund und in Bad Nenndorf zu hören.

Eben. Die Hooligan-Band ist auch ein Beispiel dafür, wie Rechtsrock in andere Jugendkulturen ausstrahlt. Und damit für immer

mehr Jugendliche zum Alltag gehört. Auch in Bremen berichten Lehrer, dass es etwa von der siebten Klasse an kaum noch Jugendliche gibt, die nicht schon einmal Musik von „Endlöser“ oder „Landser“ gehört haben.

Wie populär Rechtsrock ist, haben jetzt offenbar auch die neonazistischen Kameradschaften und die NPD erkannt.

Der Rechtsextremismus hat sich enorm modernisiert. Die „Schulhofprojekte“ geben der Szene eine neue beängstigende Qualität. Rechtsextreme Parteien haben noch nie so offen mit harten Rechtsrockern aus dem Untergrund zusammengearbeitet.

Sie meinen Michael Regener alias „Lunikoff“, der öffentlichkeitswirksam einen Aufnahmeantrag für die NPD gestellt hat?

Unter anderem. Das Schlimme: Bislang mussten die Jugendlichen den ersten Schritt tun, sich zum Beispiel ein Musikstück aus dem Internet ziehen. Mit ihren Gratis-CDs aber marschieren jetzt die Extremisten auf die Jugendlichen zu. Der NPD ist offenbar jedes Mittel recht, um junge Leute zu gewinnen.

Jedes Mittel – übertreiben Sie nicht ein bisschen? Es bleibt doch Musik ...

Ausländerfeindliche Texte zu aggressiven Melodien können sogar unmittelbar zu Gewalt führen. Schon viel zu oft sagten Neonazis, die brutale Taten – bis zum Totschlag – begangen hatten, sie hätten kurz zuvor hasserfüllte Bands wie „Landser“ gehört.

Zur Person: Christian Dornbusch ist Mitautor des Buchs „RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien“, eines der umfassendsten und aktuellsten Werke über braune Lieder. Wegen seiner wissenschaftlichen Arbeit wird er häufig bedroht, daher verzichten wir auf die Veröffentlichung eines Fotos.



Bizarre Braune in Schwarz

In der Böttcherstraße sollte „Musik wie Munition“ erklingen

„Musik wie Munition“ bejubelt der Bremer **Axel Meese** im Internet ein Konzert von „Allerseelen“. Ein „schöner und kämpferischer“ Auftritt sei das gewesen im sommerlichen Oberhausen. Nun will er einladen ins „winterliche Bremen“: In einer „Privatveranstaltung“ an einem „exquisiten Ort in geschichtsträchtigen Ambiente“ soll die extrem rechte Band „**Allerseelen**“ auftreten.

Meese meint den Himmelssaal im Haus Atlantis an der Böttcherstraße. Doch das Hotel Hilton vermasset ihm Ende Januar 2005 die Tour: Es trat als Eigentümer des Hauses vom Mietvertrag zurück, als es vom politischen Hintergrund des Konzertes erfuhr.

Bizarre Braune in Bremens guter Stube: Mit üblichen Neonazi-Konzerten haben solche Auftritte wenig gemein. Statt grölender rechter Skinheads sind es vor allem **rechte Dark-Wave-Anhänger**, die sich dort ein Stelldichein geben sollten. Braune, die sich innerhalb der rechten Szene wohl für eine Art Elite halten.

Axel Meese ist offenbar gut Freund mit **Gerhard Petak**, alias Kadmon, dem Kopf von „Allerseelen“ aus Wien. Jedenfalls tut der Bremer in lockerem Plauderton via Internet kund: „Gerhard äußerte schon vor geraumer Zeit den Wunsch, einmal in Norddeutschland aufzutreten, und beim Allerseelen-Auftritt in Oberhausen haben wir dann die ganze Sache soweit beschlossen.“

Mit Veranstaltungen wie diesen will Meese „einem geneigten Publikum qualitativ hochwertige Werke in Ton-, Schrift- und Bildform zugänglich machen“. So beschreibt der nach eigenen Angaben nebenberufliche Versandhändler seine „Philosophie“ im Internet. „Kunst hat sich über ideologische und moralische Grenzen zu erheben. Kunst – und die Sprache – sind frei.“ Gleich anschließend nimmt der Bremer sich die Freiheit, ausführlich **Julius Evola** (1898–1974) zu zitieren – einen Vordenker des italienischen Faschismus.

LPs wie „**Blut und Boden**“ des Bandprojektes „Rasthof Dachau“ und „**Lager**“ von „Murder Corporation“ gehören zum „qualitativ hochwertigen“ Angebot, das Meese unter dem Titel „Neue Ästhetik“ zum Kauf anbietet. Eines der Cover zeigt das zu trauriger Berühmtheit gelangte Tor des Konzentrationslagers Auschwitz mit der zynischen Inschrift „Arbeit macht frei“. Spätestens hier wird offensichtlich, wie weit der Dark-Wave-Fan „ideologische und moralische Grenzen“ aufgehoben sehen will.

Zu kaufen gibt es bei Meese neben CDs und LPs extrem rechter Dark-Wave-Bands unverdächtige Tonträger wie Iggy Pops „The Idiot“. Auch Kultregisseur Quentin Tarantino kommt mit „Gewalt ist eine Art der Unterhaltung“ zu Wort. Damit frönt Meese einer Eigenart rechter Anhänger der schwarzen Szene: Sie stellen extrem rechte Musik wie selbstverständlich neben unpolitische Inhalte. In Interviews und Publikationen beziehen sie sich mit derselben Selbstverständlichkeit auf **Nazi-Ideologen** wie auf andere Dichter und Philosophen.

So stricken sich diese Rechten einen Deckmantel des Unpolitischen. Werden die Bezüge zu eindeutig **faschistisch, antisemitisch**



oder **neonazistisch**, ziehen sich viele Szenevertreter arrogant auf die „Freiheit der Kunst“ zurück. Braune in Schwarz sprechen gerne ironisch von den „politisch Korrekten“, die ihnen so gerne in die Suppe spucken. Bevor er in seiner Konzertkritik zum „Allerseelen“-Auftritt in Oberhausen ins Schwärmen gerät, klagt auch Meese ausführlich über die Präsenz der Polizei und die Auflagen des Ordnungsamtes.

Solchen Komplikationen versuchte der Bremer wohl zu entgehen, indem er den hiesigen „Allerseelen“-Auftritt sehr konspirativ organisierte: Den „der Musik angemessenen Veranstaltungsort“ sollten die maximal 130 Besucher erst drei Stunden vor Konzertbeginn über eine Handynummer erfahren – ein in der rechtsextremen Szene übliches Verfahren, um protestierende Linke, aber auch Behörden und Polizei möglichst fern zu halten.

Deshalb sind rechte Konzerte auch häufig als Privatveranstaltungen“ deklariert, für die ebenso strenge wie verräterische Regeln aufgestellt werden. Auf Meeses Einladungen steht: „Das Tragen und Zeigen **verfassungsfeindlicher** Symbole und Zeichen verfassungsfeindlicher Organisationen zieht den Ausschluß von der Veranstaltung nach sich!“ Die „persönlichen Einladungen“ waren übrigens gegen eine Anzahlung von fünf Euro für jedermann erhältlich, der auf Meeses Internetauftritt stieß.

Sein Gast, Gerhard Petak von „Allerseelen“, gehört zu den festen Größen des rechten Dark-Wave-Flügels – nicht nur wegen der düsteren, teils rituell anmutenden Musik, die der Sänger meistens mit einem Bassisten und zwei Trommlern produziert. Petak war zudem Herausgeber und Autor themenbezogener Hefte namens „Ahnstern“. Einige Ausgaben sind Nazis gewidmet – wie **Karl Maria Wiligut**, einem jener „SS-Angehörigen, deren Arbeit ich am meisten schätze“, schreibt Petak. Ein Grund: „Wiligut machte Himmler auf die Wewelsburg bei Paderborn aufmerksam.“ Der Weserrenaissance-

Bau war während des „Dritten Reiches“ eine Kultstätte der SS. Hier ließ der SS-Reichsführer **Heinrich Himmler** rassistische Forschung betreiben und nach einer germanischen „Ersatzreligion“ suchen. In der Nähe wurde ein KZ errichtet, dessen Häftlinge die Burg umbauen mussten.

Das allerdings erwähnt Wiligut-Fan Petak nicht, nur so viel: Wiligut „fiel in Ungnade, bevor die Gewalt im ‚Dritten Reich‘ grausam eskalierte“. Das klingt, als hätte jemand bis 1939 SS-Brigadeführer und engster weltanschaulicher Berater Himmlers sein können, ohne mit Hitlers wahnsinnigen Ideen konform zu gehen. Auch fiel Wiligut nicht „in Ungnade“. Er verließ die SS offiziell aus Altersgründen, in Wahrheit wegen geistiger Unzurechnungsfähigkeit – nachdem er bereits 1925 wegen Geisteskrankheit entmündigt worden war.

Petak geht einmal mehr szenetypisch vor: Rechte Dark-Wave-Anhänger verehren häufig – als eine Art verkannter Genies – Nazi-Persönlichkeiten, die irgendwann bei der NS-Führung aneckten, egal warum. Einen ähnlichen Lebenslauf hat ein weiterer Himmler-Vertrauter: **Herman Wirth**, der „Ideegeber“ für das Haus Atlantis mit dem Himmelssaal in der Böttcherstraße.

Ein bei „Allerseelen“ beliebtes Symbol ist die Schwarze Sonne – ein Zeichen, das auch in der gesamten neonazistischen Szene beliebt ist. Es kann als **zwölfarmiges Hakenkreuz** gedeutet werden. In der Wewelsburg ist eine Schwarze Sonne in den Boden eingelegt, Petak nennt das Mosaik schwärmerisch „eine künstlerische Arbeit“.

Auf genau dieser Schwarzen Sonne sollen sich während der NS-Zeit die ranghöchsten SS-Führer versammelt haben. Eine menschenverachtende braune „Elite“, für die es keine moralischen Grenzen gab. Die den Mord an Millionen Menschen organisiert hat. Kein Wort dazu von Petak. Auch so ein „**künstlerisches Werk**“?

Christine Kröger



Ein „qualitativ hochwertiges“ Angebot? Axel Meese handelt mit CDs extrem rechter Dark-Wave-Bands wie „Waldteufel“ oder „Allerseelen“. Auch die LP „Lager“ von „Murder Corporation“ hat der Bremer im Angebot.



Im braunen Himmel

Was Rechte in das Haus Atlantis an der Böttcherstraße zieht

„Sturmlieder“ nennt die extrem rechte Band „Allerseelen“ ihre dritte CD. Das Cover zeigt eine Skulptur von **Odin**, auch Wotan genannt, dem höchsten Gott der alten Germanen. Sie zierte bis 1944 die Fassade des Hauses Atlantis in der Böttcherstraße.

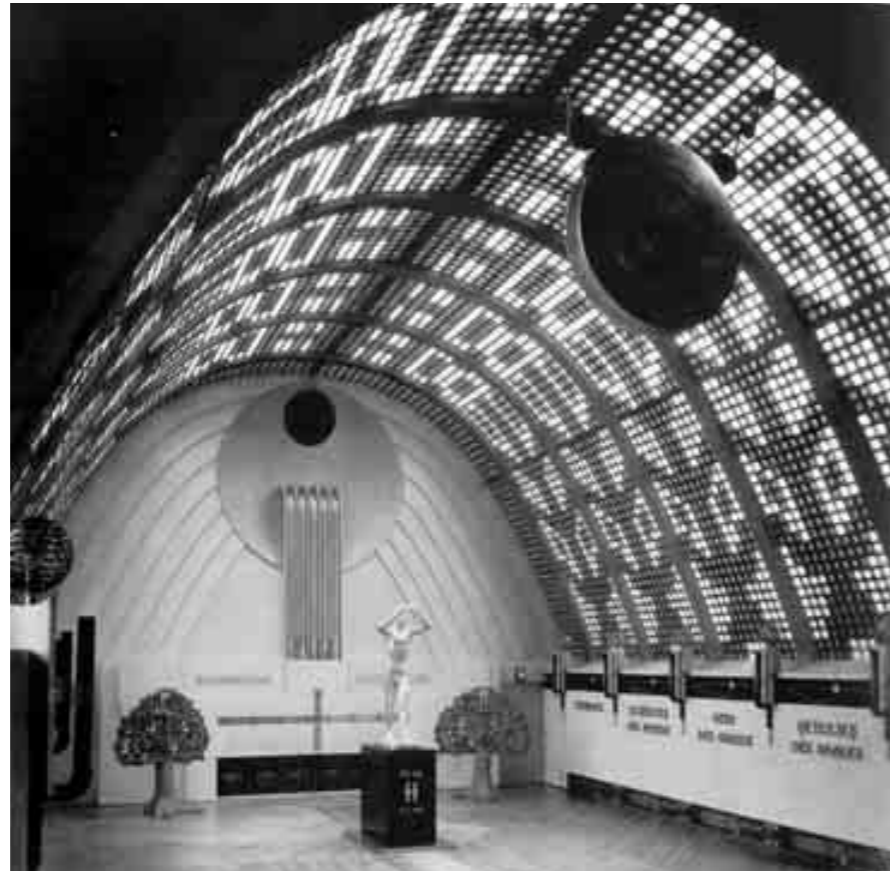
Das gesamte Booklet der CD „**Sturmlieder**“ ist eine Verbeugung der rechten Musiker von heute vor dem Haus Atlantis von gestern: mit Bernhard Hoetgers Lebensbaum samt Odin-Skulptur an der Außenfassade, dem bis heute erhaltenen Treppenhaus und dem ebenfalls restaurierten Himmelsaal im Innern. „Die Odin-Skulptur stammt übrigens von Bernhard Hoetger, der im ‚**Dritten Reich**‘ als entarteter Künstler galt“, betont „Allerseelen“-Sänger Gerhard Petak in einem Szenemagazin. Er scheint bemüht, politisch „unverdächtig“ zu wirken. Und schweigt zu politisch braun gefärbten Zusammenhängen.

In seinem Buch „Der gebaute Mythos“ entlarvt Arn Strohmeier, Redakteur der „Bremer Nachrichten“, das 1931 eingeweihte Haus Atlantis als Huldigung an eine religiös verbrämte Blut-und-Boden-Ideologie. Erdacht von Herman Wirth (1885–1981), dem ersten Präsidenten des SS-Ahnenerbes. Bezahlt von Ludwig Roselius (1874–1943), dem von Hitlers Ideen begeisterten Bremer Kaufmann. Umgesetzt von Bernhard Hoetger (1874–1949), dem sich zum Nationalsozialismus bekennenden Bildhauer.

„Die Wiedererrichtung der Böttcherstraße ist ein Versuch, deutsch zu denken“, sagt **Hoefelius** 1929. Allerdings kein gelungener – befinden sowohl die SS-Oberen als auch ihr Führer sieben Jahre später. 1936 lehnt Adolf Hitler selbst „die Böttcherstraßenkultur schärfstens“ ab. Dennoch lässt er die ganze Straße unter Denkmalschutz stellen – als Lehrbeispiel „**entarteter Kunst**“.

Erinnerung an ein dunkles Kapitel der deutschen Geschichte: der Himmelsaal im Haus Atlantis während der NS-Zeit.

Dabei hat Hoetger das Haus Atlantis nach den Ideen Wirths entworfen. Mit dem Pseudogelehrten in völkischer Ahnen- und Runenkunde gründet der zur Esoterik neigende SS-Reichsführer Heinrich Himmler 1935 das „**Deutsche Ahnenerbe**“. Das Schulungs- und Forschungsorgan der SS soll auf der **Wewelsburg** bei Paderborn eine völkisch-rassistische



„Geistesgeschichte“ erforschen und eine „neugermanische Ersatzreligion“ ersinnen. Himmlers Hofgelehrter **Wirth** lobt Hoetgers Bauten als „die in diesem Jahrhundert einzigen, für die ‚Blut und Boden‘ kein gestelztes Schlagwort ist“.

Bezahlt wird das Haus Atlantis von Ludwig Roselius, dem erfolgreichen Kaffeeunternehmer und großzügigen Kunstmäzen. Roselius ist schon

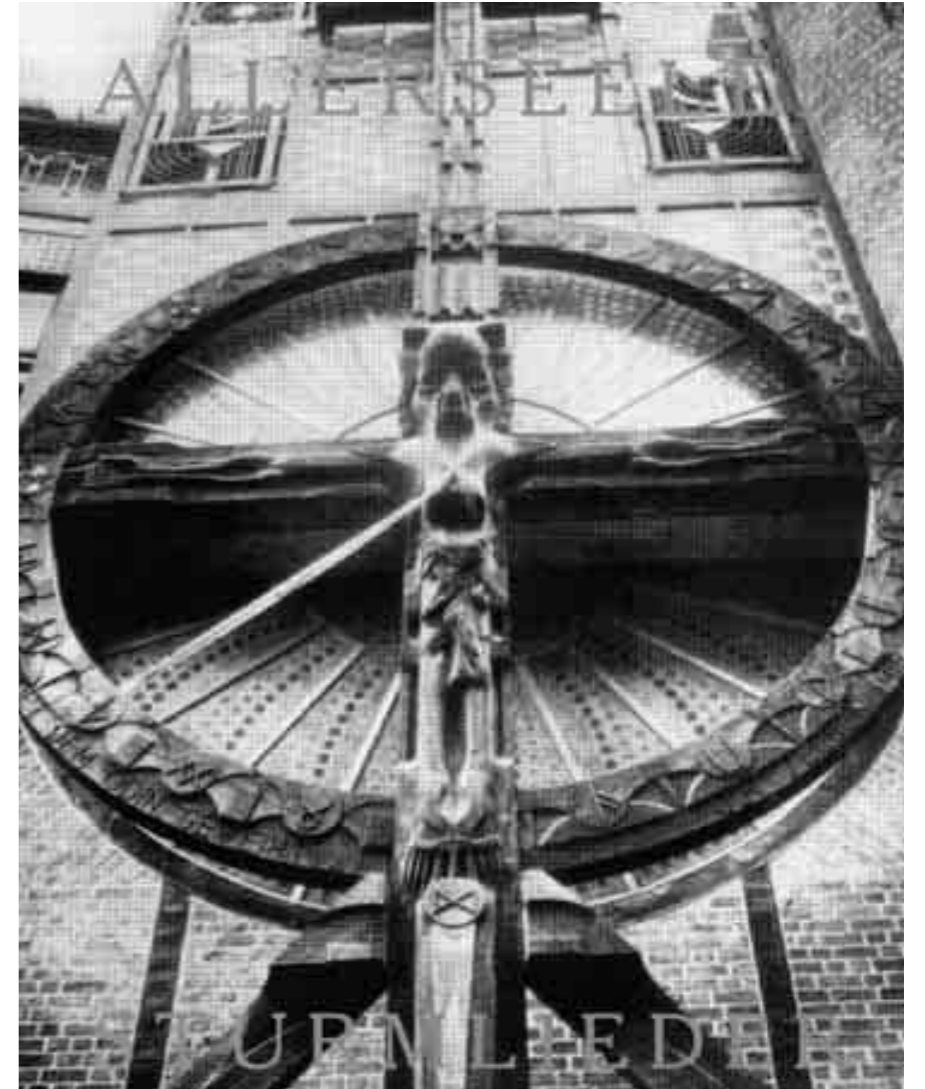
früh begeistert von Wirths wirrer **Germanentümelei**, später glaubt er fest an die neureligiöse Blut-und-Boden-Ideologie seines engen Freundes. Dieser Ideologie will er mit dem Haus Atlantis ein Denkmal setzen.

Als Architekten wählt Roselius **Bernhard Hoetger**. Er schätzt dessen expressionistisches Werk. Hoetger selbst „denkt nordisch“ und bekennt sich zum Germanentum. Einzig: Sein Expressionismus missfällt Hitler. Wie Roselius reagiert Hoetger 1936 mit Anpassung auf die Kritik des „**Führers**“. Er habe aus der „Sehnsucht nach rein deutscher Form“ gearbeitet, entschuldigt er sich. Später arbeitet Hoetger für die Nationalsozialisten und wird in Rom Mitglied der Auslands-NSDAP.

Roselius lässt nach Hitlers Machtwort prompt das expressionistische Gefüge aus Stein und Glas entfernen, das den Eingang der Böttcherstraße ziert. An seine Stelle tritt Hoetgers Relief „**Der Lichtträger**“, das noch heute dort hängt. Es zeigt den heiligen Michael, der mit einem Schwert gegen einen Drachen kämpft. „Die Bronze stellt den Sieg unseres Führers über die Mächte der Finsternis dar“, deutet Roselius das Werk. Der „Lichtträger“ ist im Booklet des extrem rechten Musik-Samplers „Lucifer Rising“ abgebildet. Mit ihm illustriert die Band „Waldteufel“ ihren Beitrag, die Gruppe vertont auf dem Album „**Heimliches Deutschland**“ zudem Verse von Herman Wirth.

Offenbar schätzt in der rechten Musikszene nicht nur „**Allerseelen**“ die Böttcherstraße. „Allerseelen“ aber will Anfang 2005 gar ein Konzert im Himmelsaal des Hauses Atlantis geben. Doch der Vermieter kündigt rechtzeitig den Mietvertrag, als er vom politischen Hintergrund der Musiker erfährt. Christine Kröger

Eine Hommage an die Böttcherstraße sind die „Sturmlieder“ der extrem rechten Band „Allerseelen“.



Alter Inhalt in neuem Outfit

Der braune Rand der Jugendszenen Dark Wave und Black Metal

Jahr für Jahr pilgern mehr als 20 000 Menschen zum Wave-Gothic-Treffen nach Leipzig. Szenemagazine gibt es an fast jedem Kiosk: Die Dark-Wave-Szene, auch Schwarze Szene, Gruzies oder Gothics genannt, ist eine der größten Jugendszenen in der Bundesrepublik. Und schon seit Jahren hat diese populäre Bewegung einen kleinen, aber hartnäckigen **braunen Rand**.

Spätestens seit Mitte der 90er Jahre machen sich extreme Rechte die verklärende

Rückwärtsgewandtheit vieler Dark-Wave-Anhänger zunutze. Genau wie ihren Hang zu Esoterik und Heidentum oder ihre Kritik an Materialismus und Oberflächlichkeit der Gegenwart. Dabei bezieht sich der rechte Dark-Wave-Flügel vor allem auf die „Konservativen Revolutionäre“ der 20er und 30er Jahre und des **europäischen Faschismus** wie Julius Evola oder Corneliu Codreanu.

Rechte Dark-Wave-Bands unterscheiden sich deutlich von Neonazi-Bands, die den Rechtsrock



dominieren. Statt mehr oder minder offene Hetzparolen gegen Ausländer oder Juden zu grölen, ergeben sie sich in Andeutungen über „**heiliges Blut**“, „Wintersonnenwende“, „Heimat“ oder „Panzergräben“ – allesamt Beispiele aus dem Repertoire von „Allerseelen“. Die Verschlüsselungen spiegeln das elitäre Selbstverständnis wider, genau wie die strenge Limitierung vieler Tonträger.

Auch Outfit und Auftreten unterscheiden sich deutlich von rechten Skinhead-Bands. Rechte Dark-Wave-Gruppen erklären Ästhetik zum Fetisch. Ästhetisch sind in ihren Augen offenbar viele Werke von „Künstlern“, die auch das NS-Regime schätzte, wie den Bildhauer Arno Breker oder die Regisseurin **Veni Nießenstahl**. Bezüge zu deren Werken finden sich jedenfalls auf zahlreichen CD-Covern und Konzert-Flyern. Auch Krieg und Militarismus werden ästhetisiert, **SS-Uniformen** sind in der Szene beliebt.

Dark Wave ist nicht die einzige Jugendkultur, in der sich Braune tummeln. Im Punk, im HipHop und im Techno blieben rechtsextreme Tendenzen bislang aber selten – anders als im Black Metal. Auch in dieser extrem harten Spielart des Heavy Metal hat sich längst ein rechter Flügel etabliert. Der **NS-Black-Metal** hat wenige, aber gefährliche Anhänger. Sehr viel direkter als braune Dark-Wave-Vertreter glorifizieren sie Rassismus, Gewalt, Krieg und Tod.

Anhänger des NS-Black-Metal erklären Christen offen den „Krieg“ – bis hin zu unverhohlenem Satanismus. Die beiden „Kultfiguren“ der Szene erreichten ihren Status, indem sie Menschen umbrachten: **Hendrik Möbus**, der „Satansmörder von Sonderhausen“, ist Sänger der NS-Black-Metal-Band „Absurd“. Mit zwei Komplizen quälte er 1993 einen Mitschüler zu Tode. Heute ist er wegen des Vertriebs rechtsextremer Musik und neonazistischer Propaganda, Leugnen des Holocaust und Aufrufs zum „Kampf gegen Juden“ inhaftiert. Der Norweger **Varg Vikernes**, Sänger der Band „Burzum“, hat eben-

falls einen Menschen getötet. Er hält „menschliche Wesen für wertlos und dumm“. Dahinter steckt eine Gewaltbereitschaft, die die der rechten Skinhead-Szene vermutlich noch übertrifft.

Fast alle rechtsextremen CD-Versandhändler vertreiben heute auch Black-Metal-Scheiben. Vereinzelt gibt es gemeinsame Konzerte von Black-Metal- und Skinhead-Bands. Rechte bis rechtsextreme Dark-Wave-Anhänger dagegen arbeiten in der Regel nicht mit Skinhead-Bands zusammen. Zu groß sind die Ressentiments auf beiden Seiten. Vielen rechten Skinheads sind Intellektuelle suspekt. Umgekehrt finden rechte Gruzies die gewaltbereite Skinhead-Subkultur vulgär. Sie scheuen auch das offene Ja zum **Nationalsozialismus** – auch wenn sie selbst völkisch bis faschistisch denken.

Bei rechten Dark-Wave-Konzerten tummeln sich bislang wenige Neonazis im Publikum. Schon heute aber ist eine andere Gefahr gar nicht zu überschätzen: Je vielfältiger und geschickter rechtsextreme Inhalte **„verpackt“** werden, desto mehr Jugendliche könnten Gefallen an ihnen finden. Christine Kröger



Mitglieder der rechten Dark-Wave-Szene treten auch bei Neonazi-Aufmärschen wie im Februar 2005 in Dresden auf.

Der Heisenhof: Ein- und Aussichten



Ein ehemaliger Gutshof in Dörverden droht zum Treffpunkt für Rechtsextremisten und zur Stätte rassistischer Fruchtbarkeitsforschung zu werden. Behörden und Bewohner streiten sich vor Gericht, ein Ende ist nicht abzusehen.

Riegers Heisenhof

Eine Chronologie

3. April 2004: Die Wilhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation mit Sitz in London ersteigert bei einer Auktion der Berliner Firma Deutsche Grundstücksauktionen AG den Heisenhof in Barne. Sie bezahlt 255 000 Euro für das rund 25 000 Quadratmeter große Gelände. Auf dem ehemals militärisch genutzten Anwesen befinden sich neben Garagen vier Gebäude: Das Herrenhaus (früher Offizierskasino), das Ledigenwohnheim (Standortverwaltung), ein Flachbau (Offizierswohnheim) und ein Fachwerkgelände (Pumpenwärterhaus). Die Räume bieten Platz für rund 300 Übernachtungsgäste. Hinzu kommen Seminarräume, ein Saal sowie unterirdische Schutzräume und Schießstände.

4. Juni 2004: Der Kauf ist perfekt, das Geld an die frühere Eigentümerin – die Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) Immobilien AG – überwiesen.

26. Juni 2004: Die VERDENER NACHRICHTEN decken auf, wer hinter der Wilhelm-Tietjen-Stiftung steckt: der Hamburger Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger. Er kündigt an, auf dem Heisenhof Fruchtbarkeitsforschung betreiben zu wollen.

2. Juli 2004: Gemeinde Dörverden, Landkreis Verden und Polizei Verden verständigen sich auf eine gemeinsame Marschrichtung, um ein Neonazi-Zentrum im Heisenhof zu verhindern.

6. Juli 2004: Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann erklärt, dass alle Aktivitäten auf dem Heisenhof „sehr genau“ beobachtet würden.

21. August 2004: Rieger kündigt Schadenersatzforderungen „ohne Ende“ an, falls ihm Steine in den Weg gelegt werden. Entgegen der Auffassung des Landkreises meint er, keine Baugenehmigung beantragen zu müssen.

September 2004: In das Pumpenwärterhaus sind die ersten Bewohner eingezogen.

15. September 2004: Rieger bringt seine Militär- und Wehrmachtsfahrzeuge auf den Heisenhof.

18. September 2004: Einer der auf dem Heisenhof lebenden Rechtsradikalen zieht sich bei einem Autounfall nur wenige Meter von der Einfahrt entfernt schwere Verletzungen zu, von denen er sich wieder erholt. Die Polizei schließt nach mehrtägigen Ermittlungen ein Fremdverschulden aus. Zeugen wollen in dem Unfallauto Waffen und waffenähnliche Gegenstände gesehen haben.

27. September 2004: Der Landkreis sucht vor Ort nach Indizien für eine rechtswidrige Nutzung des Heisenhofes.

13. Oktober 2004: Der Gemeinderat Dörverden verabschiedet eine Resolution. Dörverden wolle keine Brutstätte für antidemokratisches Gedankengut sein, heißt es darin.

23. Oktober 2004: In Verden demonstrieren 250 Menschen gegen Rechtsextremismus. Sie werden von einem starken Polizeiaufgebot begleitet.

3. November 2004: Zu einer Informationsveranstaltung über den Rechtsextremismus kommen rund 300 Besucher in den „Forstenhof“ in Barne. Gastgeber ist ein breites Aktionsbündnis, das sich in Dörverden gebildet hat.

8. November 2004: Rieger lässt Mobiliar zum Heisenhof bringen. Hier halten sich inzwischen mindestens acht Menschen ständig auf.

14. November 2004: Am ersten Sonntagsspaziergang zum Heisenhof beteiligen sich rund 1000 Demonstranten.



Jürgen Rieger im Gespräch mit einem Polizisten vor dem Heisenhof.

20. November 2004: Landessuperintendent Manfred Horch begrüßt die Dörverdener Proteste. Unterdessen schult auf dem Heisenhof der vorbestrafte NPD-„Sicherheitsexperte“ Peter Naumann Neonazis. Unter den Teilnehmern: „Freie Nationalisten“ aus Bremen, der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Adolf Dammann und der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten, Florian Cordes aus Oytzen.

25. November 2004: Im Verdener „Niedersachsenhof“ spricht der geschasste Ex-Brigadegeneral Reinhard Günzel, vor der Tür verweigern Neonazis vom Heisenhof unliebsamen Gästen den Zutritt.

3. Dezember 2004: Der Landkreis schickt den Heisenhof-Bewohnern und der Wilhelm-Tietjen-Stiftung Verbotserlassungen zu: Das Gelände muss geräumt werden. Rieger legt Widerspruch ein und beantragt beim Verwaltungsgericht, die sofortige Vollziehung auszusetzen.

Im April 2005 liegt die Sache in zweiter Instanz vor dem Obergericht Lüneburg, das noch nicht entschieden hat.

16. Dezember 2004: Rieger stellt einen formlosen Bauantrag. Danach plant er eine Mischnutzung aus Wohnen, Bildungszentrum und Fruchtbarkeitsforschung. Nach Landkreis-Angaben hat der Rechtsradikale bis April 2005 keine prüfungen Unterlagen nachgereicht.

20. Dezember 2004: Innenminister Schünemann stellt zwölf zusätzliche Polizisten ab. Die Verfügungseinheit, die die Aktivitäten rund um den Heisenhof im Auge behalten soll, erhöht sich damit auf 19 Beamte.

21. Dezember 2004: Vor den Berufsbildenden Schulen in Dauelsen soll einer der Heisenhof-Bewohner einen Bildjournalisten

angefahren haben. Sein Auto wird vorübergehend beschlagnahmt, der Führerschein eingezogen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt im April 2005 noch.

24. Dezember 2004: Rieger interessiert sich angeblich für den Holzmarkt in Verden. Die Immobilie steht für knapp 16 Millionen Euro zum Verkauf, nachdem der Investor Insolvenz angemeldet hat. Ein Sprecher der Deutschen Hypothekbank Hannover: „Wir verkaufen nicht an Extremisten.“

30. Januar 2005: Zum zweiten Sonntagsspaziergang kommen fast 2000 Menschen. Dazu aufgerufen haben wieder das Dörverdener Aktionsbündnis und diesmal auch ein Bündnis aus dem benachbarten Hassel im Landkreis Nienburg. Die Heisenhof-Bewohner versuchen, die Kundgebung mit lauter Musik zu stören, wer-

den daran aber von der abermals stark vertretenen Polizei gehindert.

28. Februar 2005: Im „Forstenhof“ findet erneut ein Informationsabend statt – Auftakt zu einer Ausstellung über den Neofaschismus. Von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund deutscher Antifaschisten und der IG Metall konzipiert, ist sie bis Mitte März im Dörverdener Rathaus zu sehen.

Anke Landwehr



Mitglieder der NPD und JN auf dem Heisenhof in Dörverden.

Vor dem Gesetz sind alle gleich

Verdens Oberkreisdirektor Werner Jahn zum Heisenhof und zu Riegers Plänen



Vor dem Gesetz sind alle gleich – auch Neonazis wie der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger mit seinen Phantasien von einem neuheidnischen Reich ohne „Rassenmischung“. Ob Gemeinde und Landkreis dennoch Chancen haben, den Heisenhof zu verhindern, beantwortet Oberkreisdirektor Werner Jahn im Gespräch mit Anke Landwehr.

Frage: Herr Jahn, was geschieht, falls das Obergericht Lüneburg auch in letzter Instanz bestätigt, dass die Bewohner des Heisenhofs das Gelände räumen müssen?

Werner Jahn: Wir werden unsere Verfügungen vollstrecken. Zunächst wird das mildeste Mittel angewendet, also ein Zwangsgeld festsetzen.

Und wenn Sie das nicht eintreiben können? Die drei Männer sollen ja allesamt von Arbeitslosengeld II leben...

Dann käme der unmittelbare Zwang in Betracht, das heißt: die Zwangsräumung notfalls unter Einsatz der Polizei. Verlassen müssen die Männer den Heisenhof so oder so. Falls sie keine andere Unterkunft haben, wird es Aufgabe der Gemeinde als Obdachlosenbehörde sein, sie irgendwo unterzubringen.

Bei den Verwaltungsgerichten geht es um die Frage der sofortigen Vollziehung des Nutzungsverbotes. Gleichzeitig hatte Herr Rieger aber Widerspruch gegen die von Ihnen angeordnete Räumung eingelegt. Wie werden Sie entscheiden?

Wir werden den Widerspruch natürlich als unbegründet zurückweisen.

Anzunehmen, dass Rieger dagegen klagt und daraus eine unendliche juristische Geschichte wird. Mit welcher Dauer ist Ihrer Erfahrung nach zu rechnen?

Das ist schwer einzuschätzen. Ich kenne Bauprozesse, die in einer Instanz über zwei Jahre gedauert haben.

Das Verwaltungsgericht Stade teilt in einer vorläufigen Einschätzung die Rechtsauffassung des Landkreises, dass Herr Rieger für jegliche Nutzung des Heisenhofes eine Baugenehmigung braucht. Müsste sie ihm nicht auf alle Fälle erteilt werden?

Bisher hat er seinem Bauantrag noch keine prüfungen Unterlagen folgen lassen. Täte er dies, wäre primär zu prüfen, ob die beantragte Nutzung bauplanungsrechtlich zulässig ist. Die gesamte Anlage Heisenhof befindet sich im Außenbereich, wo normalerweise jede Nutzung ausgeschlossen ist.

Die Crux ist doch wohl, dass drei der vier Gebäude unter Denkmalschutz stehen – Herr Rieger nach dem Baugesetzbuch also eine wirtschaftliche Nutzung ermöglicht werden muss.

Das ist richtig. Das Gesetz sieht Ausnahmeregelungen zur Erhaltung von Baudenkmalen vor. In welchem Umfang das hier gilt, müsste geprüft werden. Entscheidend ist natürlich auch, was die Gemeinde dazu sagt. Sie hat die Planungshoheit und könnte die Aufnahme einer Nutzung durch entsprechende Maßnahmen der Bauleitplanung vielleicht erschweren.

Könnte sie das Gelände einfach als Grünfläche ausweisen, wie es die örtliche SPD-Gemeinderatsfraktion vorgeschlagen hat?

Nein, das wäre rechtlich nicht zulässig.

Und was wäre zulässig?

Ich könnte mir vorstellen, hier nur eine Nutzung zu erlauben, die sich in das Gesamtkonzept Victoria Garden einfügt.

Davon hört man allerdings gar nichts mehr...

Das Projekt läuft nach wie vor weiter, wenn auch nicht öffentlich. Im Augenblick geht es ganz konkret um den Grundstücksverkauf. Leider hat der Heisenhof die Investitionsbereitschaft auslän-

discher Geldgeber nicht gerade erhöht. Ich glaube aber fest daran, dass der Victoria Garden realisiert wird.

Und wenn sich doch herausstellt, dass es sich nur um Luftschlösser handelt?

Dann hätte die Gemeinde noch andere Möglichkeiten, über die ich aber nicht öffentlich spekulieren werde. Die Sache wird dadurch erschwert, dass Herr Rieger aus seinen vielen, vielen Gerichtsverfahren gelernt hat. Er wird natürlich alle Nutzungen neutral beschreiben, da wird mit Sicherheit nichts von neonazistischer Ideologie auftauchen. Da wird die Rede von Fortbildungsveranstaltungen und Wochenendseminaren sein – von den Begriffen her völlig unverfängliche Dinge. Man muss immer bedenken: Das Baurecht ist objekt- und nicht personenbezogen. Wem der Heisenhof gehört – ob einem Massenmörder, einem Kinderschänder oder eben Herrn Rieger – ist deswegen völlig unerheblich. Wir werden dann möglicherweise in eine Situation kommen, in der wir tatsächlich eine Baugenehmigung erteilen müssen, obwohl wir Rieger nicht haben wollen. Aber die Rechtsordnung gilt nun einmal auch für ihn.

Eben sagten Sie aber noch, die Gemeinde könne ihn dank ihrer Planungshoheit ausbremsen...

Noch einmal: Ich werde nicht jetzt schon alle Überlegungen im Detail ausbreiten. Andernfalls würde Herr Rieger sich sicher bedanken und sagen: Das ist wie eine Rechtsberatung, da kann ich geradezu was draus lernen. Ich will hier nur sagen, dass Einschränkungen möglich sind.

Dürfte Herr Rieger denn auch Fruchtbarkeitsforschung betreiben, wie er es angekündigt hat?

Das findet an jeder Universität statt. Die Frage ist, was er konkret im Heisenhof machen will. Wenn das in Richtung Lebensborn geht, käme er sicher mit dem Strafrecht in Konflikt. Da müsste dann ein Strafrechtler ran.

Kommunen gegen rechts – aber wie?

Ein Gastbeitrag von Reinhard Koch



Fünf Jahre ist es her, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder den „Aufstand der Anständigen“ gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rassismus ausrief. Als Reaktion auf die erhebliche Medienpräsenz des Themas insbesondere nach dem Bombenanschlag in Düsseldorf im Sommer 2000 begann ein weithin bekanntes Ritual. Die (weitestgehend) überforderte Politik verwies zunächst auf die Klassiker der gemeinhin Zuständigen: Schulen und Polizei. Dann wurde zusätzlich Jugendhilfe und Sozialarbeit angemahnt, um schließlich im gemeinsamen Verbund aller auf die Elternhäuser zu verweisen.

Dieses idealtypische Verfahren spiegelt sich auf Ebene der kommunalpolitischen Entscheidungsträger konsequent wider. Um diesen Kreislauf zu durchbrechen, sollten folgende Erfahrungswerte den Handlungsrahmen bestimmen:

Erste Erkenntnis: Noch immer ist akuter Problemdruck und die damit zusammenhängende Medienberichterstattung auslösender Faktor für die Thematisierung des Rechtsextremismus in einer Kommune.

Zweite Erkenntnis: Verharrt eine Kommune in der starken Orientierung auf das Außenbild, dominieren Aktionismus und Imagekampagnen das politische Handeln.

Dritte Erkenntnis: Nötig ist eine deutliche und sichtbare Positionierung wichtiger Persönlichkeiten, einflussreicher Institutionen und aller Parteien als gemeinsame Orientierung.

Vierte Erkenntnis: Die gleichberechtigte Beteiligung von Jugendlichen schafft Erfahrungsfelder demokratischer politischer Kultur. Professionelle Pädagogen sollten auf den Anspruch eines Wissensvorsprungs verzichten und jugendlichem Expertenwissen Raum lassen.

Fünfte Erkenntnis: Die Bereitschaft zur Kooperation mit überregionalen Fachleuten schafft oder erweitert die Ressourcen lokaler Kompetenzzentren, deren Aufgabe die notwendige Differenzierung in der lokalen rechtsextremen Szene ist. Hier ist besonders eine Bewertung der Kader und potenziell erreichbaren Personen vorzunehmen. Institutionen sind mit in die Verantwortung zu nehmen sowie Handlungsempfehlungen (Repression, Ausstiegshilfen) zu entwickeln.

Sechste Erkenntnis: Zu den wirkungsvollen Instrumentarien der Kommune gehört eine rigide Anwendung aller ordnungspolitischen Möglichkeiten gegen die Kader. Hier sind oft die kleingedruckten Verordnungen treffgenauer als das Strafgesetzbuch.

Siebte Erkenntnis: Gelingt es, eine Kerngruppe zu langfristigen Engagement zu installieren, ist ein wesentlicher Schritt zur Nachhaltigkeit getan.

Achte Erkenntnis: Die Kommune hat die regionale und landespolitische Beteiligung und

Unterstützung einzufordern, um den Blick auf strukturelle Entwicklungen zu lenken und keinen Mythos eines „lokalen Problems“ zu fördern. Hier bietet insbesondere die beim Landespräventionsrat Niedersachsen eingerichtete Clearingstelle Rechtsextremismus eine Scharnierfunktion.

Neunte Erkenntnis: Alle Prozesse im Aktionsplan sollten rechtzeitig, detailliert und transparent dokumentiert werden – auch, um anderen Kommunen entsprechende „Aha-Erlebnisse“ zu ersparen.

Der Autor: Reinhard Koch ist Leiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt bei der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben in Braunschweig (Arug), Bohlweg 55, 38100 Braunschweig, Telefon 05 31/12 33 642, Hotline 05 31/12 33 634, E-mail info@arug.de, Internet www.arug.de.



Polizisten vor dem Gelände des Heisenhofes.

Jürgen Rieger

Ein Rechtsanwalt aus Hamburg

Jürgen Rieger gilt zwar als Einzelgänger, ist aber eng im braunen Netzwerk verwoben und eine Schlüsselfigur in der rechtsradikalen Szene – auch über die Grenzen Deutschlands hinaus. Dass er auf eine gut ausgebauten Infrastruktur zurückgreifen kann, zeigt die Beteiligung am **Mudolf-Heß-Gedächtnismarsch** im fränkischen Wunsiedel, den Rieger seit 2001 jährlich anmeldet und leitet. In diesem Jahr kamen rund 5000 Neonazis aus ganz Europa.

Rieger, Jahrgang 1947 und Spross einer in Hamburg-Blankenese beheimateten Arztfamilie, ist bekennender Rassist. Der Rechtsanwalt, der sich selbst unter anderem wegen **Volksverhetzung** und Körperverletzung vor Gericht verantworten musste, hat 1972 den „Nordischen Ring“ mitbegründet. Er ist Vorsitzender der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ (GfBAEV) und leitet die „Artgemeinschaft“. Beide Organisationen orientieren sich an der **Rassenideologie der Nationalsozialisten**, die GfBAEV tritt unter anderem für die Sterilisation von Erbkranken ein.

Sowohl GfBAEV wie „Artgemeinschaft“ luden zu Tagungen in das von Rieger betriebene Schulungszentrum in Hetendorf ein. Bis zu dessen Verbot 1998 traten hier auch Holocaust-Leugner wie **Johannes P. Ney** auf, der bis zu seinem Tod im Mai 2004 in Rethem (Kreis Verden) lebte.

Ney, in der Hitlerzeit einer der jüngsten U-Boot-Kommandeure der Reichsmarine, hatte bei der dritten Hetendorfer Tagungswoche 1993 vor „Rassenmischungen“ gewarnt. Und in einem offenen Brief an Bundestagspräsident Wolfgang Thierse schrieb Ney: „Jetzt macht schon die Merkelbande Jagd auf Leute, die ebenso wie ich die Juden nicht leiden können, die also wie ich Antisemiten sind.“ Der Brief wurde noch kurz vor Neys Tod im **„Reichsboten“** veröffentlicht, den der wegen Volksverhetzung verurteilte Verdener Rechtsextremist **Nigolf Hennig** heraus-

gibt. Rieger hatte also schon Kontakte in die Region, bevor er den Heisenhof in Barme-Drücker als Direktor der Wilhelm-Tietjen-Stiftung ersteigerte. Als vor kurzem **Jan Süss** zu Grabe getragen wurde, der zu den Bewohnern des Heisenhofes gehörte, kam auch Rieger zur Trauerfeier nach Dauelsen, chauffiert von Hennig. Erstaunlicherweise betrat der Anwalt christlich geweihten Boden, obgleich er die Kirche verflucht wie der Teufel das Weihwasser.

Dauelsen kannte er schon von seinem Besuch des Sachsenhains 1991. Mit einer Strafanzeige gegen die „Verantwortlichen des Fremdenverkehrsamtes in der Stadt Verden“ wegen „Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener“ erlitt Rieger Schiffbruch. Nach seiner Auffassung wird die Geschichte des Sachsenhains falsch dargestellt. In dem von ihm verfassten Heft **„Sachsenmord und Sachsenhain“** schreibt Rieger: „Die Kirche besitzt den Sachsenhain unrechtmäßig ... Wir haben bei unserem letzten Besuch in Verden geschworen: Wir werden wiederkommen ... bis diese Gedenkstätte von ... christlichen Merkmalen gereinigt wurde, und hier wieder das Andenken der für ihren Glauben gefallenen und ermordeten 4500 Sachsen gepflegt wird!“

In seiner 1972 veröffentlichten Schrift „Rasse – ein Problem auch für uns“ propagiert der Esoteriker einen Zusammenschluss der europäischen Länder „germanischer Sprachgruppe“, die gemeinsam „ein neues Reich“ bilden sollen. Und das umfangreiche **„Sittengesetz“** der „Artgemeinschaft“ gebietet unter anderem den Einsatz „für Wahrung, Einigung und Mehrung der germanischen Art“, „Gefolgschaft dem besseren Führer“ und „gleichgeartete Gattenwahl, die Gewähr für gleichgeartete Kinder“.

In der **„Nordischen Zeitung“** brüstet Rieger sich damit, dass die Artgemeinschaft unter seiner Leitung zur „größten heidnischen Gemeinschaft in Deutschland“ geworden sei. Hier drängte er nach dem Hetendorf-Verbot auf den Kauf neuer

Versamlungsstätten. In Frage kämen Kurheime, die wegen der Einsparungen im Gesundheitswesen zwangsversteigert würden, Jugendherbergen oder auch frühere DDR-Betriebsferienheime. Nur eigener Besitz garantiere, dass Feiern „ungestört von durch Fernsehen, Pfaffen und anderweitige Kräfte aufgehetzte Demonstranten“ durchgeführt werden könnten. Zum Erwerb von Eigentum seien großzügige Spenden, Schenkungen oder Erbschaften notwendig, schreibt Rieger – vielleicht eine Erklärung dafür, dass er nicht nur über Macht in neuheidnischen und rechtsradikalen Kreisen verfügt, sondern auch über viel Geld.

Der Bremer Lehrer und Altnazi **Wilhelm Tietjen** jedenfalls scheint genügend hinterlassen zu haben, um damit den Heisenhof und den Schützenhof im thüringischen Pöbneck zu erwerben – der erste kostete rund 255 000 Euro, der andere 360 000 Euro. In der Hamelner Innenstadt kaufte Rieger für zwei Millionen Euro ein Gebäudeensemble und in Schweden gehört ihm ein 650 Hektar großes Landgut, für das er mehr als eine Million Euro bezahlte. Außerdem besitzt er in der Region zwischen Elbe und Weser mehrere Häuser.

Anke Landwehr

Superarier im Reagenzglas

Ein Interview mit Jürgen Rieger im August 2004



Mitte August 2004 – der Verkauf des Heisenhofes an die Wilhelm-Tietjen-Stiftung war eineinhalb Monate zuvor bekannt geworden – führte Anke Landwehr ein Gespräch mit Jürgen Rieger, das seinerzeit in Auszügen veröffentlicht wurde. Was der Neonazi-Anwalt damals sagte:

Frage: Herr Rieger, der Kauf des Heisenhofes durch Sie hat bundesweit Staub aufgewirbelt. Können Sie die Aufregung verstehen?

Jürgen Rieger: Eigentlich nicht. Nehmen wir mal an, wir würden dort Superarier im Reagenzglas zeugen oder Sonnenwendfeiern der Artgemeinschaft veranstalten wollen, dann belastet das doch niemanden. Wir zwingen doch niemanden, teilzunehmen oder als Samenspender zu fungieren.

In einem ersten Gespräch mit dieser Zeitung hatten Sie erklärt, in Dörverden eine

Art Fruchtbarkeitsforschung betreiben zu wollen. Ihre Sekretärin Theda Ites sprach in einem Fernsehbeitrag jedoch davon, dass Sie hier ein zweites Hetendorf planen. Was ist denn nun richtig?

Als das Fernsichteam vor der Tür stand, hat es gegossen wie verrückt. Wahrscheinlich hat sie die Frage gar nicht richtig verstanden. Sie hat auch nicht gesagt, dass ich ein zweites Hetendorf plane, sondern sie sagte, ich möchte was für meine Religionsgemeinschaften tun. Als dann der Einwurf

kam „Wie in Hetendorf?“, hat sie das bejaht.

Noch einmal: Wird der Heisenhof politische Schulungs- und Tagungsstätte?

Nein, nicht wie in Hetendorf. Dafür habe ich andere Möglichkeiten.

Und wo?

Das verrate ich nicht. Im Heisenhof wird es aber sicher Tagungen zum Thema Fertilisation, also Fruchtbarkeitsforschung geben ... Fakt ist, dass nach dem heutigen Stand auf dem Heisenhof nahezu jede Nutzung möglich ist. Unter dieser Voraussetzung habe ich ihn ersteigert und das weiß ich auch aus einem Gespräch mit der Gemeindeverwaltung.

Sie haben mit der Gemeindeverwaltung gesprochen? Wann denn das?

Ach, das war, bevor es mit diesem ganzen Presserummel losging. Da hat mich jemand angerufen – den Namen weiß ich nicht mehr – und wollte wissen, ob ich auf dem Heisenhof Wohnungen im großen Umfang schaffen wolle. Das habe ich verneint. Dem Anrufer ging es nur

um die Entwässerungsproblematik, weil es da ein gemeinsames Kanalnetz mit der früheren Bundeswehrkasernen gibt. Ich habe gesagt, dass ich eine eigene Kläranlage bevorzugen würde.

Nach Ihren Plänen hat der Anrufer nicht gefragt?

Nein.

bleibt es dabei, dass Sie in zwei, drei Jahren damit beginnen werden?

Ich denke, es wird schon in anderthalb Jahren losgehen oder vielleicht noch früher. Nach den Presseberichten habe ich viele Anfragen und Angebote bekommen – von Leuten, die an hochwertigem Sperma interessiert sind und von solchen, die ihn zur Verfügung stellen wollen.

Was heißt „hochwertiges Sperma“?

Nun, man muss sich den Spender genau anschauen. Zuerst kommt es da auf die Intelligenz an und dann auf die Gesundheit. Da spielen auch Erbkrankheiten eine wichtige Rolle.

Also eine Neuaufgabe von Lebensborn?

Das ist doch Quatsch. Ich bin allerdings gegen eine Rassenmischung und würde auch darauf achten, dass eine blauäugige Frau nur den Samen eines ebenfalls blauäugigen Mannes bekommt und nicht den eines mit braunen Augen. Ich hätte auch nichts dagegen, zueinander passende Menschen auf dem Heisenhof zusammenzuführen. Aber die meisten sind an einer anonymen Samenspende interessiert.

Haben Sie denn jemanden, der den Heisenhof leiten wird?

Ja.

Wer ist das?

Das werde ich Ihnen nicht sagen.

Haben Sie Kontakt zu Sascha Jörg Schüler, dem JN-„Stützpunktleiter“ in Verden, und Sven Wellhausen, dem NPD-Vorsitzenden Verden/Rotenburg?

Nein, die kenne ich gar nicht.

Rigolf Hennig

Ein Chirurg aus Verden



Rigolf Hennig

Als Dr. Rigolf Hennig noch praktizierte, konnte es passieren, dass er ein Kind anblaffte: „Wie heißt du? Pättrick? Das heißt doch wohl Patrick! Oder bist du kein Deutscher?!“

Schon 1989 waren Verdener Eltern bei der Ärztekammer vorstellig geworden. Sie wollten ihre Kinder bei Schulunfällen nicht mehr zu Hennig schicken, weil im Wartezimmer des Vertragsarztes der Berufsgenossenschaften und der Gemeindeunfallversicherung **rechtsextreme Zeitschriften** und **rassistische Aufkleber** auslagen. Sie wiesen zudem auf einen Beitrag Hennigs im Deutschen Ärzteblatt ein Jahr zuvor hin, in dem der Chirurg Juden diffamiert und deren Vernichtung durch die Nazis verharmlost habe. Die Elterninitiative hatte keinen Erfolg – ebenso

wenig wie 1994 die Anregung des Lübecker Senats, verbandsrechtliche Schritte gegen den Mediziner in Erwägung zu ziehen. Damals hatte sich Hennig bei der Hansestadt beschwert, weil sie sich nach dem Anschlag auf die Synagoge offiziell in Israel entschuldigte, und den Senatoren einen Besuch beim Psychiater empfahlen.

Dieser Brief war für den damaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Arne Börnsen Anlass, an den Verteidigungsminister zu schreiben: Er möge dafür sorgen, dass Hennig nicht mehr den Truppenarzt bei der Bundeswehr in Barne vertreten. Wegen „struktureller Änderungen“, teilte drei Monate später die Hardthöhe mit,

würden keine zivilen Ärzte mehr benötigt.

1997 rief Hennig den **„Freistaat Preußen“** mit ihm als „Staatspräsident“ aus. Die „Exilregierung“ verstehe sich „als Speerspitze einer aufwachenden ostdeutschen Bewegung“, verkündete der Arzt. Ein gutes halbes Jahr später sprach ihn das Amtsgericht Verden vom Vorwurf des Titelmisbrauchs frei. Der Richter: Dass Würdenträger und Insignien des „Freistaates Preußen“ von einem Durchschnittsdeutschen ernst genommen werden könnten, sei so unwahrscheinlich, dass eine Verurteilung schwerlich zu begründen sei.

Hennig durfte sich also weiter Staatspräsident nennen. Das klang zweifellos imposanter als zuvor Vorsitzender der **Republikaner** im Kreis

Verden, als deren Direktkandidat er erfolglos für den niedersächsischen Landtag kandidiert hatte. Davor wiederum war Hennig Vize-Vorsitzender der rechtsextremen **„Deutschen Liga für Volk und Heimat“** in Niedersachsen gewesen, die sich dann selbst auflöste.

Immer wieder hat sich der Mediziner mit antisemitischen und rassistischen Äußerungen hervorgetan, er ist eingebunden in das braune Netzwerk sowohl im Landkreis Verden als auch über die Grenzen Deutschlands hinaus. Erst im Februar 2005 soll er bei der „Gedenkfeier für die Bombenopfer in Dresden“ gesprochen haben, zu der die **„Junge Landsmannschaft Ostpreußen“** aufgerufen hatte.

Im Oktober 2004 wurde der inzwischen 69-jährige Hennig vom Verdener Amtsgericht wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er auf Flugblättern den Holocaust verleugnet hatte. In der ersten Reihe saß damals Horst Mahler. Der frühere RAF-Terrorist und ehemalige NPD-Anwalt hatte Anfang 2003 zusammen mit Hennig das rassistische **„Verdener Manifest“** verabschiedet. Anke Landwehr

Adolf Dammann

Ein Ex-Bankfilialleiter aus Buxtehude



Adolf Dammann

So lange Adolf Dammann Leiter einer Bankfiliale im Alten Land war, hielt sich der stellvertretende Landesvorsitzender der NPD in Niedersachsen mit öffentlichen Auftritten zurück. Dennoch war er schon vor seinem Eintritt in den Ruhestand 2003 gelegentlich als Störer bei ihm nicht genehmen Veranstaltungen aufgefallen. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde sein Name 1999 bekannt. Damals versammelten sich vor seinem Haus im Buxtehuder Ortsteil Neukloster rund 30 Antifaschisten, weil sie in ihm den Anstifter eines Überfalls auf eine Asylbewerberunterkunft im nahen Kutenholz-Aspe vermuteten.

Dammann, der den Verdener NPD-Aufmarsch im April 2005 angemeldet hat, gilt in der

rechtsradikalen Szene nicht nur des Elbe-Weser-Dreiecks als „braune Eminenz“. Nach eigenem Bekunden hat er sich mit 18 Jahren dem Rechtsextremismus zugewandt – der Zweite Weltkrieg war gerade zwei Jahre vorbei. Der jetzt 65-Jährige bekleidet seit 1959 Funktionen, zuerst in der **Deutschen Reichspartei**, dann in der NPD. Seit 1989 ist er stellvertretender Vorsitzender der NPD Niedersachsen. Zehn Jahre zuvor war er einer von 20 Neonazis, die das Rotenburger Jugendzentrum stürmten. In ihren Autos wurden Waffen gefunden.

Berühmt-berüchtigt ist Dammanns „NPD-Scheune“ im Ortszentrum von Bargstedt (Kreis Stade). Hier finden seit Jahren Schulungen für den NPD-Nachwuchs statt, an denen auch Heisenhof-Bewohner teilnehmen und teilnehmen – darunter **Sascha Jörg Schüler**, den Dammann als Verden/Rotenburger „Stützpunktleiter“ der Jungen Nationaldemokraten rekrutiert haben soll. Bis 1999 gehörte Dammann ein altes Bauernhaus bei Sulingen. Unter der Bezeichnung **„Kalte Zeit“** war es ein Treffpunkt für Neonazis aus Norddeutschland.

Der Buxtehuder organisiert bevorzugt den Kundgebungs- und Tagungstourismus seiner braunen Gesinnungsfreunde, pflegt Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Organisationen wie den **Freien Nationalisten** und zu Heisenhof-Betreiber **Jürgen Nieger**. Als der Hambur-

ger Neonazi-Anwalt unlängst vor etwa 40 Zuhörern in Wangersen bei Zeven sprach, wollte auch Dammann wissen, „wie Deutschland aus der Krise zu führen ist“. Und vor der Tür verwehrten die Heisenhofler um Sascha Jörg Schüler Unbefugten den Zutritt zu der konspirativen Veranstaltung im Gasthaus „Zur Post“.

Dammann war auch dabei, als in Verden der geschasste Ex-Brigadegeneral **Reinhard Günzel** sprach. Eingeladen hatte die „Unabhängige Bürgergemeinschaft“ der Achimer **Dieter Fricke** und **Heinrich Mathjen**.

Wie er mit Gegnern umzugehen gedenkt, hätte er nur die Möglichkeit dazu, offenbarte Dammann im Januar 2004 bei einem NPD-Aufmarsch in Himmelpforten bei Stade. Einem Geistlichen, der mit zu einer Gegendemonstration aufgerufen hatte, drohte er: „Wenn dieser Ortspfaffe seine Volksverhetzung weiter betreibt, werden wir seinen Tempel aufsuchen, ihn von der Kanzel holen und dem Volk erzählen, was er lügt.“ Zuvor hatte er seinen Anhängern die Telefonnummern und Adressen zweier Lokalpolitiker genannt.

Nach einem weiteren Vorfall im Januar diesen Jahres ist jetzt Anklage sowohl gegen Adolf Dammann wie auch seinem 20 Jahre alten Zögling **Martin Zaha**, dem Betreiber der Internetseite der Stader Nationaldemokraten, erhoben worden. Beide müssen sich wegen „Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole“ sowie wegen Beleidigung verantworten. Grund dazu lieferte ein Beitrag auf der NPD-Homepage mit Schmähungen gegen den Stader Bürgermeister und die örtliche SPD-Bundestagsabgeordnete. Die Politiker stellten Strafanzeige. Daraufhin wurde Zahas Computer beschlagnahmt. Anke Landwehr

Florian Cordes

Ein Dachdecker aus Oyten

Florian Cordes (28), aus Oyten stammend und jetzt in Achim wohnend, soll sich mit 14 Jahren der rechtsextremen Szene angeschlossen haben. Er gilt als Erfinder der „Schuloffensive“ der Jungen Nationaldemokraten (JN). Das Konzept „Den Nationalismus in die Schulen tragen“ wurde bereits 2001 von ihm entwickelt.

Cordes hat NPD/JN-Infostände in der Region organisiert und war maßgeblich an Vorbereitung und Durchführung von Schulungen in der Bargstedter „NDP-Scheune“ von **Adolf Dammann** beteiligt, seinem politischen Ziehvater.

Zwischendurch schien es, als sei der Jungnazi von der Bildfläche verschwunden. Im März 2002 hatte der NPD-Landesvorstand den damaligen JN-Landesvorsitzenden aus allen Ämtern gejagt – „wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten“, wie der Verfassungsschutz wusste. Doch im Oktober 2004 tauchte Cordes wieder auf: Die Bundes-JN wählte ihn zu ihrem stellvertretenden Vorsitzenden. Der Dachdecker hatte fleißig an seinem politischen Comeback gewerkelt, während der Verfassungsschutz ihn offenbar schon zu den Akten gelegt hatte. Cordes werden beste Verbindungen zur NPD-Zentrale in der Bundeshauptstadt nachgesagt. So soll er auch an der Organisation des NPD/JN-Aufmarsches am 8. Mai in Berlin beteiligt sein.

In seiner Heimatregion hält sich der äußerlich unscheinbare Cordes mit öffentlichen Auftritten zurück. Ein Szenekenner: „Der spielt jetzt in einer anderen Liga.“ Als aber der vom seinerzeitigen Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping unehrenhaft entlassene Ex-Brigadegeneral **Heinhard Günzel** in Verden sprach, hielt Cordes zusammen mit den Heisenhof-Bewohnern und angereisten Freien Kameradschaften Stallwache vor der Tür. Und als in Oyten-Schaphusen der „nationale Barde“ **Frank Hennicke** bei einem konspirativen Konzert auftreten sollte, hatte Cordes das Schützenhaus über einen Strohhalm anmieten lassen.

Anke Landwehr



Neonazis aus Verden bei einer Demonstration.



Florian Cordes im Kreis seiner Kameraden.



Sascha Jörg Schüler in Aktion.

Reiselustig

Die jungen Neonazis rund um den Heisenhof

Sascha Jörg Schüler: Der aus Brandenburg zugewanderte Neonazi ist von der NPD zum „Stützpunktleiter“ Verden/Rotenburg ernannt worden. Bis 2003 wohnte Schüler in Buxtehude, wo er vom stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden Adolf Dammann auf seine Aufgabe vorbereitet wurde. Danach zog er zunächst nach Stedebbergen und dann auf den Heisenhof; hier führt er Riegers rechtsextreme Riege an.

Schüler zeichnet für den „Rebell“ verantwortlich. Mit der vor Schulen im Landkreis Verden verteilten „Schülerzeitung“ wollen die Neofaschisten insbesondere pubertierende Jugendliche für ihre Sache ködern. Schüler kann aus NPD-Sicht als erfolgversprechende Nachwuchskraft eingeschätzt werden. In der Verfolgung seiner Ziele ist er ebenso ehrgeizig wie aggressiv.

Der 22-Jährige ist äußerst reiselustig. Wo immer Neonazis sich zu Konzerten, Aufmärschen oder Vorträgen versammeln, ist Schüler nicht weit. Auch beim Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Wunsiedel marschierte er mit – und zwar an der Spitze, ein Transparent der JN Verden/Rotenburg tragend. Und beim Versuch, die Abschlusskundgebung des zweiten Sonntagsspaziergang zum Heisenhof zu stören, war Schüler das Sprachrohr der Neonazis. „Wenn Sie Ihre Amtsbefugnisse überschreiten, werden Sie böse auf die Fresse fallen“, sagte er mit mühsam unterdrücktem Zorn zu Verdens Polizeichef Axel Rott.

Eben Wellhausen: Der 28-Jährige ist zwar Kreisvorsitzender der NPD Verden/Rotenburg, aber kein Wortführer. Er betreibt allerdings mehrere rechtsextremistische Internetseiten und er meldete die NPD-Demo in Rotenburg im März 2004 an. Bei dieser Demonstration schlug ein inzwischen verurteilter Neonazi aus dem Umfeld der als besonders militant eingestuften Kameradschaft Weserbergland so heftig auf einen jungen Gegendemonstranten ein, dass dieser fast das Augenlicht verlor. Wellhausen gehört nicht zu

den Bewohnern des Heisenhofes, tritt aber häufig mit ihnen auf.

Daniel Fürstenberg: Früher „JN-Stützpunktleiter“ in Osterholz-Scharmbeck, wo sein Elternhaus steht, ist Fürstenberg heute ein rühriger Parteisoldat. Gemeinsam mit Sascha Jörg Schüler unterstützte er die NPD im schleswig-holsteinischen Wahlkampf. Beim Aufmarsch der Rechts-extremisten in Dresden verteilte er Flugblätter mit dem Aufruf, sich an der NPD-Kundgebung am 2. April 2005 in Verden zu beteiligen.

Bevor Fürstenberg auf den Heisenhof zog, mischte er bei der Bremer JN an vorderster Front mit – zusammen mit Janine Blass. Die Mutter seiner beiden Kinder, die bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen 2003 für die NPD kandidierte, wurde 2002 zu 120 Arbeitsstunden verurteilt, weil sie Scheiben einer islamischen Moschee eingeworfen hatte. Mit ihren Kindern wohnte sie vorübergehend ebenfalls auf dem Heisenhof.

Matthias Schulz: Der auch „Winnie Puh“ genannte 21-Jährige hat seinen Fotoapparat stets im Anschlag, um in Diensten der Anti-Antifa



Matthias Schulz, genannt „Winnie Puh“.

Gegner zu fotografieren – wahlweise auch deren Autokennzeichen – im Bestreben, darüber die Adressen ausfindig zu machen. Beim NPD-Bundesparteitag 2004 in Thüringen saß der Jungnazi neben Adolf Dammann auf der Delegiertenbank.

Durch seine Körperfülle erweckt Schulz den Eindruck eines gemütlichen Dicken, doch gilt er als gewaltbereit. Er musste sich bereits wegen Landfriedensbruch und Sachbeschädigung verantworten. Schulz wohnt auf dem Heisenhof.

Malte B.: Seit seinem 14. Lebensjahr rechtsextrem, ist der inzwischen 19 Jahre alte Verdener und Bewohner des Heisenhofes ein typischer Mitläufer: Er tut, was andere ihm sagen. Bei der Wahl seiner Mittel soll er nicht zimperlich sein. Es wird berichtet, dass B. bisweilen einen Zimmermannshammer als Waffe mit sich trägt.

Manuel G.: Der Skinhead gilt als gewaltbereit und ist bei nahezu allen Aktionen der Jungfaschisten anzutreffen. Auf dem Grundstück seiner Eltern in Verden-Walle stand die sogenannte Hitler-Butze – ein Wohnwagen, der den Neonazis als Treffpunkt diente.

Anke Landwehr



Daniel Fürstenberg, der „rührige Parteisoldat“.

Wie man Neonazis vertreibt

Das kleine Hetendorf weiß: Der Widerstand braucht einen langen Atem



Bärbel Dethlefs: „Und wir haben uns denen entgegengestellt.“

Manche Namen klingen wie Schlagworte. Negative Synonyme wie „Nazidorf“ sitzen tief. Hetendorf in der Gemeinde Hermannsburg in der Lüneburger Heide ist so ein Dorf. Hier trieben Neonazis unter Führung des Hamburger Rechtsanwaltes Jürgen Rieger auf dem Grundstück Nr. 13 zwanzig Jahre lang ihr Unwesen. Nach dem Verbot der rechtsextremen Trägervereine durch die damalige Landesregierung im Februar 1998 verschwand der Ort aus dem Blickfeld der Medien.

Nur 91 Kilometer liegen zwischen Dörverden im Landkreis Verden und Hetendorf bei Bergen. Wälder mit Birken und Lärchen säumen die schmale Straße, die von der Missionsstadt

Hermannsburg nach Hetendorf führt. Dort enden die Straßen. Hinter den Häusern nur noch weite Felder und in der Ferne der Geschützlärm vom nahen Truppenübungsplatz Munster.

Kaum einer ahnte 1978, das eben diese Konstellation dem kleinen Dorf mitten in der Lüneburger Heide zum Verhängnis werden würde. Auf der Suche nach einer Heimstätte durchkämmten die Anhänger des Hamburger Neonazis die Heide. Unklar ist bis heute, wer ihnen den Tipp für Hetendorf gab. 1978 ließ Rieger über einen Strohmann das vom Bundesvermögensamt in Soltau verwaltete ehemalige Kinderheim Nr. 13 mit seinen 15 700 Quadratmetern ersteigern. „Für 'n Appel und 'n Ei“, wie seine Anhänger prahlten. Riegers Kalkül: Hier, am Ende der Welt, würde niemand eine rechtsextreme Kadefschmiede vermuten. Heute erinnert nichts mehr an die „bedeutendste Schulungsstätte alter und neuer Nazis aus dem In- und Ausland“, wie es bald im Verfassungsschutzbericht hieß. Planierdraht und Bagger fressen sich durch riesige Schutthaufen und begraben die letzten Spuren.

Der neue Eigentümer hat alle vier Gebäude abreißen lassen, ein Stück weiße Mauer ragt bizarr aus einem Berg von Ziegeln hervor. Neubesitzer Sven Kiedrowski stammt aus dem Dorf. Alle hätten aufgeatmet, als ein Hetendorfer 2004 den Zuschlag für das Gelände bekam, sagt er.

Es ist kalt an diesem Morgen. Dem 27-jährigen Unternehmer kann der eisige Wind nichts anhaben, er plant Großes. Am Sonnabend soll sein Motorradgeschäft „Race Direct“ eröffnet werden. Mitarbeiter schieben fabrikneue Cross-Motorräder aus einem Transporter in das Holzhaus, das der ehemalige WM-Fahrer Kiedrowski am Rande des Grundstücks gebaut hat.

Er weiß noch genau, wie es war, als die Neonazis über Hetendorf kamen. „Wir Kinder waren neugierig, was bei denen vor sich ging.“

Kiedrowski zeigt mit ausgestrecktem Arm hinüber zum nördlichen Teil des Geländes: „Von dort konnten wir über den hohen Zaun gucken. Aber die Neonazis kamen sofort heran, fotografierten uns und schimpften, wir sollten verschwinden.“

Insbesondere an die **Musmärsche in Uniform** kann sich Kiedrowski gut erinnern. „Die liefen herum wie ein Trachtenverein.“ Kleine Mädchen in altmodischen Kleidern und mit Zöpfen fielen ihm auf. „Die hatten doch keine Chance, sich eine eigene Meinung zu bilden.“

Inzwischen selbst Vater, machten Riegers **raffinierte Phantazien** ihm schon damals Angst: „Wir Jüngeren haben alle mitdemonstriert.“ Nur die Landwirte trauten sich nicht, weil sie Angst um ihre Häuser und Scheunen hatten. Kiedrowski: „Die hatten viel zu verlieren. Zuviel Gegenwehr und die Hütte steht in Brand ...“

Sofort nach dem Kauf von Hetendorf 13 im vergangenen Jahr begann der Cross-Fahrer mit den Aufräumarbeiten. Die Gebäude waren heruntergewirtschaftet und das Gelände eine einzige Müllhalde. Vor der rechtskräftigen Enteignung durch die Behörden hatten Riegers Leute die Häuser restlos leergeäumt. Kein Blatt Papier, kein rechtsradikales Buch, nur ein Schild in Frakturschrift mit dem Titel „**Hausordnung**“ habe er gefunden.

Wie Kiedrowski sagt, hätte Rieger noch versucht, das Grundstück für 500 000 Euro zurückzukaufen. „Da war es allerdings schon zu spät“, freut sich der Motorradhändler. Mit dem Abriss der Gebäude will er dem „Spuk hier endgültig ein Ende setzen“. Die Hetendorfer danken es ihm. „Wir wollen hier kein Mahnmal“, sagen sie.

Auf der Internetseite von Hetendorf wird ausführlich über den verheerenden Wirbelsturm von 1935, die Pipeline-Verlegung von 1992 und den Bau des Windparks 2004 berichtet, doch kein Wort über Neonazis in Hetendorf. Unverständlich, sagen manche, denn gerade die Gegenwehr der Gemeinde habe Rieger doch vertrieben.

Tatsächlich hat der Rechtsanwalt aus dem feinen Hamburger Stadtteil Blankenese die Hermannsburger Landbevölkerung unterschätzt. Denn „Hetendorf Nr. 13“ ist heute vor allem eines: ein Synonym für den Widerstand einer ganzen Region. Wie fast alle Hetendorfer, verfolgen auch Sven Kiedrowski und seine Familie die Nachrichten über Riegers Aktivitäten. „Ich kenne den **Heisenhof** in Dörverden“, sagt er „ich war dort bei der Bundeswehr.“

Bärbel Dethlefs hat damals gemeinsam mit ihrem inzwischen verstorbenen Ehemann den „Hermannsburger Arbeitskreis gegen Hetendorf 13“ gegründet. Die Hausfrau ficht seit langem einen Kampf gegen Kernenergie und Castor-Transporte. Sie fehlt bei kaum einer Veranstaltung in der nahen Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen. Für die Grünen sitzt sie im Gemeinderat von Hermannsburg, darf allerdings nur zuhören – nicht mitstimmen. „Die Gegend hier ist traditio-



Angaben des niedersächsischen Innenministeriums als jugendgefährdend indiziert worden.

„Und wir haben uns denen entgegengestellt“, lächelt Dethlefs sanft. Kaum wieder daheim, kamen anonyme Briefe und Drohanrufe, wie „Du Drecksau! Wir kriegen dich! **Sieg Heil!**“ Eine Fangschaltung der Polizei konnte den Täter nicht ausfindig machen.

Vom Hetendorfer Neonazi-Gelände gingen immer wieder Gewalttaten aus, 1997 fanden sich bei Angehörigen der so genannten Schutztruppe **Waffen**. Und das niedersächsische Innenministerium hielt fest, dass mit einem „handschusswaffenähnlichen Gegenstand“ auf Journalisten geschossen und einem Bauern die Windschutzscheibe seines Traktors mit einem Kuhfuß zerschlagen wurde.

„Unser Bündnis war ein bunt zusammengewürfelter Haufen“, erinnert sich Bärbel Dethlefs, „alles Einzelkämpfer und sehr engagiert.“ Doch ohne Hilfe und Recherchen junger Celler Antifaschisten wäre es damals nicht gelaufen, sagt sie.

Bärbel Dethlefs ist immer noch eine vielbeschäftigte Frau, doch für einen Besuch des Aktionstages gegen rechts am 2. April 2005 in Verden nahm sie sich Zeit. Sie möchte den Heisenhof-Gegnern mit ihren Erfahrungen helfen. „Sie werden einen langen Atem brauchen!“

Eine grauhaarige Frau blickt aus einem Fenster im Dachgeschoss. Sie hat die Fremden beobachtet und ahnt, warum sie da sind. „Ich bin Jahrgang 1927. Als ich gesehen habe, wie da wieder **Nazis** durch das Dorf marschieren, da haben sich mir die Haare gestäubt!“

Landwirt Stephan Meyer war froh, als Riegers Rechtsradikale endlich wieder aus Hetendorf verschwanden.

Hetendorf Nr. 13

Eine Chronologie

In der Mittagszeit wirkt Hetendorf wie ausgestorben. Nur Landwirt Stephan Meyer arbeitet vor seiner Scheune, keine hundert Meter von Hetendorf 13 entfernt. Seine Kartoffelernte lagert hier. „Ich bin froh, dass Rieger weg ist“, sagt Meyer. Er ist ihm nie begegnet, doch er und seine Familie verfolgen die Presseberichte über den Heisenhof sehr aufmerksam. „Es ist schlimm, dass so einer das überhaupt hat kaufen dürfen.“

Dieter und Sabine sind nach Jahren das erste Mal wieder in Hetendorf. Dass sie nun vor einem Schutthaufen stehen, löst in Dieter ein ambivalentes Gefühl aus. „Wir haben dafür demonstriert, dass Nazis keinen öffentlichen Raum besetzen. Aber heute wissen wir, dass Rieger nicht geschwächt ist und die Nazis stärker sind als zuvor.“ Dieter wird sich nicht entmutigen lassen, doch er weiß: „Wir haben einen kleinen Sieg errungen, aber die große Schlacht noch nicht gewonnen!“ Er und Sabine gehörten als Mitglieder der Celler Antifa zum Bündnis gegen Hetendorf 13, das sich über viele Kompromisse zusammenraufte. Es gab „Spiele ohne Grenzen“ und ein Fußballturnier unter dem Motto „Rote Karte für Hetendorf 13“. Als Gegenpart zu den neonazistischen „**Hetendorfer Tagungswochen**“ wurde 1995 gemeinsam mit zahlreichen Initiativen ein antifaschistisches Sommercamp in Sülze nahe Hetendorf organisiert.

„Da kommen die Chaoten aus Göttingen“, hätten Polizisten den Wirt des Kaffeegartens gewarnt. Doch der ließ sich davon nicht beeindrucken. „Er hat gesagt: ‚Ein Mann, ein Wort‘, und dann sind 1000 Leute gekommen, haben das Gelände total aufgeräumt wieder verlassen und nicht ein Blümchen geknickt“, lacht Sabine in der Erinnerung daran.

Eine Hauptaufgabe bestand für die Antifa in der Aufklärung der Bevölkerung. Manchmal verteilten sie wochenlang Flugblätter. „Es war die Zeit nach den grausamen Brandanschlägen von Mölln und Solingen, da waren die meisten doch sensibilisiert“, sagt Dieter.

Jahr um Jahr kamen die Neonazis um Rieger wieder. Mal erschien der völkische „**Bund der Goden**“, mal die militante „**Wiking-Jugend**“ in Uniformen oder die Jungen Nationaldemokraten. Zur „Sonnenwendfeier“ im Juni reisten Riegers Gefolgsleute aus allen Teilen der Bundesrepublik an. Die Frauen backten Hollerküchle, die Männer maßen sich im germanischen Sechskampf. Zwischendurch gab es neonazistische Schulungen zu Themen wie „**Sittengesetz unserer Art**“ oder „Der Hintergrund des Holocausts von Dresden“.

Als das Bündnis eine Gegendemonstration mit über 2000 Teilnehmern organisierte, und das Medieninteresse wuchs, reagierte Rieger mit einer Schutztruppe, bewaffnet mit Holzknüppeln und Hunden. Er warb zunehmend junge Glatzköpfe aus der Umgebung an.

Im Winter 1997 wurde es dann brandgefährlich. Als eine Gruppe von Demonstranten die Auffahrt zum Gelände besetzte, stürmten Riegers Truppen mit Ketten und Stöcken bewaffnet auf sie zu. Die Polizei war nicht vor Ort, den jungen Leuten blieb nur die Flucht. Das Verbot des Neonazi-Zentrums durch den niedersächsischen Innenminister Glogowski erfolgte zwei Monate später. Im Morgengrauen rückte die Polizei an.

Der **Spuk** nahm ein Ende, doch die Erinnerung daran ist noch lebendig. Hartmut Behrmann* bewohnt mit seiner Familie ein Haus am Rande des Dorfes. Er ist Rieger damals in die Quere gekommen, als der Anwalt Anfang der 90er Jahre das Haus Hetendorf Nr. 47 kaufen wollte. Behrmann setzte alle Hebel in Bewegung, um das zu verhindern. „Wir wollten nicht, dass der uns umzingelt.“ Obwohl Riegers Strohmännchen den Zuschlag bereits für etwa 400 000 Mark erhalten hatte, gelang es den Hetendorfern mit

einer Unterschriftenaktion und Hilfe aus Hannover, die Bayerische Hypothekenbank als Verkäuferin zur Rücknahme zu bewegen. Die Gemeinde kaufte das Gebäude, Riegers Zorn war riesengroß. „Wir haben uns genau gemerkt, wer im Dorf uns verleumdet, gegen uns gehetzt und sich uns gestellt hat ... Wer Krieg haben will, soll ihn bekommen ... **Nacht** muß kalt genossen werden“, drohte er in einem Brief.

„Wir bekamen Schiss – trotz der großen Solidarität“, sagt Behrmann. Auch heute noch fürchtet er um seine Familie und will deshalb anonym bleiben. Behrmann: „Wenn es eine Botschaft gibt, die wir den Dörverdenern mitgeben können, dann die: Schließt euch zusammen und wehrt euch!“ Politisch gebe es nichts Schlimmeres als **Rechtsradikalismus**. Er verfolgt jede Nachricht vom Heisenhof. „Oberkreisdirektor Jahn aus Verden zeigt viel Mut, sagen Sie ihm das!“
Andrea Röpke

* Name geändert.



Der „braune Barde“ Frank Rennicke hielt den Teilnehmern der Hetendorfer Mahnwachen ein Holzkreuz entgegen.

1979: Riegers Organisation „Freundeskreis Filmkunst“ aus Hamburg erwirbt das ehemalige Kinderheim in Hetendorf für nur 120 000 Mark vom Bundesvermögensamt in Soltau. Die Bundesbehörde hatte es ursprünglich für 1,2 Millionen Mark von der Lobetal-Stiftung erworben. Mitte der 80er Jahre wird Riegers pseudo-wissenschaftlicher Verein „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ (GfbAEV) Mitbesitzerin der Immobilie.

1987: Antifa-Gruppen verhindern ein geplantes Herbstlager der militanten „Wiking-Jugend“ durch Proteste im Vorfeld.

1990: Rieger versucht, den „Stützpunkt Hetendorf“ zu erweitern. Für das Haus Nr. 47 gibt er als Vorsitzender der GfbAEV mit etwa 400 000 Mark das Höchstgebot ab. Aufgrund massiver Proteste in der Dorfbevölkerung wird der Verkauf rückgängig gemacht.

1992: Da dem Freundeskreis Filmkunst die Gemeinnützigkeit aberkannt wird, ändern sich die Eigentumsverhältnisse: Zwei Heide-Heim-Vereine mit Sitz in München und Hamburg übernehmen die Immobilie. Vorsitzender beider Vereine ist Jürgen Rieger.

1994: Der niedersächsische Verfassungsschutz stellt fest: „Die Bedeutung der Tagungsstätte in Hetendorf lag in der Vergangenheit darin, dass sich hier Vernetzungen der rechtsextremistischen Szene in Deutschland bildeten.“ Jahr für Jahr finden die so genannten Hetendorfer Tagungswochen mit Sonnenwendfeier, Schulungen und Musik statt. Inzwischen verbotene Organisationen wie die „Nationale Liste“, die „Nationalistische Front“ und die „Freiheitliche deutsche Arbeiterpartei“ treffen sich in Hetendorf. Viele der heutigen Neonazi-Anführer – wie Christian Worch, Thomas Wulff, Manfred Börm

und Thorsten Heise – besuchen Riegers Kaderschmiede.

1995: Bekannte Neonazis wie Manfred Roeder und Peter Naumann versuchen, Veranstaltungen des Hermannsbürger Bündnisses zu stören.

1996: Rieger erwirbt für mehr als eine Million Euro ein 650 Hektar großes Landgut in Schweden.

1997: Der Protest gegen die Neonazi-Veranstaltungen in Hetendorf wächst. Die Rechtsradikalen reagieren immer aggressiver.

1998: Im Februar wird „Hetendorf Nr. 13“ geschlossen, die beiden Trägervereine werden verboten. Nach jahrelangem juristischen Streit wird Rieger schließlich enteignet. 2004 versucht er die Immobilie zurückzukaufen – ohne Erfolg.

Andrea Röpke



Sven Kiedrowski auf dem Gelände, das einst Jürgen Rieger gehörte. Der junge Mann hat alle Gebäude abreißen lassen und hier einen Motorradhandel eröffnet.

„Dieser Neonazi ist nicht mein Sohn“

Eine Mutter verliert ihr Kind an Rechtsextremisten

Elke Bormann hat einen Sohn. Von dem erzählt sie voller Liebe. Wie er als kleiner Junge aus der Schule kommt, ihre Hand streichelt und fragt „Mama, wie war dein Tag?“ Einen Sohn, von dem in ihrer kleinen Wohnung Bilder hängen, auf denen er als Baby zu sehen ist. Bilder, die sie stolz zeigt und fragt: „War er nicht ein süßer Bengel?“

Aber Elke Bormann kennt auch den Namen eines jungen Neonazis, der als **gewaltbereit** gilt und der Verdens „Jungen Nationaldemokraten“ stets zu Diensten ist. Den sieht sie manchmal im Fernsehen oder in der Zeitung, weil er sich gerne auf dem **Seifenhof** des Hamburger Neonazis Jürgen Rieger herumtreibt. Sie kennt seinen Namen, mehr nicht. Mit dem hat sie nichts zu tun. „Die Erinnerung kann mir keiner nehmen. Aber der da, der ist nicht mein Sohn.“

Sie hat mit ihrem Kind gebrochen. Ein für alle Mal. Rund zweieinhalb Jahre ist es jetzt her, dass er ihr die Wohnung zertrümmert hat. Kartoffelsalat gegen die Wand geklatscht, Stühle kaputt gehauen, alles aus Hass und aus Zorn. Weil seine Mutter in seinem Zimmer die Poster von der Wand nahm. Bilder, deren Anblick sie nicht mehr ertragen konnte. Bilder, die unendlich gequälte Menschen zeigen. Gefoltert in Hitlers KZs. Diese Bilder hatte ihr Sohn nicht als Mahnung wider das Vergessen aufgehängt, sondern als Trophäen. Trophäen des Unmenschens **Adolf Hitler**, den ihr Sohn glühend verehrt.

Damals rief sie die Polizei. Die erteilte ihrem randalierenden Neonazi-Sohn wenige Wochen vor seinem 18. Geburtstag einen Platzverweis. An diesem Tag hat seine Mutter ihn aufgegeben. Knallhart. Selbst wenn er morgen tot ist, wird sie nicht traurig sein, sagt Elke Bormann. Und wenn er morgen sagt, er will raus aus der Szene, will dem Neonazismus abschwören, wird sie ihm nicht helfen. „Denn er würde lügen, wenn er das sagt.“

Lügen, wie er so oft gelogen hat. Wenn er seine Mutter mal wieder unter einem Vorwand

anpumpte, um mit dem Geld Relikte des Hitler-Regimes zu kaufen. „Seine **Seiligtimer**.“ Elke Bormanns Stimme klingt bitter. „Diesen Dreck darf man nicht dulden. Nicht mal für sein eigenes Kind.“

Es fing an, als Marlon* 14 oder 15 Jahre alt war. „Da hat er die falschen Leute kennen gelernt“, meint seine Mutter. Und ihr peu à peu den „Nazi-Dreck“ in die Wohnung geschleppt. „Er hat das ganz raffiniert angestellt.“ Erst lagen kleine Plakate im Nachttisch, irgendwann hingen sie an der Wand. Seine „Kameraden“ kamen immer häufiger zu Besuch. Mit ihren kahlen Köpfen und Springerstiefeln, mit ihren **Seitencheiteln** und JN-Abzeichen. „Unglaublich freundlich haben die getan“, sagt Marlons



NS-Diktator Adolf Hitler als Vorbild:
Ein junger Demonstrant bei einem Neonazi-
Aufmarsch im brandenburgischen Halbe.

Mutter. Rausschmeißen konnte sie die Neonazi-Clique nicht, denn dann ging ihr Marlon ja mit.

Ein paar Mal klingelte auch die Polizei bei ihr, um die Wohnung zu durchsuchen. In Marlons Zimmer stellten die Beamten verbotene CDs und Plakate sicher – und **Waffen**: Messer, Schlagringe, Farb pistolen. Diese Jahre waren die Hölle, sagt Elke Bormann. Ihre schlaflosen Nächte hat die alleinerziehende Mutter nie gezählt.

Unendlich oft fragt sie sich aber, warum die **braune Saat** in Marlon so gut aufgegangen ist. Eine Antwort findet sie nicht. Marlon hat drei Schwestern und einen Bruder, alle fünf Kinder hat sie alleine erzogen, und „die vier anderen haben mit Neonazismus gar nichts am Hut“. Zu sehr bemuttert worden sei Marlon, hielten die Leute vom Jugendamt ihr vor. Sie habe zu viel hinter ihm hergeräumt und geputzt.

„Werden alle Kinder Neonazis, deren Mütter es gerne sauber haben?“ Elke Bormann ist empört. Aber in die Empörung mischt sich Ratlosigkeit. Sie kann ihn einfach nicht finden, den wahren Grund. „Ich musste mich doch kümmern.“ Schließlich war ihr Marlon auch ein krankes Kind, er litt unter epileptischen Anfällen und musste auf die Sonderschule gehen.

Ihr Sohn hat sie provoziert und verspottet. Jahrelang. „Wenn er morgens in die Küche kam, hat er, statt ‚Guten Morgen‘ zu sagen, ‚**Heil Hitler**‘ gebrüllt.“ Sie schrie ihn an, er solle das lassen. Das nützte nichts. Sie hat es auch im Guten versucht. Nach Bergen-Belsen ist sie mit ihm gefahren, um ihm die Augen über die NS-Verbrechen zu öffnen. Da gab es in einer Vitrine einen kleinen zerschissenen Stoffschuh, den hatte eine jüdische Mutter für ihr Kind genäht. Dieser Anblick hat sie sehr gerührt. Aber ihr Sohn lachte nur. Wann immer seine Mutter fortan traurig war, fragte er sie voller Spott: „Na, denkst du an den ollen Schuh?“

Sie hat auch ganz rational und auf die Gegenwart bezogen argumentiert. Statt gegen Ausländer zu **hetzen**, soll Marlon doch in Berlin

Aktivisten um den „Jungen
Nationaldemokraten“ Florian Cordes aus
Oyten (vorne) bei einer Demonstration.



vor den Regierungsgebäuden demonstrieren gehen. Niemand kann sich seine Nationalität oder seine Hautfarbe aussuchen, hat sie ihren Sohn gelehrt, und auch nicht das Land, in dem er geboren wird. „Aber mir – mir hat Marlon ja gar nicht mehr zugehört.“ Nur noch seinen „Kameraden“ vom „Stützpunkt Verden“ der radikalen NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“. Denen, die sie am Ende als „**Dreckjan**“ und „**Verräterin**“ beschimpft haben. „Was ist denn das für eine Mutter, die ihren Sohn rauschmeißt?“ Dann kam der Telefonterror bei Tag und bei Nacht. Sie hat alle Drohungen und Beschimpfungen weggesteckt: „Die machen mir keine Angst, die haben mir nur den Abschied von meinem Sohn erleichtert.“

An den **juungen Neonazi** denkt Elke Bormann heute wie an einen Fremden. „Das ist etwas anderes, als wenn man am Grab seines Sohnes steht. Dieser Neonazi löst kein Gefühl in mir aus.“ Keine Trauer, auch keinen Hass. „Allenfalls Wut, dass es immer noch Nazis wie ihn in diesem Land gibt.“

Doch bis heute vergeht kein Tag, an dem sie nicht an ihren Sohn denkt. An diesen süßen Bengel. Die vielen schönen Erinnerungen kann ihr keiner nehmen. Das sagt sie ganz nüchtern und ohne Sentimentalität. Aber auch ohne ein Fünkchen Hoffnung. Denn diesen süßen Bengel, den gibt es nicht mehr. Christine Kröger

* Name geändert.

Das braune Gift wirkt lange nach

Uwes weiter Weg aus der rechtsextremen Clique

Klar hat Uwe* Angst. Angst, dass er seinen ehemaligen „Kameraden“ mal im falschen Moment über den Weg läuft. Das gibt der 18-Jährige zu. Aber wenn er ihnen heute begegnet, und sie sind nicht betrunken und allein, dann tun sie ihm nichts. Da ist er sich sicher, sagt er. Dann wechseln seine ehemaligen Freunde bloß die Straßenseite und grüßen ihn nicht mehr.

Für sie ist Uwe ein „Scheißverräter“ und „kein richtiger Deutscher“. So beschimpfen sie ihn, weil er nicht mehr dabei ist. Der 18-jährige Bremer will nichts mehr zu tun haben mit dem, was er „Nazi-Kram“ nennt. „Schlimm genug, dass ich diese Einstellung mal hatte“, sagt er. Diese Einstellung, die seine ehemaligen Freunde, Andreas und dessen „Neonazi-Clique“, immer noch haben. Und die auch ihn noch beschäftigt. Braunes Gift kann lange wirken.

Die braune Musik zum Beispiel. Mit der hat alles angefangen, denn die hört er, seit er 13 ist. Bands wie „Landser“, „Screwdriver“ und „Stahlgewitter“, die zu harten, aggressiven Tönen rechtsextreme Texte grölen. Deren Musik er bis heute dann und wann hört. „Aber nur, wenn ich alleine bin“, versichert er schnell.

Uwe lebt bei seiner Mutter. Seinen leiblichen Vater hat er ein einziges Mal gesehen. Diesen Mann braucht er nicht, sagt Uwe knapp. Der hat einen Vaterschaftstest verlangt und dann trotzdem keinen Unterhalt bezahlt. „Obwohl der zwei Häuser hat.“ Uwe grinst. Er will das nicht traurig finden. Traurig ist, dass seine Mutter sich von seinem Stiefvater scheiden ließ. „Der war wie ein richtiger Vater.“ Nach der Scheidung zieht Uwe mit seiner Mutter aus dem kleinen Dorf im Kreis Diepholz zurück nach Bremen – in die Vahr. Diesen Stadtteil, von dem Uwe sagt, dass er sich hier mehr vor den Ausländern fürchtet als vor Andreas und seinen Kumpanen. Braunes Gift wirkt lange.

Als er in die Vahr kommt, lernt er Andreas kennen. Andreas in der schwarzen Bomberjacke und den Doc-Martens-Boots mit weißen

Schnürsenkeln. Den Kopf kahl geschoren, wie es sich für einen rechten Skinhead gehört. Andreas ist gerade mal 15 Jahre alt. Mit ihm und vier, fünf anderen Jungs zieht Uwe regelmäßig um die Häuser. Einen Anführer hat seine Clique nicht. „Allenfalls den Niels“, sagt Uwe. Weil der viel älter ist, so um die 30, und weil der ein Auto hat. „Logisch, dass der meist gesagt hat, wo’s hingehen soll.“

Ins Panzermuseum nach Munster zum Beispiel. Auch Bunker gucken die Jungs sich an. Und kaufen für satte 450 Euro einen „echten Hitler-Schlitz“. Das „Pfadfindermesser“ der Hitler-Jugend holt der Mann aus seinem Tresor ganz hinten in seinem Antikladen mitten in der Bremer Innenstadt. Die Jungs gehen nie unbewaffnet aus dem Haus. „Ich hatte immer eine Gaspistole dabei“, sagt Uwe. „Andreas läuft bis heute mit einem Gummiknüppel durch die Gegend.“ Irgendwann will die Clique auch unbedingt mal zu so einer richtigen Demo, auf der die Neonazis aufmarchieren. Oder auf eines dieser geheimnisvollen Konzerte einer Neonazi-Band, von denen man vorher nicht genau weiß, wo genau sie stattfinden. Aber so weit kommt es nicht mehr. „Wegen der Sache mit dem Neger“, sagt Uwe. Die Entschuldigung kommt prompt. „Ich meine mit diesem Schwarzen.“

Dieser Schwarze ist in die Wohnung gleich neben der eingezogen, in der Andreas’ Familie wohnt. Als die Jungs zu Andreas wollen, fährt er mit dem Fahrrad vorbei. „Drecksnigger“, ruft Uwe ihm hinterher, „geh zurück in den Urwald.“ „So war’s halt“, sagt er heute und zuckt die Achseln. Ein bisschen peinlich ist ihm das schon.

An diesem Tag aber dreht der Mann mit seinem Fahrrad um und gibt Uwe eine Ohrfeige. „Den Drecksnigger zeigen wir an“, sagt Andreas sofort. Dann rufen die Jungs die Polizei. Die kommt – und gibt auch VAJA, dem Bremer Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit, einen Tipp. Ein paar Tage später tauchen die beiden VAJA-Streetworker Dennis und Karin

auf. Uwe und seine Clique reparieren gerade ein Fahrrad, daran erinnert sich Uwe noch genau. Andreas haut sofort ab, aber Uwe, sein bester Kumpel, und noch ein, zwei andere Jungs hören erst einmal zu. Ein gutes Jahr ist das jetzt her, und heute ist Uwe raus. Irgendwie jedenfalls, denn das braune Gift wirkt noch nach.

Mit Andreas ist er immer in diese Kneipen am Bahnhof gegangen. „In denen die Skinheads und die Hooligans abhängen“, sagt Uwe. Muskelbepackt, kahl geschoren und tätowiert. Viele von ihnen rechtsextrem. In diesen Kneipen lernt Uwe auch „Promis“ der rechten Szene in Bremen kennen. Leute, die Musik machen in Bands wie „Endstufe“ oder „Endlöser“. Und Männer, die sich als besonders „schlagkräftige Hools“ einen zweifelhaften Ruf erworben haben. Irgendwie spricht Uwe bis heute mit einem Hauch Ehrfurcht von ihnen.

Aber auch mit Verachtung. Dass die Rechten was gegen Drogen haben zum Beispiel, das braucht ihm keiner mehr zu erzählen. „Da ist nicht nur Alkohol bis zum Abwinken angesagt“, berichtet er. „Da sind viele voll auf Koks.“ Der 18-Jährige grinst und tut, als wolle er mit der Faust zuschlagen. „Kapiert, warum?“ Kokain betäubt auch – und stiehlt für die nächste Prügelei. Kräftig gesoffen hat Uwe auch, aber harte illegale Drogen? „Nee, vor denen hab’ ich zu viel Respekt.“

Seit der Sache mit dem Schwarzen trifft Uwe sich zusammen mit einigen anderen Jugendlichen einmal die Woche mit den Streetworkern. Ganz allmählich verändern sie seine Einstellung zum Neonazismus. „Das mit Hitler und den Juden“ sieht er heute „als schlimmes Verbrechen“. Früher habe er oft gar nicht nachgedacht, was er rede. Da haben sie gemeinsam Whiskey gesoffen, die Fenster aufgerissen und gegrölt. „Nur ein toter Jude ist ein guter Jude“ oder „Deutschland den Deutschen“. Ihren ganzen Hass haben sie rausgelassen. Aber wo kommt der her? Uwe hat keine Antwort. „Vielleicht von der Musik“, über-



legt er. „Ich mochte einige Ausländer schon nicht, bevor ich Andreas, Niels und die anderen kannte.“ Die Verehrung für Hitler, seine Schergen und den Antisemitismus, den hat ihn seine Clique gelehrt. Auch was Kameradschaft ist. Zusammenhalten, immer und gerade, wenn’s hart auf hart kommt. Uwe lächelt spöttisch. „Die kniefen genauso oft wie jeder andere auch.“

Vor einigen Monaten hat Uwe sich mit anderen rechten Jugendlichen aus seiner Clique und mit VAJA-Sozialarbeitern die Gedenkstätte Bergen-Belsen angeschaut. „Das schockt einen“,

sagt der 18-Jährige. Seither sieht er das anders, „das mit den Juden“. Fast trotzig fügt er hinzu: „Aber Hitler hat auch gute Sachen gemacht.“ Und er wäre froh, wenn die NPD bei der nächsten Wahl die Regierung übernimmt. Aber Andreas und seine Gesinnungsgenossen nennen ihn doch einen „Vaterlandsverräter“, unter seinen Freunden sind heute längst Ausländer.

Uwe denkt nach. Sein Blick wandert rastlos durch den Raum. Wie auf der Suche nach etwas, an dem man sich festhalten kann. „Wenn ich von der Schule heimfahre, höre ich in der Straßenbahn

Sehr jung waren einige Demonstranten beim Aufmarsch von Rechtsextremisten in Magdeburg im Januar 2005.

oft kaum ein deutsches Wort.“ Es klingt wie eine Frage. Der „Nazi-Kram“ ist keine Lösung, das hat der 18-Jährige eingesehen. Aber das braune Gift wirkt noch nach. Noch – das kleine Wort kann manchmal Hoffnung bedeuten. Christine Kröger

** Namen geändert.*

Gewalt hält die Szene zusammen

Warum Jugendliche nach rechts gehen

In rechten Cliques werden aus Mitläufern rasch Mitwisser – oder gar Mittäter. Im Gespräch mit Christine Kröger rät Reinhard Koch betroffenen Eltern, rechtzeitig professionelle Hilfe zu suchen. Koch leitet die Arbeitsstelle Rechts-extremismus und Gewalt in Braunschweig.

Frage: Herr Koch, immer mehr Jugendliche schließen sich rechten Cliques an. Warum? Weil sie den Neonazismus gut finden?

Reinhard Koch: Nein, in der Regel spielt die Ideologie zunächst keine Rolle. Die Jugendlichen suchen in der rechten Clique, was Jugendliche in jeder Clique suchen: das Gefühl von Zusammengehörigkeit und gemeinsame Erlebnisse. In rechten Cliques geraten sie aber zusätzlich schnell in konspirative Strukturen, und das ist oft ein zusätzlicher Reiz ...

Sie meinen den Reiz des Verbotenen?

Ja. Aus Mitläufern der Clique werden rasch Mitwisser – und im schlimmsten Fall Mittäter. Fatal ist, dass dieser Mechanismus in beide Richtungen funktioniert: Er zieht die Jugendlichen rasch tief hinein in die Clique, gleichzeitig erschwert er den Ausstieg.

Warum sind rechte Cliques meist von jungen Männern dominiert?

Weil das rechte bis rechtsextreme Milieu vor Männlichkeitsritualen nur so strotzt. Da wird viel getrunken und „gekämpft“, man fühlt sich von Feinden umgeben, muss stark und unerschrocken wirken. Das ist gerade für männliche Jugendliche aus bestimmten Familienkonstellationen extrem anziehend.

Welche Konstellationen meinen Sie?

Oft Familien, in denen ein männliches Vorbild fehlt. Damit meine ich ausdrücklich nicht, dass alleinerziehende Mütter etwas falsch machen. Die Mütter sind selten das Problem. Sondern der fehlende Vater. In anderen Fällen lebt der Vater in der Familie, wird aber von seinem heranwachsenden Sohn als „schwach“ empfunden.

Wie prägend sind die politischen Einstellungen der Eltern?

Rechtsextreme Jugendliche können in „linken“ und in „unpolitischen“ Elternhäusern heranwachsen. Aber natürlich auch in rechten. In diesem Fall fühlen die Jugendlichen sich oft als „Vollstrecker“ dessen, was sie zu Hause hören. Nach dem Motto: Die Alten reden immer nur, wir tun endlich was.

Gewalt spielt offenbar eine sehr große Rolle in der rechten Szene ...

Gewalt ist das Bindemittel, das die Szene zusammenhält. Sie gilt in aller Regel als legitimes Mittel, um für „klare Verhältnisse“ zu sorgen. Das heißt, sie löst – sehr vordergründig – viele



Probleme. Das gilt für Konflikte innerhalb der Szene genauso wie für Konflikte mit den „Feinden“ draußen.

Was raten Sie betroffenen Eltern?

Möglichst rasch professionelle Beratung und Hilfe zu suchen, wenn sie merken, dass ihr Kind ins rechtsextreme Milieu abrutscht. Leider melden sich viele Eltern erst, wenn der Leidensdruck zu groß wird.

Was heißt das?

Zum Beispiel, wenn Strafverfahren gegen ihr Kind eingeleitet werden. Oder wenn der Jugendliche öffentlich als Neonazi auftritt. Aber dann sind die jungen Leute oft schon sehr tief drin.

Vorher merken die Eltern nichts?

Merken vielleicht schon. Aber sie nehmen es oft nicht ernst genug, tun den „Nazi-Kram“ als pubertäre Phase ab, schämen sich vielleicht auch für die Einstellung ihres Kindes. Aber diese Szene ist zu prägend, um sie auf die leichte Schulter zu nehmen – und zu gefährlich.

Worauf müssen Eltern achten?

Das veränderte Outfit, die neuen Freunde, das Abreißen anderer sozialer Kontakte – und natürlich den rechten Lebensstil, zum Beispiel die Musik. Und die Jugendlichen teilen sich viel weniger mit, um ihre „konspirative Gemeinschaft“ nicht zu verraten.

Zur Person: Reinhard Kochs Arbeitsstelle Rechts extremismus und Gewalt der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben (ARuG) in Braunschweig berät Eltern rechtsextremer Jugendlicher. Dieses Beratungsangebot ist einzigartig in Norddeutschland. Sie erreichen die ARuG unter Telefon 05 31 / 1 23 36 34 oder im Internet unter www.arug.de. Die Arbeitsstelle vermittelt auch Ansprechpartner in der Region.

Wie VAJA arbeitet

Akzeptierende Jugendarbeit made in Bremen

Der Bremer Pädagoge Franz Josef Krafeld hat das Projekt der akzeptierenden Jugendarbeit speziell für die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen entwickelt. 1992 wurde in Bremen der Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit (VAJA) gegründet. Seine Sozialarbeit ist „aufsuchend“: Sie findet statt, wo die Jugendlichen sich aufhalten – auf Spielplätzen oder Parkbänken, in Einkaufszentren oder Kneipen.

Die „akzeptierende Jugendarbeit“ ist umstritten. Kritiker werfen ihren Anhängern vor, zu viel „Akzeptanz“ an den Tag zu legen – bis zur Kumpanei mit rechtsextremen Führungskadern. Heute arbeitet VAJA längst nicht mehr nur mit rechtsextrem orientierten Cliques. Im Projekt „Grenzgänger“ hilft der Verein in Huchting, Jugendliche türkischer und kurdischer Herkunft zu integrieren. Kajak (Kreis aufsuchende Jugendarbeit Kattenturm) soll Kattenturms Jugendlichen zugute kommen, denn in dem Stadtteil leben junge Menschen aus 56 Nationalitäten.

Im Punk-Streetwork-Projekt betreut VAJA junge Punks, um zu vermeiden, dass sie in die Obdachlosen- oder Junkie-Szene abrutschen. Das Regionalteam Ost schließlich kümmert sich um sozial benachteiligte junge Menschen in sieben Stadtteilen Bremens. Christine Kröger



Die rechtsextreme Szene strotzt vor Männlichkeitsritualen.

Eltern helfen – aber wie?

Ein Gastbeitrag von Andrea Müller und Cornelius Peltz

Immer häufiger suchen Eltern oder andere Angehörige Unterstützung, weil ihr Sohn oder ihre Tochter in rechtsextremistische Organisationen abzurufen droht oder dort bereits aktiv ist. Viele haben eine lange Odyssee hinter sich, bis sie eine Beratungseinrichtung gefunden haben.

2001 wurden die Bundesländer von Bundesinnenminister Schily aufgerufen, Aussteigerhilfen anzubieten – bei Landeskriminalämtern, Behörden oder freien Trägern. Doch niemand wusste, wie eine kompetente Beratung für ratsuchende Eltern und Angehörige aussehen könnte.

Das Lidice-Haus versuchte, zeitnah auf diesen Mangel zu reagieren. Es ist eingebunden in ein Netzwerk erfahrener Institutionen und Kollegen, die bei der Entwicklung eines dreiteiligen Konzeptes halfen. Es bietet Qualifizierungsangebote für alle, die auf Hilfesuchen von Eltern und Angehörigen kompetent reagieren möchten.

Ausstiegsprogramme konzentrieren sich überwiegend auf die Arbeit mit den Jugendlichen selbst. Polizeistellen verweisen oft an andere Ämter – meist erfolglos, weil Jugendämter und Einrichtungen der Erziehungsberatung in der Regel nicht ausreichend qualifiziert sind für die spezielle Thematik „Zugehörigkeit zu rechten Szenen und/oder Organisationen“. Und Jugendarbeit gerät häufig in einen Rollenkonflikt, weil sie sich vor die Entscheidung „vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Jugendlichen“ oder „Kooperation mit deren Eltern“ gestellt fühlt.

Eltern- und Angehörigenberatung ist auch deswegen besonders schwierig, weil Hilfe oft erst bei drohenden oder laufenden Strafverfahren gesucht wird. Zudem hat der bisherige Umgang der Eltern mit ihren Kindern oft zur aktuellen Problemlage beigetragen. Gewöhnlich klaffen ihre Vorstellungen, wo es hingehen soll, weit auseinander. Das erschwert die Gespräche zusätzlich. Die Bedingungen des Aufwachsens und die

Kommunikation zwischen Jugendlichen und ihren Eltern beziehungsweise Stiefvätern und Stiefmüttern sowie anderen erwachsenen Angehörigen gelten zugleich aber als eine wesentliche Weichenstellung in der Herausbildung jugendlicher Denk- und Verhaltensmuster. Um das Bewusstsein der Erwachsenen für ihre (Mit-)Verantwortung, ihre Bereitschaft zur selbstkritischen Mitarbeit und ihre Rolle beim Ausstieg rechter Jugendlicher zu stärken, bedarf es einer neuen und problemübergreifenden Beratungsqualität.

Voraussetzung sind neben den Beratungskompetenzen insbesondere die aktuelle „Feldkompetenz“ und Szenekenntnis der Beratenden. Eltern, die in ein Erstgespräch Gegenstände aus dem Zimmer ihres Kindes mitbringen (CDs, Kleidungsstücke, Flyer, Spuckies) oder über Namen und Orte aus dem Umfeld ihres Sohnes berichten, erwarten – zu Recht – eine realistische Auskunft der Berater, wie diese Dinge und Namen einzuschätzen sind. Können sie das nicht, droht die Beratung zu enden, bevor sie überhaupt begonnen hat.

Inhalte und Ziele der dreiteiligen Zusatzqualifikation umfassen folgende Ebenen:

- Rechtsextremismus, menschenfeindliche Ideologien und Jugendkultur: Das Spannungsfeld von jugendlichen Subkulturen, Lifestyles und rechtsextremem, autoritärer Identitätsentwicklung.

- Beziehungsgeflecht Familie: Eltern-Kind-Beziehungen und ihr Zusammenhang für den Ein- und Ausstieg in extreme Denk- und Verhaltensmuster.

- Grundlagen von Beratung und Gesprächsführung: Erlernen, Einüben und Weiterentwickeln von Beratungs- und Gesprächsführungskompetenz.

Seit Herbst 2003 werden diese Fortbildungen angeboten. Die Teilnehmer sind Mitarbeiter von Projekten der Jugendhilfe und Jugendarbeit, Ausstiegsprogrammen, Mobilien Beratungsteams, schulpсихologischen und freien. Adressaten sind

auch Erziehungs- und Familienberater. Das Lidice-Haus hat mit dieser im Bundesgebiet bislang einzigartigen Initiative einen Stein ins Rollen gebracht. Eltern aus dem gesamten Bundesgebiet bitten uns um Rat bei der Suche nach einem Beratungsangebot in ihrer Region.

Die Autoren: Andrea Müller ist pädagogischer Leiter, Cornelius Peltz wissenschaftlicher Mitarbeiter im Lidice-Haus: Lidice-Haus, Auf dem Hohen Ufer 118/122, 28759 Bremen, Telefon 04 21 / 69 27 20, E-Mail lidice@jugendinfo.de, Internet www.lidicehaus.de.



Andrea Müller



Cornelius Peltz

Schulen gegen rechts – aber wie?

Ein Gastbeitrag von Gerd Bücker

Im März 2004 ist beim Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR) die „Clearingstelle zur Prävention von Rechtsextremismus in Niedersachsen“ eingerichtet worden. Wir verstehen uns als eine koordinierende und vernetzende Fachberatungseinrichtung für das gesamte Bundesland.

Im Fachbeirat arbeiten Einrichtungen und Dienststellen mit, die bereits über Erfahrungen in der Präventionsarbeit auf dem Themenfeld Rechtsextremismus verfügen: die Arbeitsstelle gegen Rechtsextremismus und Gewalt aus Braunschweig, das ARPOS-Institut aus Hannover, die niedersächsische Landesstelle Jugendschutz, das Landesjugendamt, die Aussteigerhilfe RECHTS in Niedersachsen, das Landesamt für Verfassungsschutz und das Landeskriminalamt. Seit wenigen Monaten zählt auch die Jugendbildungsstätte Lidice-Haus aus Bremen zu den Mitgliedern und damit zu den Partnern der Clearingstelle.

Die fachliche Beratung kommunaler Präventionsräte – in Niedersachsen existieren davon rund 170 – stellt eine wesentliche Aufgabe der Clearingstelle dar. So wurden auch in Zusammenarbeit mit dem Verdener Präventionsrat konkrete Maßnahmen und Projekte gegen den Rechtsextremismus angeschoben. Mehrere Partner des Fachbeirates haben bereits im vergangenen Jahr an Schulen entsprechende Veranstaltungen durchgeführt, Projekttag initiiert und mitgestaltet. Weiter beteiligen wir uns an öffentlichen Diskussions- und Informationsveranstaltungen. Die Clearingstelle berät außerdem Gemeinden, wie sie eine gewaltfreie und demokratische Kultur des Widerstandes gegen rechtsextreme Erscheinungen fördern können.

Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass rechtsextreme Parteien und Gruppen verstärkt versuchen, an Schulen für ihre menschenverachtende Ideologie zu werben. Sie verteilen Flugblätter und CDs mit „nationalen Texten“, laden zu „Freizeitveranstaltungen“ ein und fordern schon 14-Jäh-

rige auf, zu „Kameradschaftsabenden“ zu kommen.

Hier muss „Schule“ ansetzen, junge Menschen zu immunisieren gegen die Einflussnahme extremistischer Gruppen. Projekttag, am besten eine ganze Projektwoche, gehören zu den effektivsten Möglichkeiten. Das trockene Vermitteln von Geschichtswissen, politisch-historischen Daten und Fakten allein genügt nicht. Junge Menschen müssen positiv erleben, was Demokratie bietet und genau erfahren, wohin der Weg überzeugter Rechtsextremisten führt!

Rechtsextrem orientierte Musik, einschlägige Dresscodes, Hintergründe zu bestimmten Zeichen und Symbolen – hier ist anzusetzen, hier sind Fachfrauen und -männer gefragt, die lebendige und klare Antworten geben können. Die Clearingstelle kann Referentinnen und Referenten vermitteln, die – zugeschnitten auf die Zielgruppe – mit multimedialen Mitteln ergänzende Informationen geben. Zeitzeugen, die die NS-Diktatur miterleben mussten, sind ein besonderer Mosaikstein in Projektwochen für Demokratie und gegen rechtsextreme Gewalt. Sie können oft hochinteressant und ausgesprochen plastisch berichten, „wie es war“ – vor allem auch, wie der ganz normale Alltag zwischen 1933 und 1945 abließ.

Der Blick in die eigene Gemeinde und den eigenen Landkreis ist die Basis für das weitere Handeln. Gibt es eine rechtsextreme Partei oder Gruppe vor meiner Haustür? Wie nehme ich diese Menschen wahr? Machen sie mir Angst? Wie gehe ich damit um? Was kann ich tun, damit niemand aus meinem Freundeskreis in die Fänge dieser Gruppen gerät? Wie gehe ich mit Mitschülern um, von denen ich weiß, dass sie extremistischen Gedanken nahe stehen?

Diese und viele andere Fragen müssen – in der Klasse, mit den Lehrkräften, mit Experten – diskutiert werden. Fragen und Wünsche an die Jugendhilfe vor Ort, an die Verantwortlichen aus der Kommunalpolitik sind zu formulieren und zu dokumentieren.

Projekttag und -wochen sollten kontinuierlich durchgeführt werden. Sie müssen keinen einmaligen Eventcharakter haben, sollen auch nicht als abwechslungsreiche Partywoche betrachtet werden. Es kommt auf klare und eindeutige Formulierungen an und darauf, das lebendige Interesse an einem jugendorientierten Gegenentwurf zu wecken. Daran müssen junge Menschen effektiv beteiligt werden, um sie auf Dauer für ein demokratisches Miteinander zu gewinnen.

In die pädagogische Fachausbildung gehört deshalb die Kenntnis über (rechts-)extremistische Erscheinungsformen und über Möglichkeiten, diesen entschlossen zu begegnen. Die Clearingstelle und andere kompetente Einrichtungen und Dienststellen unterstützen solche Fachausbildungen gern.

Der Autor: Gerd Bücker ist im Landespräventionsrat Niedersachsen und leitet die Clearingstelle: Clearingstelle zur Prävention von Rechtsextremismus in Niedersachsen, Am Waterloo-Platz 5 a, 30169 Hannover, Telefon 05 11 / 1 20 52 59, E-Mail info@lpr.niedersachsen.de, Internet www.lpr.niedersachsen.de.



Gerd Bücker

Nicht Bange machen lassen

Wie junge Ausländer in Dörverden mit dem Heisenhof leben

„Kiek mol wedder rin ... in eine andere Welt“ steht auf der Tafel neben dem Dörverdener Ortschild. Die Straße ist gesäumt von Backsteinhäusern, hier und da gibt es noch Bauernhöfe.

In Bahnhofsnähe sind die Häuser kleiner. Drei Reihen graublauer Blöcke ragen heraus, die



Fassadenfarbe blättert ab. Früher war das oft die erste Unterkunft für neu zugezogene Immigranten. Nicht weit davon steht das Einfamilienhaus, in dem Suleyman und Deniz Tuac mit Eltern und drei Geschwistern wohnen. Die Tuacs leben seit 1994 in Dörverden. Der älteste Bruder hat inzwischen seine eigene Familie gegründet und sich in der Nachbarschaft niedergelassen.

„Meine Mutter war nicht so begeistert davon, dass ich hier was über uns erzähle“, sagt der 22-jährige Suleyman. „Sie hat Angst, dass dann bald jemand vor der Tür steht.“ Wer? „Na ja, jemand vom **Scheißenhof** oder so.“ Die Brüder grinsen, halten die Sorge ihrer Mutter für übertrieben. „Die Nazis werden so stark beobachtet – ich glaube nicht, dass die was machen würden“, sagt Deniz.

Außerdem gehöre das doch zur Taktik der Braunen: ruhig bleiben und seriös rüberkommen. Dass der **Neonazi-Anwalt** Jürgen Rieger den Heisenhof gekauft und dort seine Gefolgsleute einquartiert hat, hat das Straßenbild in Dörverden nicht verändert. Die Polizei scheint den Brüdern präsenter zu sein als die Rechtsradikalen. „Sicher kann man sich natürlich nicht sein. Die wollen ja nicht mehr auffallen und ziehen sich heute ganz anders an als früher“, weiß der 19-jährige Deniz.

Beide haben die deutsche Staatsbürgerschaft, „aber wir würden nie sagen: Wir sind Deutsche“. Denn das würde voraussetzen, als solche akzeptiert zu werden. Wenn Deniz früher Schulkame-

Deniz und Suleyman Tuac:
junge Immigranten in Dörverden.

raden zu Hause besuchte, hatte er nicht das Gefühl, willkommen zu sein. „Man ließ uns spüren: Du gehörst zu denen da hinten.“

„Da hinten“ ist die Gegend um den Bahnhof. „Ghettoisierung ist vielleicht zu krass ausgedrückt ... Jedenfalls waren die **Deutschen** unter sich, und wir gehörten zu der anderen Gruppe“, berichtet Suleyman. Er räumt ein, auch umgekehrt Vorurteile gehabt zu haben. „Es war immer ein Denken in Gruppen.“ Die Folge: Probleme und Prügeleien zwischen den Jugendcliquen.

Der erste Dörverdener Jugendtreff wurde deswegen geschlossen. „Die Pädagogen dort haben versucht, die ausländischen Jugendlichen zu integrieren. Wir haben auch beim Aufbau geholfen“, erinnert sich Suleyman und fügt hinzu: „Gut, es wurde echt viel Mist gebaut.“ Doch unter den 40 Jugendlichen seien vielleicht drei oder vier Rowdys gewesen. „Wenn einer von denen schwarze Haare hat, fällt das auf, und es wird gleich verallgemeinert“, so Suleyman.

Während sich die Dorfjugend bei Schützenpartys „die Kante gab“ und kräftig feierte, hatten die beiden Brüder bald „keinen Bock“ mehr darauf. „Da wurde einem schon mal **Scheiß-Kanake** hinterhergerufen“, beschreibt Deniz eine latente Ausländerfeindlichkeit. Oder im Supermarkt: „Kaum stand ich vor einem Regal, hatte ich gleich einen Verkäufer hinter mir. Am Ausgang wurden meine Taschen kontrolliert. Das war nicht immer so, kam aber schon öfter vor“, sagt Suleyman. Heute kann nur noch das Osterfeuer die Brüder in ein Dörverdener Partyzelt locken, sie halten sich lieber in Verden auf.

Doch aus der Gruppendynamik haben sie sich gelöst, Vorurteile abgebaut. Deniz sagt, sein Freundeskreis bestünde zu 90 Prozent aus Deutschen. „Man muss auch mal die zweite Tür öffnen und gucken, was dahinter steckt“, empfiehlt er. Was die **Rechtsradikalen** angeht, haben Suleyman und Deniz eine Vermutung: Die hätten wahrscheinlich einfach noch nie richtigen

Kontakt zu Ausländern gehabt. Wenn's um Protest gegen Rechtsextremismus geht, sind die Brüder dabei. Deniz war bei den Sonntagsspaziergängen und auch beim Aktionstag gegen rechts am 2. April 2005 in Verden. Die Proteste der Bevölkerung gefallen ihnen, und doch haben sie leise Zweifel: „Vielleicht machen einige nur mit, weil sie dann besser dastehen.“

Suleyman hat seine eigene Methode, zur Verständigung unter den Kulturen beizutragen: Mit Jugendlichen trainiert er mehrmals in der Woche Breakdance. Selbst tanzt er seit Jahren in der Verdener Truppe „Tuff Rockin' Force“, der junge Leute verschiedener Nationalitäten angehören. In Dörverden beträgt der Ausländeranteil

6,4 Prozent. Im vergangenen Jahr wechselte kein einziger Schüler nicht-deutscher Herkunft zum Gymnasium, nur drei schafften den Übergang zur Realschule. So gesehen sind die Tuac-Brüder Ausnahmen. Suleyman schaffte im Mai 2004 sein Fachabitur an den Berufsbildenden Schulen in Dauelsen und plant, in die Gebäudereinigungs-firma seines großen Bruders einzusteigen. „Ich werde meinen Meister machen“, hat er sich vorgenommen.

Deniz besucht die 12. Klasse des Verdener Domgymnasiums und möchte später Medizin studieren. Er hofft, einen Studienort nicht allzu weit weg zu finden – damit er immer mal „wedder rinkieken“ kann, in seine alte Welt. Lena Wendte

*Erste Adresse für Immigranten:
In den Wohnblöcken in Bahnhofsnähe werden
vor allem Ausländer untergebracht.*



Die Neonazis rücken näher



„Die fackeln nicht lange, die langen zu“, sagen Insider über NPD-Anhänger. Brutale Gewalt kennzeichnet die Szene auch im Nordwesten Deutschlands. In Niedersachsen, dem Stammland der Partei, arbeitet die NPD immer enger mit neonazistischen Kameradschaften zusammen.

Braune Brutalität

Viele Neonazis aus der Region sind gewalttätig



Mit einem brutalen Schlag zertrümmerte der NPD-Aktivist Arwid Strelow seinem Opfer das Jochbein.

Der brutale Schlag auf den Kopf kostet Jan um ein Haar das Augenlicht. Der Tatort: ein **NPD-Aufmarsch** in Rotenburg. Die Waffe: ein Holzschild, das für die NPD wirbt. Der Täter: ein junger Mann mit einer weißen Armbinde. „Ordner“ steht darauf.

Zugeschlagen haben soll **Arwid Strelow**. Mit voller Wucht und wie von Sinnen. Das zeigen Filmaufnahmen von Journalisten. Drei Jahre Freiheitsstrafe auf Bewährung wegen vorsätzlicher Körperverletzung urteilt Monate später ein Jugendschöffengericht. Strelows Opfer ist ein Auszubildender aus Schleswig-Holstein, der gegen die NPD-Kundgebung demonstriert. Der

Täter zertrümmert das Jochbein des 18-Jährigen, anderthalb Stunden dauert die Operation, die Ärzte müssen zwei Metallplatten einsetzen.

„**Taten statt Worte**“ wirbt die NPD. Hat sie das so gemeint? Der Bundesverfassungsschutz nennt das Verhältnis der NPD zu Gewalt immerhin „ambivalent“. **Udo Voigt**, Bundesvorsitzender der Partei, sagt, die NPD lehne Gewalt ab – um rasch hinzuzufügen: „Was wir allerdings unseren Mitgliedern auch sagen: Jeder hat das Recht auf Notwehr.“ Schaut man sich das Vorstrafenregister vieler Mitglieder und Anhänger der Partei an, verkommt das halbherzige Nein Voigts zum bloßen Lippenbekenntnis.

„Niemand kann ernsthaft behaupten, er sei rechtsextrem, lehne aber Gewalt grundsätzlich ab“, sagt ein Szeneinsider. Für viele Neonazis sei Gewalt ein legitimes Mittel im „**Kampf**“ gegen das bestehende System. Andere nähmen Gewalt

billigend in Kauf, wieder andere zögen aus Gruppenzwang heraus mit. „Insgesamt ist die Hemmschwelle in der Szene sehr, sehr niedrig“, berichtet der Insider. Der mutmaßliche Täter von Rotenburg gehört zu den Anhängern der radikalen NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten. Er soll immer mal wieder zu Gast auf dem Heisenhof des Hamburger Neonazis Jürgen Rieger in Dörverden sein. Dort halten sich auch Anhänger des so genannten JN-Stützpunktes Verden/Rotenburg gerne auf.

Zur lokalen NPD-Jugend gehört auch **Florian Cordes** aus Oytten. Cordes ist stellvertretender JN-Bundesvorsitzender – und hat Strelow nach der Tat in Rotenburg anerkennend auf die Schulter geklopft. Seit 2003 macht die Gruppe um Cordes auch mit der „**Schuloffensive**“ von sich reden: Junge Neonazis verteilen rechtsextreme Propaganda vor Schulen in der

Region. Wenige Tage vor Weihnachten an den Berufsbildenden Schulen in Dauelsen bei Verden. Dieses Mal ist es „Stützpunktleiter“ **Sascha Jörg Schüler**, der seine Aggressionen offenbar nicht beherrschen kann. Laut Polizei fährt er mit seinem Pkw direkt auf einen Pressefotografen zu, der die jungen Neonazis bei ihrer Aktion beobachtet. Der Mann fliegt über die Kühlerhaube und zieht sich neben einer Knieverletzung eine Gehirnerschütterung zu.

Schüler ist bereits einige Wochen zuvor bei einer rechtslastigen Vortragsveranstaltung in Verden durch aggressives Verhalten aufgefallen. Als der Ex-Brigadegeneral **Reinhard Günzel** auf Einladung der örtlichen Rechtskonservativen **Heinrich Nathjen** und **Dieter Fricke** einen Vortrag über das „Ethos des Soldaten“ hält, gibt Schüler sich als „Ordner“ aus – und entreißt Journalisten Presseausweise, um sich Privatschriften zu notieren. Auf das Benehmen seines „**Ordnerns**“ angesprochen, will Fricke von nichts wissen: „Der junge Mann hat hier keine Funktion.“

Schülers Verhalten passt nicht in das propagierte Bild einer „wählbaren“ NPD. Gern präsentieren sich Schüler, Cordes und ihre Anhänger als „nette Jungs von nebenan“. Doch nur allzu schnell fühlen sich die **JN-Aktivisten** provoziert – und reagieren mit Drohungen und Gewalt. „Viele Neonazis sehen sich in einer Art Märtyrerrolle“, erklärt ein Insider. Jeder außerhalb ihrer Szene gelte als Feind – allen voran Ausländer und Antifaschisten, aber auch Presse und Polizei. Dabei wollen die Neonazis in ihrer Selbstwahrnehmung nur „das Beste für ihr Land“. Getreu dem Motto: „**Nichts für mich, alles für Deutschland**.“ Werde der innere Druck zu groß, entlade er sich oft in Schlägen gegen vermeintliche „Feinde“.

Doch braune Gewalttaten lassen sich nicht auf Kurzschluss handlungen reduzieren. Viele Neonazis gehen erst gar nicht ohne **Meißer** oder Schlagstock aus dem Haus, in ihren Autos liegt oft

ein Knüttel oder ein Baseballschläger bereit. Selbst Äxte wurden schon gefunden. Die Szene organisiert Schulungen, in denen Neonazis lernen, sich „optimal“ auszurüsten. So erfahren angehende „Ordner“ zum Beispiel, dass die Polizei ihnen bei einer Kontrolle einen Baseballschläger abnehmen darf, einen Klappspaten aber nicht.

Eine planvolle Gewaltaktion Rechtsextremer ist auch der Überfall auf eine Veranstaltung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Anfang 2004 in Verden. Rund 60 Schüler und Lehrer diskutieren über „Rechtsextremismus an Schulen“, als etwa 30 Neonazis aus der Region Verden und aus Bremen versuchen, das Gebäude zu stürmen. Die Diskussionsteilnehmer verbarrikadieren sich, die Rechtsextremisten rütteln an den verschlossenen Türen. Dann greift ein Sondereinsatzkommando der Polizei ein. Die Beamten finden **Zotfchläger**, Baseballschläger, Axtstiele und Reizgas bei den Rechtsextremisten. 17 Neonazis werden vorübergehend festgenommen, gegen sieben werden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Sechs Extremisten akzeptieren den Strafbefehl des Amtsgerichts Verden und gelten seither als vorbestraft, darunter Sascha Jörg Schüler.

Die zum Teil verbotenen Waffen gehören nach Insiderauskünften zum „**ganz normalen Equipment**“ vieler NPD-Anhänger. Er erinnert sich an eines dieser alljährlichen internen Pressefeste des NPD-Organs „**Deutsche Stimme**“ in Sachsen. Da sei der „Ordnerdienst“ mit einem Koffer angeückt. Der Inhalt: Gaspistolen und Handschellen, Teleskopschlagstöcke und Verbandszeug. „Die fackeln nicht lange, die langen zu.“

Zugelangt wurde offenbar auch in Hetendorf bei Celle, dem 1998 geschlossenen Neonazi-Schulungszentrum von Heisenhof-Besitzer **Jürgen Rieger**. Er hatte für das Anwesen einen eigenen Ordnertrupp ausgebildet. Die jungen Rechtsextremisten patrouillierten regelmäßig auf dem Gelände. Bewaffnet mit **Eisenstangen** – und ausgestattet mit der Anweisung, möglichen Eindringlingen sofort auf den Kopf zu schlagen. Nach den Worten des Insiders hat Anwalt Rieger hinzugefügt: „Das ist Privatbesitz, wir plädieren auf Notwehr.“

Christine Kröger



Griff in Hetendorf auch mal selbst zur Axt: der Hamburger Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger.

Die NPD und ihre „Ordner“

Blütenweiß sind nur die Hemden: Partei setzt verurteilte Gewalttäter zum „Schutz“ ihrer Veranstaltungen ein

Obwohl Jürgen Rieger nicht in der NPD ist, darf der Hamburger Neonazi 1999 in der 475. Seiten starken Jubiläumsschrift der Partei **„Alles Große steht im Sturm. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN“** ein Geleitwort zum Besten geben. „Ich selbst bin seinerzeit nicht Mitglied der NPD geworden, und zwar wegen der Person Adolf von Thadden“, heißt es darin. Der erste NPD-Bundesvorsitzende aus Bremen habe nicht genug hinter den „Ordner“ gestanden, wettet Rieger. Wenn diese ein Strafverfahren wegen Verletzung linker Gegendemonstranten hatten, habe von Thadden ihnen keinen Rechtsschutz gewährt – sondern sie sofort aus der Partei ausgeschlossen.



Baut einen „Bundesordnerdienst“ für die rechtsextreme NPD auf: NPD-Vorstandsmitglied Manfred Börm.

Heute ist das längst anders. Die Partei schließt verurteilte Gewalttäter nicht aus, sie bindet sie offenbar inzwischen gerne an sich – bevorzugt als „Ordner“. So „schützten“ Mitglieder der **„Skinheads Sächsisch-Schweiz“** Parteiveranstaltungen, heißt es in der Begründung des NPD-Verbotsantrags der Bundesregierung. Die militante Neonazi-Gruppe ist inzwischen als „kriminelle Vereinigung“ verboten. Sie veranstaltete regelmäßig Wehrsportübungen, die Polizei stellte bei Mitgliedern Waffen und Sprengstoff sicher.

Auch Anhänger der rechtsextremen Skinheadbewegung **„Blood & Honour Division Deutschland“** – im Jahr 2000 ebenfalls verboten – fungierten bei einer NPD-Demonstration als „Ordner“. Man half sich auch andernorts aus. Unter anderem in Bremen. Das Amtsgericht verurteilte den damaligen NPD-Landesvorsitzenden Jörg Wrieden Anfang 2001 zu einem Jahr Haft auf drei Jahre Bewährung: Wrieden hatte Mitte 2000 eine Pressemitteilung der „Blood & Honour Sektion Weser-Ems“ über den Faxanschluss seines Landesverbandes verbreitet. Bei einer Hausdurchsuchung stellte die Polizei zudem rechtsextreme Propaganda, Waffen und Elektroschocker sicher.

Anhänger der **„Vandalen“** haben NPD-nahe Veranstaltungen in Berlin „geschützt“. Aus dem Umfeld der rechtsextremen Rockergruppe rekrutierte sich auch die Neonazi-Kultband „Landser“ um den Sänger Michael Regener, alias „Lunikoff“. Mit **„Lauder“** wurde Ende 2003 – zum ersten Mal in der bundesdeutschen Geschichte – eine Musikgruppe als „kriminelle Vereinigung“ verboten. Ihr „Star“ Regener stellte im vergangenen Herbst medienwirksam einen Aufnahmeantrag für die NPD. Parteichef Voigt macht denn auch keinen Hehl aus seiner Sympathie für gewaltbereite Skinheads, Neonazis und politische Straftäter. So sagte er bereits vor sechs Jahren: „Hab’ ich mir wirklich abgewöhnt, Leute nach der Haarpracht politisch einzuschätzen. Oder danach, was er früher gewesen ist. Oder ob er vielleicht mal wegen einer politischen Sache im Gefängnis war.“

In Niedersachsen baut der Lüneburger NPD-Aktivist Manfred Börm seit einiger Zeit einen **„Bundesordnerdienst“** für seine Partei auf. Der soll für „Disziplin und Sicherheit bei Kundgebungen und Demonstrationen des nationalen Widerstandes“ sorgen und durch „entschlossenes, sicheres und diszipliniertes Auftreten anderen Kameraden Beispiel und Vorbild sein“, schreibt die NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“.

Was die NPD mit „entschlossenem“ Auftreten meint, zeigte Börms Truppe zuletzt Anfang Dezember 2004 in Steinburg bei Itzehoe. Zum Auftakt des Landtagswahlkampfes in Schleswig-Holstein lieferten sich die **„Ordner“** in ihren blütenweißen Hemden eine regelrechte Straßenschlacht mit Gegendemonstranten. Mit Tablett und Tischen als Schutzschilden, mit

Stühlen und Flaschen zum Schlagen stürmten die Rechten laut Augenzeugen auf die etwa 60 Linken zu. Die Situation eskalierte, bis Zivilpolizisten mehrere Warnschüsse in die Luft feuerten.

„Ordner“-Chef Börm ist auch im Bundes- und im Landesvorstand der NPD. Laut Verfassungsschutz wurde er bereits 1979 wegen eines bewaffneten Überfalls auf niederländische NATO-Soldaten und der Mitgliedschaft in einer verbotenen

Werwolf-Untergrundorganisation zu mehreren Jahren Haft verurteilt. Nach seiner Entlassung 1985 war er **„Gauführer Niederfachfen“** der militanten „Wiking-Jugend“. Die 1994 verbotene Organisation verstand sich als Nachfolgerin der **„Hitler-Jugend“**. Christine Kröger

Sturm auf Gegendemonstranten: So endete der Wahlkampfauftakt der NPD im Dezember 2004 in Schleswig-Holstein.



Rechte Schmierfinken

Neonazistische Kitzeleien gehören vielerorts zum Schulalltag

Für Helke Diers gehören die braunen Schmierereien längst zum Schulalltag. Ein **Hakenkreuz** hier, ein NPD-Aufkleber dort, „so was eben“, sagt die 17-Jährige. Zwei Mal, kurz vor und kurz nach den Herbstferien, kam es ganz dick. In rund anderthalb Meter hohen Lettern hatten Unbekannte das Gymnasium Am Rübekamp in Walle in „**Adolf-Hitler-Gymnasium**“ umbenannt.

„Verziert“ mit SS-Runen und Hakenkreuzen, alles riesengroß. „Das war gruselig“, sagt die Bremer Schülerin. Mit „Nazis raus“ haben die Schüler das Geschmiere übersprüht, „wir wollten nicht, dass dieser Dreck während der Ferien an unserer Schule stehen bleibt“, meint Helke. Bis heute sei nicht geklärt, wer für die neonazistischen **Parolen** verantwortlich sei.

Für Helke noch beängstigender sind die ganz alltäglichen Schmierereien. Mehrmals in der Woche entdecken sie und ihre Mitschüler NS-Symbole oder Aufkleber rechtsextremer Parteien irgendwo in ihrer Schule. „Offenbar kann man wenig dagegen tun“, sagt Helke frustriert. Schließlich mache das Gymnasium Am Rübekamp längst mit bei der Aktion „Schule

ohne Rassismus“, auch eine Arbeitsgemeinschaft gegen rechts treffe sich seit Herbst 2004 regelmäßig.

Nicht nur am Rübekamp ist rechtsextremes Gekrakel längst an der Tagesordnung. Als Gesamtschülervertreterin hält Helke Kontakt auch zu anderen Bremer Schulen: „So etwas gibt es fast überall“, ist ihre Erfahrung.

Propagandadelikte nennt die Polizei die Schmierereien und auch das Tragen verbotener Abzeichen. Zusammen mit Fällen von Volksverhetzung machen sie bundesweit mehr als 85 Prozent aller rechtsextremen Straftaten aus. Auch im Landkreis Verden häufen sich die Hetzparolen. Es traf Schulanlagen wie die Turnhalle in Achim, auch der Jüdische Friedhof wurde geschändet.

In leuchtend roter Farbe sprühten Unbekannte Hakenkreuze und „RD 88“ auf die Grabsteine. Die „8“ steht in der Szene für das „H“, den achten Buchstaben im Alphabet, „88“ meint „**Heil Hitler**“. „RD“ kann selbst mancher Szeneinsider nicht entschlüsseln.

In Niedersachsen registrierte das Landeskriminalamt 2003 insgesamt 1194 rechtsextremisti-

sche Straftaten, 80 davon waren Gewalttaten. In der offiziellen rechtsextremen Gewaltstatistik rangierte das Land damit hinter Nordrhein-Westfalen und Brandenburg auf einem traurigen dritten Platz. 2004 zählten die niedersächsischen Kriminalbeamten bis September durchschnittlich **77 rechtsextreme Straftaten** im Monat. Bundesweit waren 2003 fast 11000 Straftaten rechtsextremistisch motiviert, darunter 759 Gewalttaten. Die Bundesregierung ging 2004 von rund 10000 gewaltbereiten Rechtsextremisten aus.

Auch Helke Diers ist bereits rechter Gewalt zum Opfer gefallen – das vermutet sie jedenfalls. „Wenn jemand, der sich gegen rechts engagiert, nachts von zwei kahlköpfigen Männern überfallen und als Zecke beschimpft wird, ist das kaum ein Zufall“, sagt Helke. „Zecken“ schimpfen Neonazis links orientierte Jugendliche.

Fast zwei Jahre ist das jetzt her, die **Schläger** fügten der Schülerin eine Gehirnerschütterung und schwere Prellungen zu. Gefasst wurden sie nie – aber ihr Ziel haben sie dennoch verfehlt: Helke lässt sich nicht einschüchtern, sie kämpft weiter gegen rechts. Christine Kröger



Viel zu tun für Staatsanwältin

Anzeigen wegen politischer Straftaten häufen sich in Verden

Silke Streichsbier leitet bei der Staatsanwaltschaft Verden das Spezialdezernat für politische Straftaten. Die Abteilung hat viel zu tun. Allein zwischen dem 1. Januar und dem 8. März 2005 gingen aus dem Landgerichtsbezirk Verden 70 Strafanzeigen ein, 2004 musste in 301 Fällen ermittelt werden. Zu etwa zwei Dritteln geht es dabei um **rechtsextremistische** Delikte, schätzt Oberstaatsanwältin Streichsbier.

Die Statistik der Staatsanwaltschaft unterscheidet nicht zwischen links- und rechtsextremistischen Straftaten. Streichsbier weiß jedoch aus dem Alltagsgeschäft, dass sich die weitaus meisten Strafanzeigen gegen **Neonazis** richten. „Diese Entwicklung beobachten wir seit einigen Jahren, genauer: seit hier rechtsextremistische Führungskräfte tätig sind.“

Die Spirale funktioniert so: Je besser die Neofaschisten geschult seien, sagt Silke Streichsbier, desto aktiver würden sie und desto öfter gerieten sie ins Visier der Ermittler. Von Juni 2004 bis März 2005 wurden insgesamt 16 Körperverletzungen mit politischem Hintergrund angezeigt. In 37 Fällen bestand beziehungsweise besteht der Verdacht auf **Volksverhetzung** – ein

extrem schwieriges Feld für die Ermittler, weil es oft um Inhalte auf Internetseiten geht. Die Verfasser ausfindig zu machen, ist oft kaum möglich, zumal dann, wenn sich der Provider im Ausland befindet.

Etlliche Anzeigen gibt die Staatsanwaltschaft an die Zentralstelle zur Bekämpfung gewaltdarstellender, pornografischer oder sonstiger jugendgefährdender Schriften in Hannover ab und hat erst wieder damit zu tun, wenn Strafbefehl erlassen oder Klage erhoben wird.

Nahezu aussichtslos ist auch die Suche nach Tätern, die Hakenkreuze oder andere **NS-Symbole** auf Hauswände oder sonst wohin schmieren. „Es sei denn, sie werden auf frischer Tat ertappt“, so Streichsbier. Eher noch können Neonazis dingfest gemacht werden, die in der Öffentlichkeit „Heil Hitler“ grölen.

Deshalb verwundert es nicht, dass die 84 Anzeigen im zweiten Halbjahr 2004 nur zu drei Verurteilungen führten. „Nicht alles ist strafbar und nicht immer ist die Schuld nachzuweisen“, sagt Streichsbier und versichert, dass die Staatsanwaltschaft jeder Anzeige akribisch nachgeht. „Wir verfolgen die Vorgänge in enger

Zusammenarbeit mit der Polizei sehr genau.“ Seit einiger Zeit landen alle Fälle aus dem rechtsextremistischen Spektrum auf dem Schreibtisch nur noch einer Kollegin. Streichsbier: „So behalten wir den Überblick. Das ist ja alles sehr miteinander verwoben.“ Bisher musste sich in Verden noch keine **rechtsradikale** Frau vor Gericht verantworten. „Frauen haben wir hier eher in Zusammenhang mit den Castor-Transporten“, sagt Streichsbier. Anke Landwehr

Rechtsextreme Schmierereien gibt es nicht nur auf jüdischen Friedhöfen. Dabei wird auch auf antisemitische Parolen der Nationalsozialisten wie „Kauft nicht bei Juden“ angespielt.



Aussteigen – aber wie?

Ein Gastbeitrag von Wolfgang Welp-Eggert

Aussteigerprogramme für Rechtsextreme sind in Deutschland eine zentrale Maßnahme im Umgang mit **Rechtsextremismus und Gewalt**. Den Anstoß für solche Programme lieferten Angehörige der Szene selbst: Sie wollten sich – aus unterschiedlichsten Motiven – abwenden, doch professionelle Hilfsangebote fehlten.

Eine dauerhafte und stabile Distanz zur Szene erreichte nur, wer die für die Szene typischen starken ideologischen und sozialen Abhängigkeiten überwinden und durch andere Anerkennungsquellen ersetzen konnte. So brachten Ausstiegsverläufe teilweise skurrile Situationen hervor. In den 90er Jahren beispielsweise suchte ein ausstiegswilliger Neonazi-Aktivist ausgerechnet in einem Göttinger Antifa-Café Zuflucht vor seinen „Kameraden“, die dem „**Verräter**“ ans Leder wollten.

Aus der Auseinandersetzung mit dieser Situation entstand ein Projekt der Jugendarbeit in rechten Szenen. Abgesehen von solchen Zufällen und Angeboten der Jugend- und Sozialarbeit, die sich allerdings auf Mitläufer und Sympathisanten rechter Jugendkulturen konzentrierten, gab es lange keine zielgerichteten Angebote für Ausstiegswillige aus dem Kern der neonazistischen Szene.

Erst seit Anfang 2001 gehören Aussteigerprogramme zu den favorisierten Strategien gegen Rechtsextremismus. Als Vorbilder dienten Modelle aus Norwegen und Schweden. Das bundesweite Aussteigerprogramm „EXIT-Deutschland“ ist eine Initiative des Zentrums für demokratische Kultur und orientiert sich an Erfahrungen aus Skandinavien. Das Programm hat drei Ebenen. Zunächst entkommt der Ausstiegswillige durch Wohnungswechsel dem Verfolgungsdruck der **Szene**. Dann setzen sich die Mitarbeiter intensiv mit den rechtsextremen Einstellungen des Ausstiegswilligen auseinander, in diesem Prozess soll eine Art „Läuterung“ folgen. In einem dritten Schritt kümmert sich EXIT zukunftsorientiert um die ökonomischen und

sozialen Belange des Ausstiegswilligen. Wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Ausstiegsprozess ist die Bereitschaft des Ausstiegswilligen, seine rechtsextremen Haltungen inhaltlich aufzuarbeiten.

Die **ideologische** Abstinenz wird somit zur Bedingung für weitere Hilfsangebote, wie juristische Beratung (außer bei Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund), finanzielle Unterstützung zum Beispiel zur Beseitigung von **Tattoos** oder zum Tausch von rechtsextremer Kleidung und rassistischer CDs.

EXIT ist nicht unumstritten. Kritiker sprechen von einem „Belehrungsansatz“. Sie bezweifeln, dass sich die Einstellungen der Rechtsextremisten tatsächlich verändern, und befürchten, dass es sich häufig um bloße Lippenbekenntnisse handelt. Andere meinen,

dass erst konkrete sozialarbeiterische Unterstützung ein politisches Umdenken überhaupt ermöglicht. Letztlich bleibt diese Diskussion theoretisch: „Wer war zuerst da – die Henne oder das Ei?“

Jenseits solcher Diskussionen haben Bundesländer Aussteigerprogramme mit eigenen, sehr unterschiedlichen Profilen entwickelt. Gemeinsame Basis: die Erfahrung, dass typische Motive für einen Ausstieg Strafverfahren, eigene Zweifel und Beziehungen sind. Auch über die Schwierigkeiten, die es zu überwinden gilt, ist man sich einig: Sicherheitsprobleme (**Nachkante** aus der Szene), Verlust sozialer Kontakte, der Lebensperspektive, von Arbeit und Wohnung, Schulden, Vorstrafen, Gerichtsverfahren, Sucht, Tattoos mit rechtsextremen Symbolen und Stigmatisierungen. Hinsichtlich Ansiedlung,



Intensität, Ausstattung und Arbeitsweise allerdings unterscheiden sich die insgesamt zwölf länderbezogenen Aussteigerprogramme stark. So bieten die Programme in Bayern (angesiedelt beim Landesamt für Verfassungsschutz), Bremen (bei der Vereinigten Protestantischen Gemeinde zur Bürgermeister-Smidt-Gedächtniskirche), Hamburg (beim Landeskriminalamt), Mecklenburg-Vorpommern (beim LKA), Nordrhein-Westfalen (bei der Staatskanzlei), Saarland (beim Verfassungsschutz), Sachsen (beim Verfassungsschutz) und Sachsen-Anhalt (beim Verfassungsschutz) im Wesentlichen eine Hotline an. Über sie können Ausstiegswillige gezielt Kontakt aufnehmen und werden weitervermittelt an andere Organisationen, die in der Regel ein Netzwerk bilden. Kontinuierliche und einzelfallbezogene Ausstiegshilfen bieten Baden-Württemberg (beim LKA), Brandenburg (beim Justizministerium), Rheinland-Pfalz (beim Landesamt für Jugend und Soziales) und Niedersachsen (beim Justizministerium).

Die „Aussteigerhilfe Rechts Niedersachsen“ wendet sich an **inhaftierte rechtsextreme Straftäter**. Sie bietet ihnen auch nach der Haftentlassung pädagogisch-sozialarbeiterisch Begleitung an, um einen „Rückfall“ in alte Szenezusammenhänge zu vermeiden.

Das rheinland-pfälzische Programm „(R)Auswege“ leistet neben individueller Einzelfallhilfe auch Beratung für Angehörige. Die „Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus“ (BIGREX) aus Baden-Württemberg zeichnet sich dadurch aus, dass Pädagogen und Polizeibeamte als Team gemeinsam gefährdete und betroffene Jugendliche aufsuchen und ansprechen. Neben dem zivilgesellschaftlich organisierten Aussteigerprogramm „EXIT-Deutschland“ bietet das Bundesamt für Verfassungsschutz ein weiteres bundesweites „Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten“ an. Seine Arbeit bleibt jedoch weitgehend undurchsichtig – wie Geheimdienste eben arbeiten. Zur Wirkung des Programms

erklärte Bundesinnenminister Otto Schily im April 2004: „So prangerten Rechtsradikale das Programm öffentlich als unzulässiges Instrument psychologischer Kriegsführung an.“ Schily sieht offenbar einen Erfolg des Programmes darin, dass **Szeneaktivisten** das Programm ablehnen.

Meiner Meinung nach ist der Erfolg von Aussteigerarbeit allerdings eher daraus abzuleiten, ob diese erstens angenommen wird und zweitens Ausstiegsprozesse tatsächlich unterstützt. Eine Evaluation (wissenschaftliche Bewertung) von Aussteigerprogrammen gibt es nicht. Sie wäre jedoch sinnvoll, zumal die Diskussion über die Standards einer solchen Arbeit noch am Beginn steht.

Der Autor: Wolfgang Welp-Eggert ist Mitarbeiter des Forschungsprojektes „Ein- und Ausstiegsprozesse bei Skinheads“ der Universität Bielefeld.



Viele Rechtsextreme sind einschlägig tätowiert. Bei Demonstrationen treten sie häufig sehr aggressiv auf.



Der rechte Schulterchluss

Auch in Niedersachsen soll eine „Volksfront von rechts“ entstehen

Die rechtsradikale NPD hat im Augenblick nur ein Ziel – den **„Kampf um die Parlamente“**. Entschlossen sucht die Partei, die in der Szene vor dem sächsischen Wahlerfolg noch als Auslaufmodell galt, dafür den „Schulterchluss aller aufrechten **Volksdeutschen**“. Braune Parteistrategen träumen von einer „rechten Volksfront“ – auch in Niedersachsen.

Mit Parolen wie „Volksfront statt Gruppenegoismus“ marschieren Anhänger von NPD, militanter Kameradschaftsszene, Republikanern und Deutsche Volks-Union gemeinsam, trotz interner Richtungsstreitigkeiten und persönlicher Querelen. Wie ernst es ihnen ist, haben sie am 2. April 2005 beim NPD-Aufmarsch in Verden gezeigt. Großzügig räumte NPD-Organisator Adolf Dammann zwei ehemaligen, inzwischen zur Volksfront umgeschwenkten **Republikanern** Redezeit ein. Gemeinsam will man versuchen, bei der Landtagswahl 2006 in Niedersachsen auch das gemäßigteste Wählerpotenzial am rechten Rand für die NPD zu erreichen. Die Basis für Wahlkampfaktivitäten bilden jedoch die Kameradschaften. In Niedersachsen funktioniert die Zusammenarbeit seit Jahren. Nach Angaben des Verfassungsschutzes sind die **„Freien Nationalisten“** landesweit in rund 20 Kameradschaften aktiv. Deren Zahl steigt. Längst existieren überall kleine scheinbar führerlose Gruppen von Neonazis und Skinheads. Die Anführer der Kameradschaften in Norddeutschland sind über das **„Aktionsbüro Nord“** in Hamburg vernetzt.

Die NPD klinkt sich geschickt in diese Strukturen ein. So gewähren die niedersächsischen Kameraden Schützenhilfe bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005. Florian Cordes, stellvertretender

Bundesvorsitzender der NPD-Nachwuchsorganisation **Junge Nationaldemokraten** (JN) aus Oyten, half im März 2005 bei der Gründung der JN Minden, die wiederum zum NPD-Aufmarsch in Verden anreiste. Die Partei scheut weder den Einsatz von Straftätern, noch scheint sie vor unlauteren Mitteln zurückzuschrecken. So wird der Mindener **„Stützpunktleiter“** Bernard Markus Renner verdächtigt, gegen das Wahlgesetz verstoßen zu haben. Der NPD-Direktkan-



Rechte Fans bei einem Fußballspiel in Nienburg.

didat für den nordrhein-westfälischen Landtag soll bei der dafür notwendigen Beschaffung von Unterschriften gemogelt haben. Wie der „Spiegel“ berichtete, setzte die NPD in etlichen Wahlkreisen Drückerkolonnen zur Unterschriftenbeschaffung ein, deren Werber eine politische Umfrage vorgetäuscht haben sollen. Nun ermittelt die Staatsanwaltschaft Gütersloh gegen Neonazi Renner, der wegen eines Gewaltdelikttes bereits im Gefängnis gesessen hat.

Die von Florian Cordes initiierte **„Schuloffensive“**, mit der seit Ende 2003 Jugendliche an den Schulen im Bremer Umland geködert werden, findet nun auch in Minden statt. Anders als in Niedersachsen, konnten die Behörden sofort eingreifen, weil Renners Hetzpamphlete direkt auf dem Gelände eines Gymnasiums verteilt wur-

den. Der JN-Aktivist erhielt eine Untersagungsverfügung mit „sofortigem Vollzug“ bei einer Zwangsgeldandrohung von 5000 Euro.

Auch in Nienburg verteilten Neonazis Anfang April vor der Berufsbildenden Schule Flugblätter. Einer von ihnen hatte am Aufmarsch der NPD in Verden teilgenommen, gemeinsam mit etwa einem Dutzend „Kameraden“ aus Nienburg. Ein weiterer Hinweis darauf, dass die Szene zwischen Ostwestfalen, Schaumburg, Weserbergland, Nienburg und Verden eng verbandelt ist. Der Rechtsextremismusexperte der Bundesregierung, Sebastian Edathy, stammt aus Nienburg. Er weiß von **braunen Skinheads** in seinem Wahlkreis. Von „festen Organisationsstrukturen“ könne aber im Gegensatz zur Schaumburger Region noch nicht die Rede sein, sagt der Sozialdemokrat. Rudi Klemm vom antirassistischen „Flora“-Projekt in Nienburg berichtet, dass die noch kleine örtliche Neonazi-Szene gegenwärtig immer aktiver wird.

Die meisten der jungen Rechtsextremisten gehören dem gewaltbereiten Hooliganumfeld an, das sich regelmäßig zu Fußballspielen des ASC Nienburg auf dem Mußriede-Platz einfindet. In jüngster Zeit haben sich brutale Übergriffe im Landkreis Nienburg gehäuft. So wurde im Dezember ein jugendlicher Antifaschist auf offener Straße verprügelt. Dann überfielen **bewaffnete Rechte** eine Party im Naturfreunde-Haus, bis schließlich im Januar ein 15-jähriger Ausländer in Rehburg-Loecum von zwei polizeibekanntenen Neonazis schwer verletzt wurde.

Ein 23 Jahre alter Tatverdächtiger, der in Niedernwöhrden im Landkreis Schaumburg verhaftet wurde, war bereits wegen eines Tötungsdelikttes mehrere Jahre im Gefängnis. Der mutmaßliche Mittäter ist häufig auf dem

„Heimat“ Niedersachsen

Ihre ersten Landtagsmandate errang die NPD in Hannover

Seienhof in Dörverden anzutreffen: Arwid Strelow, wegen Körperverletzung unlängst zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

Strelow gehört zum Umfeld der Kameradschaft **„Weserbergland“**. Die etwa 30 Mann starke braune Truppe taucht seit Jahren im Verfassungsschutzbericht auf, sie organisiert politische Schulungen, Feiern und einen alljährlichen „Knüppelmarsch“. Drei ihrer Anführer wurden zu Haftstrafen verurteilt, weil sie einen jugendlichen gequält haben. Aus taktischen Gründen versucht die Kameradschaft, ihre Strukturen zu verschleiern. Zur Zeit basteln die braunen Strategen an einem überregionalen **„Aktionsbündnis“**. Als Deckmantel für die umtriebige Kameradschaft könnte aber auch die neugegründete JN Schaumburg dienen, vermuten Insider.

Die Grenze zwischen NPD und „Freien Nationalisten“ ist oft fließend. Wer wen instrumentalisiert, hängt in der Regel von der Stärke der Anführer ab. Als einer der Anführer der jungen **„Kameradschaft Zentral-Heide“** mit der Rechtsrock-Band „Volkswohl“ gilt Mario Indorf aus Schneverdingen. Der vorbestrafte Neonazi tritt bundesweit als Mitglied des NPD-Ordnerdienstes auf. Im Februar feierten mehr als 100 Skinheads in der Schützenhalle in Soltau den Jahrestag der Kameradschaft – bis die Polizei die Veranstaltung sprengte, nachdem **„Sieg Heil“**-Rufe gehört worden waren.

Bei rockigen Klängen und rassistischen Texten, Pogotanz und Alkohol tauschen sich die Neonazis aus. Im März nahmen etwa 150 Rechtsextremisten an einem Konzert in Bröckel bei Celle teil. Die NPD tritt bei diesen meist als „Geburtsstagsfeier“ getarnten Veranstaltungen nicht in Erscheinung. Aber auch hier gilt das Motto „Volksfront statt Gruppenegoismus“. Dabei fehlt den Rechtsextremisten vor allem eines, wie sie im Internet klagen: **„Eine Führungsperson, die alle Kräfte eint!“**

Andrea Röpke

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) wurde am 28. November 1964 in Hannover gegründet. In der Leinestadt hatte die rechtsradikale Partei auch ihren Hauptsitz. Führende Parteipolitiker wie **Adolf von Thadden** und **Waldemar Schütz** waren Niedersachsen. Der erste Bundesvorsitzende der NPD, Betonfabrikant **Friedrich Thielen**, kam aus Bremen.

Zwei Jahre nach ihrer Gründung gelang der NPD mit einem Stimmenanteil von sieben Prozent der Einzug in den niedersächsischen Landtag. In der Zeit zwischen 1966 und 1972 war die neonazistische Partei in sieben Landesparlamenten mit insgesamt 61 Abgeordneten vertreten.

Schon 1969 begann ihr parlamentarischer Niedergang: Die NPD verfehlte den Einzug in den Bundestag und scheiterte auch bei folgenden Landtagswahlen. Die Mehrheit ihrer Mitglieder verließ die Partei. Heute ist die NPD die älteste rechtsradikale Partei Deutschlands, deren Ideologie durch Nationalismus, **Naffismus** und Antisemitismus gekennzeichnet ist.

Landesvorsitzender ist der 52-jährige **Ulrich Eigenfeld** aus Oldenburg, der seit 1969 Mitglied der Partei ist. Er gehört seit 1979 auch dem Bundesvorstand an und leitete als Bundesgeschäftsführer 1998 den Bundestagswahlkampf der NPD. Als „braune Eminenz“ in Niedersachsen gilt **Adolf Dammann** aus Buxtehude, er ist Gründungsmitglied der Landespartei und sitzt im Landesvorstand.

Der Landesverband Niedersachsen setzt sich aus den Unterbezirken Braunschweig, Emsland, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade-Elbe/Weser und Wolfsburg zusammen. Der **Kreisbereich Verden/Notenburg** untersteht Stade. Bei der Europawahl 2004 erzielte die NPD in Niedersachsen 0,9 Prozent und damit 17201 Stimmen, 10000 mehr als bei der Europawahl 1999. Andrea Röpke

Ulrich Eigenfeld, der Landesvorsitzende der NPD in Niedersachsen.



Die Klagen der Braunen

Neonazis ziehen häufig vor Gericht

Neonazis klagen oft und gerne. Gegen missliebige Äußerungen von Antifaschisten und Journalisten, gegen behördliche Auflagen und polizeiliche Maßnahmen versuchen sie, gerichtlich vorzugehen. Rechtsbeistand leisten ihnen dabei häufig **rechtskräftig verurteilte Neonazis** wie der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger.

Rieger, seit Sommer 2004 Betreiber des Heisenhofes in Dörverden, gibt sein juristisches Fachwissen freigiebig an „junge Kameraden“ weiter. „Funkenflug“ heißt das „Handbuch für nationale Aktivisten“, das Rieger unter dem Pseudonym Jürgen Riehl veröffentlicht haben soll.

Der Autor des rechten Standardwerkes sieht die „sogenannten Rechtsradikalen“ sogar einiger Grundrechte beraubt. „Damit werden **nationalgejante** Menschen zu Bürgern zweiter, wenn nicht dritter Klasse degradiert“, argumentiert in dem Buch ausgerechnet ein Extremist, der Demokratie und Rechtsstaat trefflich zu missbrauchen weiß.

Zum Beispiel, um Mord und Umsturz als politisches Mittel zu propagieren: „So warten Sie es doch ab, wenn der erste Reporter umgelegt ist, der erste Richter umgelegt ist. Dann wissen Sie, es geht los. Nicht die Großen. Da wird also nun nicht der Präsident des Bundesverfassungsgerichtshofes oder was, alles Quatsch, das interessiert nicht. Aber die Gruppierung, die sind dran“*, sagt Rieger in einem Fernsehinterview. „Welche Gruppe“, hakt der Interviewer nach. Rieger droht unverhohlen und öffentlich: „Reporter, Richter, Polizisten, Sie!“

Seit 30 Jahren praktiziert der gebürtige Niedersachse als Anwalt in Hamburg-Blankenese. Selbst Anwälte der linken Szene bescheinigen ihm, ein „ausgefuchster“ Jurist zu sein. Doch bei allem Know-how ist der Neonazi nicht immer straflos davongekommen. Rieger ist wegen **Volksverhetzung** und des Verwendens verfassungsfeindlicher Kennzeichen mehrfach rechtskräftig verurteilt. In den 70er Jahren haben Richter ihn auch der Körperverletzung für schul-

dig befunden. Doch bislang sind gegen ihn lediglich Geldstrafen verhängt worden. Über die kann er angesichts seines Vermögens vermutlich nur lachen. Von Riegers Reichtum zeugen nicht nur eine Villa in Blankenese, sondern auch zahlreiche weitere Immobilienkäufe.

Sein Anwesen in Hetendorf nahe Celle allerdings, in dem Rieger regelmäßig junge Neonazis schulen lässt, schließt das Land Niedersachsen 1998. Acht Jahre haben Verfassungsschützer und Innenministerium gebraucht, um das Verbot „gerichtsfest“ zu begründen. „Eine lange Zeit“, räumt Ministeriumssprecher Michael Knaps ein. „Aber nichts wäre fataler gewesen als eine Niederlage vor Gericht.“

Tatsächlich schöpft Rieger gegen das Verbot einmal mehr alle Rechtsmittel aus. Als letzte Instanz muss sich das Oberverwaltungsgericht Lüneburg noch im Jahr 2000 mit Hetendorf befassen, die Richter lassen Rieger schließlich abblitzen. Aber den **Rechtsanwalt** kann das nicht verdrießen: Zurzeit zankt er sich gerade mit dem Landkreis Verden vor den Gerichten. Strittig ist, wie der Heisenhof genutzt werden darf.

Rieger ist ein Neonazi-Anwalt, der die Öffentlichkeit nicht scheut. Andere agieren eher im Hintergrund, haben sich aber innerhalb der Szene längst einen Namen gemacht. Gisa Pahl zum Beispiel. Die Hamburger Anwältin hat mehrere Jahre in Riegers Kanzlei gearbeitet. Heute ist sie laut Verfassungsschutz für das **„Deutsche Rechtsbüro“** tätig.

Das 1991 gegründete Büro nennt sich in seinem Internetauftritt „eine Selbsthilfegruppe zur Wahrung der Rechte nationaler Deutscher“. Dahinter verbirgt sich offenbar ein Netzwerk brauner Juristen, die rechtsextremistische Straftäter beraten. Unter „Aktuelles“ findet der

Jürgen Rieger fehlte auch beim Neonazi-Aufmarsch in Magdeburg im Januar 2005 nicht.



Rat suchende Neonazi zum Beispiel Informationen über das Thor-Steinar-Logo. Das Logo der bei Rechtsextremisten beliebten Bekleidungs-Marke erinnert an Abzeichen von **Adolf Hitlers SA und SS**, es ist seit November 2004 verboten. Das „Deutsche Rechtsbüro“ hält aber auch umfassendere Publikationen bereit – zu einschlägigen Themen wie „Volksverhetzung“, „Pressehetze“ oder „Landfriedensbruch“.

Gisa Pahl vom „Deutschen Rechtsbüro“ gilt auch als Autorin zweier „Ratgeber“, die für Neonazis längst Kultstatus haben. Unter dem Pseudonym Gisela Sedelmeier, auch Sedelmaier geschrieben, werden 1992 und 1993 die Bände **„Mädchen Treuherz** und die juristischen Fußangeln“ und „Mädchen Treuherz und die Fallstricke der Behörden“ veröffentlicht. Beide Bücher verpacken in harmlos-lächerliche Episoden gefährliche Tricks, wie Neonazis ganz legal die Demokratie bekämpfen können.

Leseprobe: „O liebes Mäxchen, drum rat' ich Dir: Halte Dich lieber an die Gesetze, denn Du mußt damit rechnen, daß Dich die Staatsorgane mit aller Strenge verfolgen werden! Suche Dir also andere politische Wege, damit Du nicht als ‚Kanonenfutter‘ mißbraucht und von der Gewalt der Linken und der Macht des Staates zermahlen wirst!“

Erschienen sind die Publikationen auch im **Verlag Werner Symanek**, kurz VAWS. Als die antifaschistische Bremer Initiative „Gruffies gegen Rechts“ Symanek des Verlegens „rechtsextremer Bücher“ bezichtigt, zieht dieser 2003 vor das Landgericht Bremen. Rechtsbeistand des Buch- und Musikverlegers ist – die Hamburger Anwältin Gisa Pahl. Erfolg ist dem rechten Duo nicht beschieden: Auf Anraten des Richters ziehen sie die Klage zurück. So beharrlich wie erfolglos kämpft Ex-Republikaner-Mitglied Pahl auch immer mal wieder für die **rechtsextreme** NPD.

Der „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ im bayerischen Wunsiedel ist einer der größten Neonazi-Aufmärsche bundesweit. Alle Jahre wieder setzt Jürgen Rieger seine Genehmigung vor den Gerichten durch.

Vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig vertritt sie ein Parteimitglied, das aufgrund seiner NPD-Aktivitäten aus der Bundeswehr entlassen worden ist. Das berichtet die Partei im Internet. Aber die Richter mögen Pahls Argumenten nicht folgen und befinden den Rausschmiss für rechtens.

Nun will die NPD ihrem Mitglied raten, den Fall bis zum Bundesverfassungsgericht oder zum Europäischen Gerichtshof zu tragen. Einmal mehr also wollen die **Braunen** klagen und klagen ...

Christine Kröger

* Geschrieben wie gesprochen.



Traurige Tradition

Die Nazis und ihre Juristen – ein langes und dunkles Kapitel

Walerian Wrobel ist gerade 16 Jahre alt, als er hingerichtet wird. Der junge Pole, der als „Fremdarbeiter“ bei einem Bauern in Bremen-Lesum schuftet, hat eine Scheune angezündet. In der Hoffnung, zur „Strafe“ werde man ihn nach Hause schicken. Doch stattdessen stirbt er am 25. August 1942 auf dem **Schafott**.

Seine Richter müssen nicht so hart urteilen. Das verlangen nicht einmal die menschenverachtenden Gesetze der Nazis. Diese drei Bremer Richter wollen, dass Walerian Wrobel stirbt. Ihnen selbst ist deshalb nichts passiert. Sie werden nicht verurteilt. Nicht unmittelbar nach Kriegsende, nicht Jahre später, nie. Sie müssen nicht einmal einen Karriereknick hinnehmen. Einer von ihnen geht nach dem Krieg in Pension, die beiden anderen bleiben Richter in Bremen. Nur dass ihr Arbeitsplatz jetzt nicht mehr Sonder-, sondern Landgericht heißt.

Die Bremer Richter sind kein Einzelfall: Nicht einer von **Hitlers Unrechtsprechern** wird verurteilt, die weitaus meisten müssen sich erst gar nicht vor Gericht verantworten. Unter insgesamt 5300 verurteilten Nazi-Tätern sei kein einziger Jurist, sagt der Bremer Ingo Müller, Professor an der Fachhochschule für Verwaltung in Hamburg und Autor des Buches „Fürchtbare Juristen“.

Richter, Staats- und Rechtsanwälte, viele von ihnen waren Adolf Hitler offenbar gern zu Diensten: Die Justiz lässt sich in diesen Jahren ohne nennenswerten Widerstand gleichschalten. Dabei soll der Diktator Juristen verachtet haben – als Pedanten, die dicke Bücher mit krausen Geboten und Verboten füllen und ihre Köpfe in alberne Texte stecken.

Mit den jüdischen, sozialistischen und demokratischen Juristen haben die Nazis den Rechtsgedanken aus Deutschland vertrieben. „Was blieb, war ein pervertiertes Rechtsempfinden“, sagt Müller. „Es war geprägt von **Wachstvergötzung**, Verrohung und Unmenschlichkeit – und teilte obendrein Hitlers Aversion

gegen alles Juristische.“ Am 8. Mai 1945 gibt es in Deutschland kaum noch eine andere Rechtsauffassung.

Recht reduzierte sich für viele Juristen darauf, Rechtstechniken anzuwenden, meint Müller. Einschließlich solcher Rechtstechniken, die im **„Dritten Reich“** entwickelt worden sind, um den „Feind“ zu vernichten – und die sich nach dem Krieg auch für die Rehabilitation der Nazis gut eignen.

Techniken wie diese: Bis zu 80 000 vollstreckte Todesurteile zwischen 1933 und 1945 gelten in der Nachkriegszeit als „Taten, die nur strafbar sind, wenn sie bewusst, wider besseren Wissen, mit direktem Vorsatz“ verübt worden sind. Anders formuliert: Je überzeugter ein NS-Richter von Hitlers **Wahnwitz** war, umso besser war er vor Strafe geschützt. Ein unglaublicher Zynismus.

Zynische Rechtstechniken beherrscht offenbar auch der Hamburger Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger. Vielleicht bewährt er sich auch deshalb seit Jahrzehnten als Mittler zwischen Alt- und Neonazis. Die einen wie die

anderen gehören zu seinen Mandanten, die einen wie die anderen verteidigt er auch mit menschenverachtenden Argumenten.

Im Verfahren gegen den **SS-Führer** Arpad Wigand behauptet Rieger 1981: Im Warschauer Ghetto wäre kein Jude verhungert, wenn seine Insassen untereinander Solidarität geübt hätten. Prompt wird der Anwalt zum Beklagten und soll wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener eine Geldstrafe zahlen. Doch der Bundesgerichtshof hebt das Urteil auf: Rieger habe berechnete Interessen seines Mandanten wahrgenommen.

Ähnlich schlimm agiert Rieger als Verteidiger des Hamburger **Kameradschaftsanführers** Thomas Wulff. Wulff soll in einem



Auch Kameradschaftsanführer Thomas Wulff wurde von Jürgen Rieger verteidigt – mit zynischen Argumenten.

Pamphlet den Judenmord geleugnet haben. In dem Prozess beantragt Rieger, einen Chemiker als Sachverständigen zu vernehmen. Der solle darlegen, dass in Auschwitz während des Zweiten Weltkrieges keine Menschen mit Zyklon B vergast worden seien. Wieder wird der Anwalt angeklagt und Jahre später zu ganzen 3360 Euro Geldstrafe verurteilt. Gegen das Urteil lässt Rieger Revision ankündigen.

„Auch wenn so etwas schwer zu ertragen ist: Wir brauchen kein anderes Recht“, sagt Ingo Müller. „Schon gar kein strengeres, auch nicht gegen braune Juristen wie Rieger. Wir brauchen sensible Richter.“ Von denen macht der Justizexperte von Jahr zu Jahr mehr in den deutschen Gerichtssälen aus. Richter, die **furchtbaren Juristen** etwas entgegensetzen. Richter, die endlich brechen mit einer langen traurigen Tradition.

Christine Kröger



Unrechtsprechung unter dem Hakenkreuz: Roland Freisler, der berüchtigte Präsident des Volksgerichtshofes, verkündet Todesurteile.

Das Versteckspiel

Mit Codes umgehen Neonazis Verbote

Eine Demonstration, irgendwo in der Republik. Die Männer und Frauen tragen Hemden mit dem Konterfei von Che Guevara. Ihre Palästinaertücher haben sie tief ins Gesicht gezogen. Ein junger Mann mit Irokesenhaarschnitt schwenkt eine schwarze Fahne. Mancher vermutet angesichts dieses Outfits links gerichtete Demonstranten. Doch weit gefehlt: Es sind Rechtsextremisten, die hier **maršieren**.

Das Klischee des „typischen“ Neonazis mit Glatze und in Springerstiefeln ist passé. Längst nutzen Rechte Symbole und Zeichen politisch linker oder unpolitischer Jugendkulturen. Che Guevara interpretieren sie für ihre Zwecke als Symbolfigur eines „nationalen Befreiungskampfes“. Das Palästinaertuch dient ihnen als Zeichen **antijemittischer** Ideen. Mit traditionellen Symbolen der Linken versuchen die Rechten, „sozialrevolutionäre“ Propaganda zu verbreiten.

Auch untereinander erkennen und verständigen sich Neonazis mit Codes und Zeichen. Mit ihnen versuchen sie, Verbote und Gesetze zu umgehen. Ein vergleichsweise bekanntes Beispiel ist die Zahl **88**. Die 8 steht für den achten Buchstaben im Alphabet, die 88 ersetzt Neonazis das verbotene „Heil Hitler“.

Hinter der **28** verstecken die Braunen den Hinweis auf das 2000 in Deutschland verbotene Neonazi-Musiknetzwerk „Blood & Honour“, das vermutlich im Untergrund weiter existiert. Im Zusammenhang mit dieser Organisation ist die **Triskele** verboten: Das dreiarmlige Hakenkreuz diente der Jugendorganisation „White Youth“ der „Blood & Honour Division Deutschland“ als Emblem.

Die Triskele war einst auch das Abzeichen der SS-Division „Langemark“. Auch der berühmte amerikanische Ku-Klux-Klan und eine rassistische Burenorganisation aus Südafrika nutzten die Triskele als Erkennungszeichen. Eine erhobene **weiße Faust** steht in rechtsextremen Kreisen für rassistische Kampfbereitschaft, für die Neonazis viel zu oft den traurigen Beweis antre-

ten – durch Überfälle auf Ausländer. Auch Zeichen, die schon Hitlers Nationalsozialisten trugen, sind heute unverändert auf Jacken und Hemden junger Neonazis zu sehen. Das **Gau-Dreieck** zum Beispiel, das einst auch das „Jungvolk“ der „Hitlerjugend“ und der „Bund deutscher Mädel“ auf ihren Armbinden trugen. Darin stand die Bezeichnung des „Gaus“, aus dem die Mitglieder kamen. Die Strafbarkeit des Gau-Dreiecks ist heute strittig.

Auch die **Schwarze Sonne** ist unter Rechtsextremen beliebt. Sie kann als zwölfarmi-



Auch manche Bremer Neonazis tragen gerne ein „Gau-Dreieck“.

ges Hakenkreuz gedeutet werden und galt Hitlers SS als Sinnbild einer nordisch-heidnischen Religion und geheimnisvoller Kräfte. Die Schwarze Sonne wird heute genauso selbstverständlich getragen wie das Symbol der „Schwarzen Front“.

„Schwarze Front“ nannte sich ab 1930 eine Abspaltung der NSDAP unter Otto Strasser. Darin sammelten sich Rechtsextreme, die sich als „Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalso-

zialisten“ verstanden. Ihr Zeichen war ein **Hammer gekreuzt mit einem Schwert**, es sollte die zukünftige Volksgemeinschaft aus Arbeitern und Soldaten symbolisieren.

Auf dem Parteiabzeichen der JN, der radikalen Jugendorganisation der NPD, prangt die **Tyr-Rune**. Diese Rune trug die „Hitlerjugend“ als Leistungsabzeichen, die SS verwendete sie zur Divisionskennung.

Die **Reichskriegsfahne** mit Reichsadler und Eisernem Kreuz fehlt auf keinem Neonazi-Aufmarsch. Sie ist nicht verboten, doch darf die Polizei die Fahne im Einzelfall sicherstellen, wenn die Beamten „konkrete Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ sehen. Gänzlich verboten ist die Variante der Fahne aus den Jahren 1935 bis 1945: Sie zeigt an der Stelle des Reichsadlers ein Hakenkreuz.

Auch in Namen oder Logos von Bekleidungsmarken verstecken die Extremisten ihre Codes. Das Label „Thor Steinar“ verwendete eine **Wolfsangel** nach Art der SS-Panzerdivision „Das Reich“ und eine Tyr-Rune im schildförmigen Rahmen nach Art der SS-Grenadierdivision „30. Januar“. Das Logo wurde im November 2004 verboten.

Auch **„Gonsduple“** ist ein beliebter Schriftzug auf Pullovern rechter Marschierer. Er ist von der englischen Sportfirma „Lonsdale“ abgekupfert. Bei halb geschlossener Jacke ist nur die Buchstabenfolge „NSDAP“ zu lesen. Deshalb müssen rechte Demonstranten diese Buchstaben bei Aufmärschen abkleben.

Viele der mehr als hundert bekannten Symbole und Codes, hinter denen eine neonazistische Gesinnung steckt, sind für Außenstehende kaum zu erkennen. Radikal-rassistische Hammerskins, rechte Hooligans, neonazistische Kameradschaften oder Mitglieder rechtsextremer Parteien – sie alle verwenden solche Dresscodes. Zeichen, die auf die **Ideologie** hinter der Stirn ihrer Träger schließen lassen. Wenn man sie denn entschlüsselt hat.

André Aden

Die Trickkiste

Rechtsextreme Internetseiten sind gespickt mit juristischen Tipps

Im Internet gibt es kaum einen rechtsextremistischen Auftritt, der nicht auf das „Deutsche Rechtsbüro“ von Gisa Pahl verweist. Überhaupt beschäftigt das Thema Recht die Rechten sehr.

Beim **„Freien Widerstand“**, der virtuellen Nachrichtenbörse um die Kameradschaftsanführer Christian Worch und Thomas Wulff, suchen verunsicherte Neonazis auch „Rechtshilfen“: Wann darf man die **Reichskriegsflagge** hissen? Welche „Vermummung“ fällt noch nicht unters Verbot? Welche Grüße und Sprüche sind legal? Im „Taschenkalender des Deutschen Widerstandes“, den der Verlag der NPD-Postille „Deutsche Stimme“ herausgibt, ist zu lesen: „Mit etwas Erfahrung und Vorbereitung kann man sich

auch heute noch als Nationalist auf die Straße wagen. Es folgt eine „Demo-Checkliste“: „Sonst erlaubte Verteidigungswaffen, wie das allseits beliebte Pfefferspray, sind auf dem Weg zu einer Veranstaltung verboten.“

Die laut Verfassungsschutz noch im Aufbau befindliche Bremer Kameradschaft **„Wefersturm“** hat im Internet schon mal „Verhaltensregeln“ aufgestellt, um es „den verschiedenen Staatsinstitutionen und unseren anderweitigen Gegnern nicht zu einfach zu machen“. Zu Demonstrationen finden sich dort Tipps wie „Vor Antritt der Fahrt mit eigenem Pkw Auto bereinigen (Tapes, CDs, Waffen etc.)“ oder „Solltest du ein Handy dabei haben, schalte es vor einer

Verhaftung aus“. Selbst vor Telefonen warnen die „Kameraden“: „Bei Handys kann im Standby-Betrieb dein Standort auf die Straßenecke genau bestimmt werden!“

Auch die NPD in Stade weiß juristischen Rat. Sie lädt zu **„Schulungen** in unserer Region“ ein. Themen: Presse- und Versammlungsrecht.

Christine Kröger

Bei Aufmärschen und Demonstrationen wird Verdächtiges abgeklebt: „Landsjer“ ist eine als „kriminelle Vereinigung“ verbotene Neonazi-Band.



Hakenkreuze für die Ewigkeit

Auf „Ahnenstätten“ begraben auch rechte Neuheiden ihre Toten

Ein hübsches Fleckchen Erde, dieser Friedhof im winzigen Hilligenloh bei Hude. Ganz still in einem Wäldchen gelegen, mit Bäumen, Sträuchern und Feldsteinen entlang schmaler Wege. Ein schöner Ort für die letzte Ruhestätte, mögen zufällig vorbeikommende Spaziergänger denken. Aber die Erde ist hier viel **brauner** als anderswo.

Das malerische Fleckchen ist kein gewöhnlicher Waldfriedhof, 1932 ist hier eine „Ahnenstätte“ entstanden. Kreuze will der „Verein Ahnenstätte Hilligenloh“ hier nicht sehen. Verbotene Zeichen wie das **Swastika-Kreuz**, ein Hakenkreuz mit gebogenen Ecken, oder die **Wolfsangel**, von den Nazis als Symbol der Wehrhaftigkeit verwendet, lässt der Verein aber offenbar gerne durchgehen. Diese Symbole prangen seit vielen Jahren auf einigen Grabsteinen – auch wenn der Verein behauptet, „vom nationalsozialistischen Ungeist unabhängig“ zu sein. Einzig: Er will laut Satzung nur Deutsche begraben. Und zwar möglichst solche, die „sich der Gotterkenntnis Mathilde Ludendorffs verbunden fühlen“.

Zwei besonders große Findlinge rechts und links neben dem Eingangstor sind Mathilde **Ludendorff** und ihrem Mann Erich gewidmet. In Stein gemeißelt wird sie als „Schöpferin“, er als „Wegbereiter der Gotterkenntnis“ gepriesen. Erich Ludendorff ist im Ersten Weltkrieg Generalfeldmarschall, 1923 putscht er in München erfolglos an der Seite Hitlers. Später entzweiten sich die beiden Braunen: Beeinflusst vom religiös verbrämten Antisemitismus seiner Ehefrau glaubt der General, sogar Adolf Hitler als „Juden-Knecht“ entlarvt zu haben. Der Diktator trägt dem „großen Feldherrn“ den Zwist nicht nach. Als Ludendorff 1937 stirbt, ordnet er einen pompösen Staatsakt an.

Witwe Mathilde verfasst bis zu ihrem Tode 1966 unverdrossen immer neue Schriften mit wirren antisemitischen und rassistischen Verschwörungstheorien. **„Blutsvermischung“** zwischen

„Licht- und Schattenrassen“ führe zum „Volkstod“, glaubt die „Schöpferin der Gotterkenntnis“. 1961 verbieten die Innenminister der Länder ihren Bund als verfassungsfeindlich, wegen Verfahrensfehlern heben bayerische Verwaltungsrichter das Verbot 1977 auf. So spinnen die Ludendorff-Anhänger ihr rassistisches Garn bis heute unbehelligt weiter. Alle Jahre wieder laden sie ihresgleichen zu Ostern nach Dorfmark bei Fallingbostal ein. Dort wollen sie Themen wie die „multikulturelle Gesellschaft“ diskutieren oder sich bei einem „Volkstumsabend“ amüsieren.

In Hilligenloh ersetzen altgermanische Runen andernorts übliche Symbole. Von den Nazis populär gemachte **„Lebens- und Todesrunen“** verweisen auf Geburts- und Todesjahr. Auf vielen Steinen fehlt die Todesruna, mancher stellt sich hier schon zu Lebzeiten einen Findling samt Inschrift bereit. Statt Familien folgen in Hilligenloh „Sippen“ ihren Ahnen ins Jenseits.



Ein nur leicht verfremdetes Hakenkreuz „ziert“ diesen Stein in Hilligenloh.

Als Ende der 90er Jahre ein evangelischer Gemeindepastor auf den Ludendorff-Kult und die verbotenen Zeichen hinweist und den Trägerverein öffentlich kritisiert, geht ein Rauschen durch den deutschen Zeitungswald. Der Huder Kirchenmann dulde keine Religionsfreiheit, wettern Mitglieder des „Ahnenstättenvereins“, im Pfarrhaus gehen anonyme Morddrohungen ein. Um aus den Schlagzeilen zu kommen, setzt der Gemeinderat einen Arbeitskreis ein. Doch letztlich bleibt alles beim Alten, in Hilligenloh kehrt wieder Ruhe ein. Und die Kommune weist weiter mit einem Schild auf die **„Ahnenstätte“** als Sehenswürdigkeit hin.

Im benachbarten Ammerland hat die Stätte längst nicht nur Freunde, sondern auch Nachahmer gefunden. 1958 kommen in der Kneipe des kleinen Dorfes Conneforde rund 30 Frauen und Männer zusammen, um einen „Ahnenstättenverein“ zu gründen. Gerd Brumund, Inhaber der Kneipe und Gründungsmitglied, verpachtet dem jungen Verein ein Grundstück gleich gegenüber. Darauf entsteht eine Anlage nach dem Vorbild Hilligenlohs. Als Zeichen wählen die Conneforde den heidnischen Weltbaum, **„Ferinful“** genannt. Er hängt heute noch über dem Kamin im „Alten Dorfkrug“. Den führt heute längst Gerd Brumunds Sohn. Sein Vater hat auf der „Ahnenstätte“ einen besonders stattlichen Findling mit einer leicht verfremdeten Wolfsangel bekommen.

Alfred Manke aus Bassum im Kreis Diepholz sitzt dem „Ahnenstättenverein“ jahrelang vor. Der heute 76-Jährige meldet sich schon mit 16 Jahren freiwillig für ein Panzerjagdkommando in der **Hitler-Jugend**. Nach 1945 marschiert er weiter stramm rechts: 1964 bereitet er die Gründung der NPD mit vor, später ist er Mitinitiator der militanten „Aktion Widerstand“. Die Gruppe macht 1970 Front gegen die Ostverträge von Bundeskanzler Willy Brandt: **„Deutsches Land“** wird nicht verschenkt, eher wird der Brandt gehenkt!

Weniger militant, aber nicht weniger rechts engagiert sich Manke im „Bund Deutscher



Unitarier“. Was den Ludendorffern die Generalswitwe Mathilde ist, ist den Unitariern die extrem rechte Religionswissenschaftlerin Sigrid Hunke. Sie lehnt das Christentum als „orientalisch“ und **„artfremd“** ab. Mit Germanenmythos und Runenkunde will sie „zurück zu Europas eigener Religion“. Sonst müssen die Deutschen untergehen, prophezeit die 1999 verstorbene unitarische Ideologin. Ihr Bund trifft sich noch Ende der 90er Jahre regelmäßig auch in Bremen.

So finden Ultrarechte aus der Hansestadt in Conneforde die letzte Ruhe. Hans Hertel zum Beispiel, unter Hitler **SS-Offizier**, fungiert in den 70er Jahren als Funktionär im rechtsextremen „Stahlhelm“, dem „Bund der Frontsoldaten“. Er liegt gleich neben seinem Namensvetter Heinz Hertel begraben, dem einstigen Chef der DVU in Bremen.

Heidnische Bräuche und germanische Sitten locken nicht nur Altnazis auf der Suche nach einer Grabstätte ins Ammerländische. Auch Neonazis zieht es nach Conneforde. Der Hamburger Anwalt

Jürgen Rieger scheint der „Ahnenstätte“ seit Jahren verbunden. Der braune Strippenzieher unterhält nicht nur beste Kontakte zum extremistischen Nachwuchs, mit seiner **„Artgemeinschaft“** leitet der Rechtsanwalt seit Jahrzehnten auch eine knallharte Rassisten-Sekte. Von der erwartet er „Gefolgschaft dem besseren Führer“ und „Härte und Hass gegen Feinde“. Feinde sind für den Neuheiden Juden wie Christen: „Das Christentum ist ein Krebs, der sich bislang noch in jedes gesunde Volk hineingefressen hat.“

Gerne lauschen Rieger und seine Sekte noch in den 90er Jahren Gertrud Herrs Berichten über das „Dritte Reich“. Die **Solocaust-Verweigerin** war eine der Führerinnen in Hitlers „Bund Deutscher Mädel“. Sie ist bei den 1998 verbotenen neonazistischen „Hetendorfer Tagungswochen“ nahe Celle ein gern gesehener Gast. Genau wie Hermann Thiele. Der langjährige Leiter der unitarischen Landsgemeinde Bremen hat nach seinem Tod wie Gertrud Herr in Conneforde einen Findling bekommen.

Der Bremer Altnazi Wilhelm Tietjen ruht in Conneforde. Seinen Findling soll der Hamburger Neonazi Jürgen Rieger ausgesucht haben.

Und noch ein Bremer ruht hier, der Rieger und seiner „Artgemeinschaft“ eng verbunden war: Wilhelm Tietjen. Tietjen ließ dem Neonazi vermutlich Millionen zukommen. Nach ihm ist auch die britische Stiftung benannt, die im vergangenen Jahr den Heisenhof in Dörverden erworben hat. Im Namen des kinderlos verstorbenen Bremers will Jürgen Rieger in Dörverden demnächst **„Fruchtbarkeitsforschung“** betreiben. Tietjens Findling ist allerdings ganz schlicht. Bei seiner Auswahl soll Rieger die Kosten genau im Blick gehabt haben – trotz allen mutmaßlichen Erbes.

Christine Kröger

Verdrehte braune Geschichten

An NS-Kultstätten im Bremer Umland schworen Nationalsozialisten die Niedersachsen auf ihre Ideologie ein

Die Niedersachsen galten den Nazis als Prototyp der „Arier“. Deshalb erklärten sie die hiesigen Landwirte zu den Nachfahren „**germanischer Wehrbauern**“. Vielleicht ist das der Grund, dass sich zwischen Ems und Weser NS-Kultstätten häufen. Orte, an denen die Nazis Geschichte beliebig verdrehten, manchmal glatt erfanden – und stets für ihre Propaganda missbrauchten. Ihre geistigen Erben machen das noch heute.

Die zahlreichen Steingräber und Findlinge in der Region kommen Hitlers Chefideologen Alfred Rosenberg und SS-Reichsführer Heinrich Himmler gerade recht bei ihrem Versuch, das Christentum durch völkisch-rassistisches Neuhententum zu ersetzen. Rosenberg ist „Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP“. Himmler lässt nach einer „neugermanischen Ersatzreligion“ forschen, sein SS-Schulungs- und Forschungsorgan heißt „**Ahnenerbe**“. Gemeinsam läuten Rosenberg und Himmler 1935 den NS-Kult um den Sachsenhain in Verden ein.

Zuvor haben Bauern aus den niedersächsischen „**Gauen**“ rund 4500 Findlinge nach Verden schaffen müssen – einen für jeden angeblich anno 782 an diesem Ort geköpften Sachsen. Ergriffen vergleicht Rosenberg Hitler mit dem heidnischen Sachsenherzog Widukind, der dem christlichen „Sachsenschlächter“ Karl die Stirn geboten habe. Allerdings währte der neue Kult um das mehr als 1000 Jahre zurückliegende Ereignis nicht lange. 1935 – noch im selben Jahr – präsentiert sich Adolf Hitler auf dem Reichsparteitag in Nürnberg als legitimer Erbe „des Schlächters“, der für die Nazis prompt wieder „Karl der Große“ heißt.

Verden bleibt auf den Steinen sitzen. Bis heute reihen sie sich auf mehr als zwei Kilometer Länge um eine Wiese – und ziehen nicht nur Jogger und Spaziergänger sondern auch Neonazis an. Jürgen Rieger hat dem Sachsenhain bereits



eine Broschüre gewidmet, die in der Schriftenreihe seiner „Artgemeinschaft“ erschienen ist. Die Sekte, die sich dem „Kampf gegen das Christentum“ verschrieben hat, versichert auf ihren Internetseiten, „dass wir nicht ruhen noch rasten werden, bis dieser Heidenfriedhof wieder in unseren Händen ist“.

Dem NS-Kult um die „**wehrhaften Stedinger Bauern**“ verdankt das Dörfchen Bookholzberg bei Ganderkesee seinen Namen. Auf der Anhöhe Buchenholzberg – plattdeutsch Bookholzberg – legen 1934 Rosenberg und Himmler den Grundstein für die Freilichtbühne „Stedingsehe“. 1935 bis 1937 wird hier vor einem großen Publikum das kriegsverherrlichende Drama „De Stedinge“ des Oldenburger Heimatdichters August Hinrichs aufgeführt.

Auf der laut „Gau-Leiter“ Carl Röver größten „nieder-deutschen Kultstätte“ nördlich des Mains wird an die Schlacht von Altenesch erinnert. 1234 schlug dort ein Kreuzfahrerheer des Bremer

Der Sachsenhain in Verden.

Erzbischofs die Stedinger Bauern. Die NS-Ideologen erklären die Stedinger zu einem **archaisch deutschen Volk**, an dessen fast selbstmörderisches Heldentum gegen ein Heer von Christen sie anknüpfen wollen.

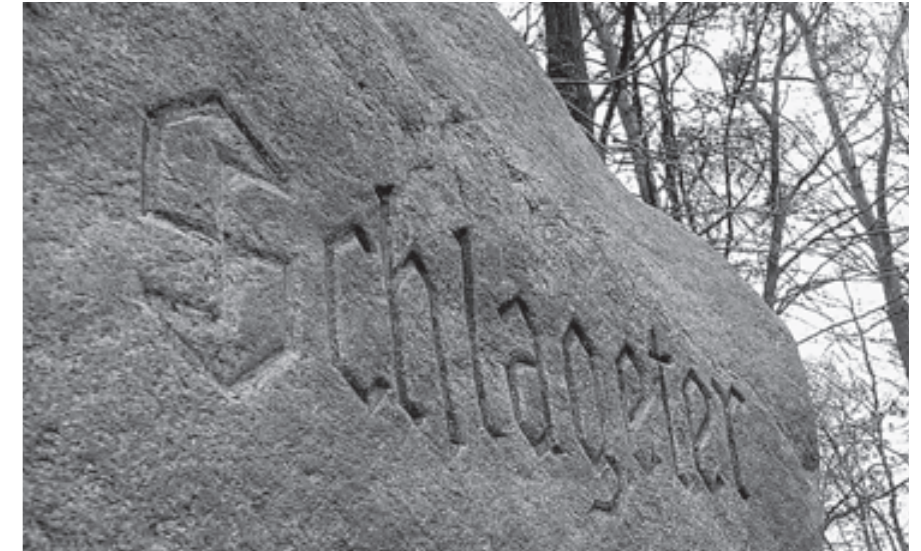
Die Nazis schätzen noch andere Orte rund um Bremen. 1936 machen sie Dötlingen zum „**Reichsmusterdorf**“. Die Dötlinger haben schließlich schon früh und überdurchschnittlich zahlreich die NSDAP gewählt. 1933 schleppen sie als Zeichen ihrer Verbundenheit einen mehr als mannshohen Findling mit einem großen Hakenkreuz auf den nahen Gierenberg. Nach Kriegsende wird das NS-Symbol notdürftig her-



ausgemeißelt, der Findling kurzerhand umgedreht.

Auf dem Schlageter-Denkmal in einem Wäldchen bei Visselhövede nahe Rotenburg ist das verbotene Zeichen dagegen noch zu sehen. Der Bauernsohn Albert Leo Schlageter avanciert 1923 zum Symbol deutschen Freiheitskampfes, als er Gleise sprengt und den Transport von Ruhrkohle nach Frankreich verhindert. Ein Kriegsgericht verurteilt den 29-Jährigen zum Tode, am 26. Mai 1923 wird er erschossen. An vielen Orten errichtet man ihm Denkmäler. Nach 1933 stilisieren Hitlers Schergen den „letzten Soldaten“ des Ersten Weltkrieges zum „**ersten Soldaten**“ des „Dritten Reiches“.

Auch der Niedersachsen-Stein in Worpswede gefällt Rechtsextremisten. Er wird auf einschlägigen Internetseiten als Sehenswürdigkeit angepriesen. 1915 gibt der Bremer Kaufmann und Kunstmäzen Ludwig Roselius bei Bildhauer Bernhard Hoetger ein „**Siegesmal im Helden-**



hain“ auf dem Weyerberg in Auftrag. Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg müssen die beiden ihren Plan ändern. Aus dem kriegsverherrlichenden Monument wird ein Mahnmal für den Frieden. Statt des geplanten nackten Jünglings, der sich der Sonne entgegenstreckt, entsteht aus rotem Backstein ein 18 Meter hoher, abstrakt geformter Adler. Er will sich offenbar gerade in die Lüfte erheben.

Das Denkmal wird auch als völkisches Bauwerk gedeutet: das besiegte deutsche Kaiserreich, das sich rasch wieder aus den Fesseln des Versailler Vertrages befreit. Eine nahe liegende Interpretation, sind Roselius und Hoetger doch schon Jahre vor Hitlers Machtergreifung von völkisch-nationalistischen Ideen begeistert. Ideen, die Rechtsradikalen heute noch gefallen. Die um den Adler gruppierten 173 Gedenksteine für im Ersten Weltkrieg gefallene Soldaten runden das Werk für manchen **extrem Rechten** ab. Christine Kröger

Der Niedersachsenstein in Worpswede und das Schlageter-Denkmal bei Visselhövede.

Aufklären über Nazi-Wahnsinn

Museumsdirektor fordert mehr Information zu regionalen NS-Kultstätten



Gerhard Kaldewei, Direktor der Städtischen Museen in Delmenhorst, erforscht seit Jahren NS-Kulte und -Mythen. Im Gespräch mit Christine Kröger fordert er einen offensiven und kritischen Umgang mit den „Gedenkstätten“ der Täter und ihrer geistigen Erben.

Frage: Herr Dr. Kaldewei, die „Ahnstätten“ in Hilligenloh und Conneforde sind ein heikles Thema. Dort liegen schließlich nicht nur Nazis und Rechtsextremisten begraben. Soll man die Trägervereine einfach gewähren lassen?

Gerhard Kaldewei: Die Stätten sind eindeutig dem rechten bis rechtsextremen Spektrum zuzuordnen. Sicher ist der Umgang damit schwierig, weil es sich um Friedhöfe handelt. Aber am schlimmsten ist es, gar nichts zu tun.

Wie soll man damit umgehen?

Aufklären, aufklären und noch mal aufklären. Die Kommunen sollten auf die nationalistischen, rassistischen, antisemitischen und antichristlichen Wurzeln der „Ahnstätten“ hinweisen – statt so zu tun, als habe man es hier mit ganz gewöhnlichen Waldfriedhöfen oder gar besonders schön gelegenen und ansonsten unverdächtigen Sehenswürdigkeiten zu tun.

Aber macht man Neonazis und andere Ultrarechte so nicht erst auf Stätten wie diese aufmerksam?

Das ist ein beliebtes, aber unzutreffendes Argument. Denn interessierte Rechte kennen die Orte sowieso. Außerdem existieren diese Stätten ja nun mal. Wir haben nur die Wahl, ob sie kommentiert oder unkommentiert dastehen.

Warum halten Sie eine Kommentierung für wichtig?

Grundsätzlich sollte man Geschichte nie verdrängen, sondern aufarbeiten. Das gilt auch für NS-Kultstätten. Die Gedenkstättenarbeit an ehemaligen Konzentrationslagern und ähnlichen Orten des Schreckens ist wichtig, weil sie eindringlich vor einer Wiederholung des Nazi-Wahnsinns warnt. Aber die Aufklärung über NS-Kultstätten ist ebenso wichtig, weil sie erklärt, wie dieser Wahnsinn möglich wurde. „Hitler hat die Autobahnen gebaut“ greift viel zu kurz.

Was können die NS-Kultstätten zeigen?

Die „goldene Seite“ des Regimes, die es bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges im Jahr 1939 eben auch gab. Die Jahre der ideologischen Mobilmachung, als Adolf Hitlers Nationalsozialisten vielen Deutschen dieses fatale Gefühl von „Wir sind wieder wer“ eingepflicht haben.

Aber der Sachsenhain in Verden oder die „Stedingehre“ in Bookholzberg sind nicht das „Reichsparteitagsgelände“ in Nürnberg oder

das „Führerhauptquartier“ auf dem Obersalzberg...

...das stimmt. Die regionalen Kultstätten sind vergleichsweise unbekannt. Umso wichtiger ist es, vor Ort zu informieren.

Warum häufen sich diese fragwürdigen Sehenswürdigkeiten im Nordwesten?

Viele von den Nazis verehrte „Ahnherren der deutschen Geschichte“ haben in dieser Gegend gelebt. Im Oldenburger Land erzielte die NSDAP zudem ihre erste Mehrheit. Vielleicht hat auch die ländliche Struktur mit ihrer eher bodenständigen Bevölkerung die Menschen hier anfälliger für Mythen und Kulte erscheinen lassen.

Auf der Freilichtbühne „Stedingehre“ sahen in den 30er Jahren Tausende das Stück „De Stedinge“ des Oldenburger Heimatdichters August Hinrichs.



Die „Ahnstätte“ in Hilligenloh: Ihr Trägerverein steht dem rechtsextremen „Bund für Gotterkenntnis“ nahe.

Ein Mord im Musterdorf

Dötlingen war für die Nationalsozialisten etwas ganz Besonderes – heute will der Ort nichts mehr davon wissen

Es ist Mittag in Dötlingen, eine stille Stunde, keiner da. Das schmucke Dorf wirkt wie ein Freilichtmuseum außerhalb der Öffnungszeiten. Die alte Kirche, dahinter ein Weiher, auf dem die Enten schnattern. Ein paar Meter weiter der berühmte Tabkenhof, ein reetgedecktes Bauernhaus, das größte seiner Art in Niedersachsen. Hier, denkt der Besucher, ist die Welt noch in Ordnung.

„Wir sind auch heute ein Musterdorf“, sagt die Vorsitzende des Heimatvereins. So wie damals, als die Nationalsozialisten am Ruder waren und den idyllischen Flecken an der Hunte zum einzigen Musterdorf im ganzen **Reich**

erklärten. Diese Vergangenheit und ein später Mord, zwei Tage bevor der Krieg zu Ende ging – Dötlingen schweigt darüber oder weiß nichts davon. 800 Jahre Dorfgeschichte, fein aufgeschrieben, aber dieser Fleck bleibt blind.

Die Alten im Dorf erinnern sich noch genau, wo Willy Rogge damals lag. Achtlos hingeworfen von seinen Mördern und mit einem Schild unter dem zerschossenen Leib: „**Wer sein Volk verrät, stirbt.**“ Etwas außerhalb von Dötlingen war das, dort, wo jetzt Mais wächst und nichts daran erinnert, was an dieser Stelle passiert ist.

Eine Hinrichtung. Schüsse von hinten in Kopf und Rücken. Willy Rogge musste spät dafür

büßen, ein Gegner der Nazis gewesen zu sein. Viele Jahre hatten sie ihn geduldet, und dann ist er doch noch ans Messer geliefert worden. Nachher tat es ihnen natürlich leid. Aber Folgen hatte das nicht. Das Dorf sah offenbar nie die Notwendigkeit, sich diesem Teil seiner Geschichte zu stellen, die viel Schatten hat, aber auch ein wenig Licht.

1936, in Berlin gehen gerade die Olympischen Spiele über die Bühne, wird Dötlingen zum **Reichsmusterdorf** ernannt. Kein Ort sonst in Deutschland trägt diesen Titel. Delegationen kommen zu Besuch, aus dem Ausland sogar, sie wollen sehen, wo in dem großen Land alles zusammentrifft, was die neue Ordnung wünscht und befiehlt: Gefolgschaft, Rechtschaffenheit, Naturidylle und bäuerliche Genügsamkeit.

Willy Rogge will da nicht mitmachen. Er hasst die neuen **Serren in Braun** und macht auch keinen Hehl daraus. Einmal, Hitler ist gerade an die Macht gekommen, hisst der Bauer am Volkstrauertag die Flagge der Republik. Schwarz-Rot-Gold – die Nazis schäumen. „Eine Unverschämtheit leistete sich der 2. Vorsitzende des Kriegervereins“, notiert das Lokalblatt. Ein SA-Trupp zieht die Fahne ein und verbrennt sie. „Der Kriegerverein wird aus dem Verhalten dieses Oberdemokraten die notwendigen Schlüsse ziehen müssen“, fordert die Zeitung.

Das Zitat findet sich in einem Buch wieder, das zur 800-Jahr-Feier Dötlingens herausgegeben wurde. Die wenigen Sätze sind Teil einer Chronik und bleiben unkommentiert. Was später mit Willy Rogge geschah – kein Wort. „Ich habe

Idylle pur an der Dötlinger Kirche. Der malerische Ort ist ein Anziehungspunkt für Touristen. Während der Nazizeit war Dötlingen „Reichsmusterdorf“.

das schlicht nicht gewusst“, sagt der Bürgermeister, Heino Pauka heißt er, und man glaubt es ihm. Pauka hat in dem Buch das Grußwort geschrieben. Er würde den Passus über Rogge heute nicht noch einmal durchgehen lassen – „da können Sie sicher sein“. Einen Grund, sich näher mit dem Fall und der Zeit damals zu befassen, sieht Pauka aber nicht.

Dötlingen und die **Nationalsozialisten**: „Für mich ist das Urgeschichte“, sagt der Bürgermeister. Und dass man die Toten doch ruhen lassen solle. Das Dorf habe damals vielleicht eine Sonderstellung gehabt, und da dürfe auch nichts verniedlicht und verheimlicht werden. „Aber was uns heute wirklich interessiert, das ist das moderne Dötlingen.“ Die Gemeinde sei als einzige in Niedersachsen schuldenfrei, die Parteien im Rat würden prima zusammenhalten – und die Rechtsextremen hätten keine Chance. „Wenn Sie das jetzt alles aufschreiben – meine Sorge ist, dass **Neonazis** glauben könnten, bei uns alte Traditionen aufleben lassen zu können.“

„Musterdorf“ – Marianne Mennen vom Heimatverein meint das natürlich nicht politisch, wenn sie den Ausdruck von damals neu in den Mund nimmt. „Dötlingen ist einfach ein sehr schöner Ort“ – so meint sie das. Die Nazizeit, was soll sie sagen? „Da war ich noch nicht hier.“ Und überhaupt: „Der Heimatverein muss sich der neuen Zeit stellen, sonst kommen wir bei den jungen Leuten nicht an.“

Für die Nazis und das ganze Dorf ein Festtag: Der große Findling mit Hakenkreuz wird den Gierenberg hinaufgefahren.





Ein bisschen zerknirscht ist die Frau aber doch. Weil sie so wenig weiß von damals und mit den Jahren, sagt sie, auch begriffen hat, **bestimmte Themen** in Dötlingen besser zu meiden – „gerade als Zugezogene“.

Das Dorf wendet sich zwar seiner Geschichte zu, es gibt Bücher darüber, in denen weit zurückgeschaut wird, bis hinein in die Zeit, als Dötlingen vor vielen hundert Jahren noch Thutelinge hieß. Aber dieses eine, damals doch immerhin bis weit nach Berlin ausstrahlende Kapitel wird **geflüffentlich** ausgespart oder nur am Rande gestreift.

Wie überall im Oldenburger Land erringt die NSDAP auch in Dötlingen sehr früh schon herausragend gute Wahlergebnisse. Bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 sind es 60 Prozent, im Jahr darauf, bei den Wahlen zum Oldenburger Landtag, steigt der Anteil auf fast 80 Prozent. Dötlingen ragt nun selbst im Oldenburger Land deutlich heraus. Die Gemeinde steht an der Spitze der braunen Bewegung.

Aber wie das nun mal so ist auf dem Dorf – Partei-Pedanten, die mit ideologischem Feuereifer jedes Anderssein sofort ahnden, haben dort keine Chance. Dötlingen trägt zwar das Banner der Nationalsozialisten, mit einigem Stolz sogar. Es glaubt an die große Sache und stellt als Zeichen besonderer Verbundenheit auf einem

Mit einigem Pomp und unter großer Anteilnahme der Bevölkerung bekam der Findling von den Nazis seine höheren Weihen.

Heute liegt der Stein umgestürzt an alter Stelle. Überlegungen des Heimatvereins, ihn wieder aufzustellen, sind vor einigen Jahren vom Gemeinderat zerstreut worden.

Hügel in der Nähe, dem Gierenberg, einen riesigen **Findling mit Hakenkreuz** auf. Gleichzeitig aber wird auf einen wie Willy Rogge keine Hatz gemacht. Er ist zuerst Bauer, einer von ihnen, und erst dann auch ein renitenter Nazi-Gegner.

Dass dieser Rest an Miteinander zuletzt keine Rolle mehr spielt, und Rogge von **Spießgejellen** der Nazis heimtückisch ermordet wird, ist für Menschen, die davon wissen, noch heute eine offene Wunde. Es sind ja Männer aus der Gegend, die die Tat verüben, und einer, der Anstifter, kommt direkt aus dem Dorf.

Erwin Metzler* war in Dötlingen stellvertretender Ortsgruppenleiter der NSDAP. Menschen, die ihn gekannt haben, schildern den Mann als eine eher schlichte Natur. Er sei zwar durch und durch Nazi gewesen, schrieb Gustav Orth, ein Nachbar von Metzler, als Zeuge im späteren Gerichtsverfahren. „Aber er war frei von jenem berüchtigten **RS-Geist** und Fanatismus.“ Metzler habe im Dorf geholfen, wo er nur konnte, und sich nicht selten gegenüber höheren Stellen schützend vor jene gestellt, die es an der gewünschten Gesinnung fehlen ließen. „Vernünftig und anständig“ sei er gewesen, versicherte Orth.

Die Aussage des Bankvor-stehers hatte Gewicht, er wurde während der Nazijahre von der Gestapo bedroht. „Metzler ist immer wieder für mich eingetreten“, schrieb Orth in einer Art Ehrenerklärung für den Angeklagten.

Er nennt darin den Namen Theodor Cohn. Der Lehrer war 1933 aufgrund seiner Abstammung aus dem Schuldienst geworfen worden. Nun suchte er eine Anstellung und fand sie in der Bank von Gustav Orth. „Metzler machte keine

Schwierigkeiten.“ 1944, als Cohn von den Nazis in ein Zwangsarbeiterlager gesteckt wurde, „hat M. alles Menschenmögliche bei der Kreisleitung und anderen hohen Stellen unternommen“. Geholfen hat das nichts, Cohn blieb im Lager, aber er überlebte und wurde später Stadtdirektor in Wildeshausen. Metzler – die Kinder sagten „Onkel“, sie mochten ihn. Metzler war kein wild entschlossener **Serrenmensch**, der die Vernichtungsideologie seiner Nazi-Kumpane nachbetete. Er war keine Heimsuchung. Aber dann, als die



Karsten Grashorn ist in Dötlingen anfangs angefeindet worden.

Alliierten schon vor den Toren standen, muss irgendetwas mit ihm passiert sein. Ohne Not und mehr zufällig, so jedenfalls geht es aus den Prozessakten hervor, lieferte er den Mann ans Messer, der im Dorf stets gegen die Nazis gestänkert hatte, und den er bis dahin trotzdem weitgehend in Ruhe ließ.

Ein entfernter Bekannter ist zu Besuch gekommen, ein Mitglied der **„Kampfgruppe Wichmann“**, die direkt der Partei unterstellt ist. Der Mann spricht mit Metzler über die Lage im Dorf, und dem fällt dabei nichts Besseres ein, als von Rogge anzufangen, der ihm als **„unficheres Element“** Sorge bereite. Die Information wird sofort weitergetragen, und noch am Abend gibt es bei Metzler ein weiteres Treffen in größerem Kreis. Zum Schluss dann die entscheidende Frage, nachzulesen in den Gerichtsakten: „Halten Sie die Umlegung Rogges für erforderlich und richtig?“ Metzler zögert und ringt mit sich. Dann dieser Satz: „Ja, der Mann muss weg!“

Einen Tag später ist Rogge tot. Sie hatten ihn am Abend unter einem Vorwand aus dem Bett

geholt, in ein Auto verfrachtet und am Ortsausgang **erschossen**.

Die Täter und der Anstifter sind später wegen Mordes vor Gericht gestellt worden. Zeitweise mussten sie fürchten, ein Leben lang hinter Gittern zu bleiben. Doch am Ende, nach mehreren Verfahren, setzte sich die Rechtsauffassung durch, dass die Tat aus der damaligen Zeit heraus erklärt werden müsse. Metzler, der während der Prozessdauer in Untersuchungshaft saß, erhielt eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren und drei Monaten. Er war nach dem Urteil ein freier Mann und kehrte nach Dötlingen zurück.

Ein knappes Jahr nach der Tat versammelte sich das Dorf zu einem Gedenkgottesdienst für Willy Rogge. „Das Volk brachte nicht die Kraft zum Widerstand gegen die Verbrechen auf, das ist seine Schuld“, schrieb der damalige oldenburgische Ministerpräsident Theodor Tantzen den Dötlingern ins Stammbuch. Danach war Schweigen. Bis heute.

Einer hat das jetzt alles zusammengetragen. Ein Soldat und gebürtiger Dötlinger, der die Wahrheit sucht. „Ich will wissen, was damals war, ganz einfach“, sagt Karsten Grashorn, der sich bei der Bundeswehr nebenher auch um Militärgeschichte kümmert. Am Anfang seiner Recherchen hat er böse Anrufe bekommen. Dass er ein **Reißbeichnutzer** sei und an etwas rühre, was vergessen gehört. „Die Nazizeit ist hier nie aufgearbeitet worden“, sagt der 43-Jährige. „Viele, auch meine Familie, haben nach dem Krieg einfach die Klappe fallen lassen.“

Grashorn geht vorsichtig vor, das haben die Dötlinger mittlerweile verstanden und sich ein wenig beruhigt. „Ich werde hier doch nicht mit erhobenem Zeigefinger herumlaufen. Das maße ich mir nicht an.“ Er will verstehen, wie alles gekommen ist, nur das. Das Dorf wird es ihm vielleicht mal danken. Irgendwann.

Jürgen Hinrichs

**Name geändert.*

Gegen das Vergessen



Das deutsche Verhängnis begann in Oldenburg. Hier kamen die Nationalsozialisten bereits 1932 an die Macht. In Bremen rissen sie die Regierung per Staatsstreich an sich. Was allerorten folgte, war ein Schreckensregime aus Terror und Mord.

Es endete im Massentod

Bremen und Oldenburg in der NS-Zeit: Absolute Mehrheit, Staatsstreich und täglicher Terror

Das **deutsche Verhängnis** begann in Oldenburg. Hier gewannen die Nationalsozialisten bereits im Mai 1932 die absolute Mehrheit und konnten erstmals in einem Land des Deutschen Reiches allein regieren. Noch vor der Machtübernahme in Berlin, also noch bevor Adolf Hitler zum Reichskanzler berufen wurde. Zufall oder nicht?

Die Frage „Wie war Hitler möglich?“ treibt die Menschen bis heute um. Es fällt nicht leicht, vorurteilsfrei darauf zu antworten, weil die in der NS-Zeit verübten **Verbrechen** stets auch zu einem moralischen Urteil zwingen. So viel indes ist klar: Es gab nicht nur eine Ursache, sondern mehrere, die miteinander verschränkt waren, einander hochschaukelten. Vor allem aber gab es ebenso Momente, in denen alles auf Messers Schneide stand. Der Weg in das Verderben und die Vernichtung erfolgte Schritt um Schritt. Doch er führte über Kreuzungen und an Weggabelungen. Die Entwicklung hätte auch anders verlaufen können, wenn man Hitler beizeiten gestoppt hätte.

Mehrere Faktoren begünstigten den Aufstieg des **Nationalsozialismus**. Da war zum einen der verhängnisvolle Versailler Vertrag von 1919, der den Deutschen drückende Lasten auferlegte. Ein demütigendes und zudem ein dummes Diktat, das Deutschlands demokratische Kräfte schwächte. Sie wurden als Erfüllungsgehilfen diffamiert. Zum anderen geisterte die Furcht vor einer kommunistischen Weltrevolution durch die Lande, die wiederum von einem Teil der Arbeiterschaft und nicht wenigen Intellektuellen inbrünstig ersehnt wurde. Der Kommunismus versprach die Wunderheilung vom Krebsübel der Zeit – von der Massenarbeitslosigkeit. Dessen ungeachtet betrieben die großen Industriellen und die reich begüterten Grundbesitzer eine rücksichtslose Interessenpolitik. Hochkonjunktur in dieser orientierungslosen Zeit erlebten einzig die Ideologen mit ihren paradiesischen Versprechungen – links wie rechts. Man hing ihnen an in



Carl Röver, Leiter des „Gau Weser-Ems“, droht unentwegt völkische Phrasen.

der Hoffnung, so auf die Butterseite des Daseins gelangen zu können. Was bot dagegen schon der reale Staat? Die Weimarer Republik war nicht imstande, Visionen zu wecken. Sie war und blieb ungeliebt, verachtet, ja verhasst.

In Oldenburg machte sich die wirtschaftliche Krise in den 20er und Anfang der 30er Jahre natürlich vor allem in der Landwirtschaft bemerkbar, denn das war der Haupterwerbszweig dieses kleinen Freistaates. Die Veredelungswirtschaft ächzte unter den hohen Getreidepreisen, und die Verschuldung samt Zinslasten trieb die Bauern massenweise in oder doch an den Rand des Ruins. Betroffen war ebenso der von der Agrarwirtschaft abhängige Mittelstand. Die NSDAP verstand es geschickt, den Protest für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Ihre **Propaganda** war der linken Agitation überlegen und jeder Information sowieso.

Immer vorneweg marschierte im Oldenburger Land **Carl Röver**, ein vierschrotiger Trunkenbold, der unentwegt völkische Phrasen drosch, wie die Leute sie hören wollten. Dieser Plünderhändler aus der Heiligegeiststraße saß seit 1924 im Oldenburger Stadtrat und schloss sich im Jahr darauf mit seinem völkischen Anhang der NSDAP an. Als 1928 der **NS-Gau Weser-Ems** entstand, trat Röver an dessen Spitze.

Der am 12. Februar 1889 in Lemwerder geborene Röver versuchte später damit zu renommieren, einem alten Bauerngeschlecht in Stedingen zu entstammen. Sein Vater indes war Verkäufer. Einige Jahre nach der Geburt des Sohnes wurde er Geschäftsführer eines Ladens in Oldenburg. Dort besuchte Carl Röver die Volk- und Mittelschule, bevor er in Bremen als Lehrling in eine Kaffeehandlung eintrat.

1911 brach Röver nach Afrika auf. In der deutschen Kolonie Kamerun arbeitete er für eine Faktorei. Eine schwere Malaria-Erkrankung zwang ihn zur Rückkehr. Im Ersten Weltkrieg brachte es Röver bis zum Unteroffizier und wurde in eine Propagandaabteilung der Obersten Heeresleitung abkommandiert. „Sein Haupttalent war nun entdeckt: Röver konnte reden, ohne zu denken“, bemerkte dazu einmal der Bremer Historiker Herbert Schwarzwälder.

Nach der Kapitulation stand für Röver fest, dass Deutschlands Niederlage durch Juden und die Roten verschuldet worden sei. In Oldenburg, wo er im Geschäft seines Vaters tätig wurde, fiel er vor allem durch primitive **antijemendische Hetze** auf. Den **Nazifundikel** hatte er in Kamerun gelernt.

Auf Hitlers Geheiß wurde dieser „Volksverhetzer übelster Sorte“ (Schwarzwälder) am 26. Juni 1932 von seinen politischen Kumpanen zum oldenburgischen Ministerpräsidenten gewählt. Bei der Landtagswahl im Mai hatten 46,9 Prozent der Stimmen für die absolute Mehrheit im Parlament gereicht: Die Nazis errangen 24 der 46 Sitze.



Das Konzentrationslager Ochtumsand war zeitweise auf einem ausgemusterten Binnenschiff untergebracht.

Über die Ziele der Nationalsozialisten ließ Röver keinen im Unklaren. So erklärte er zum Beispiel am 22. Juli 1932: „Sie (die am 20. Juli abgesetzten preußischen SPD-Minister) sollen nur nicht glauben, dass man am Ende ist. Es geht erst los. Die Burschen werden noch was erleben, wenn Hitler an der Macht ist. Wir sagen euch, euch wird nichts geschenkt, ihr Lumpen und Volksverräter. Ich garantiere diesen Schweinehunden, dass sie **gehängt** werden, und wir werden

sie so lange hängen lassen, bis die Krähen sie gefressen haben. Das mag grausam sein, aber der Nächste soll sich überlegen, ob er daneben hängen will.“ In Oldenburg war der kommunistische Landtagsabgeordnete Johann Wilhelm Gerdes das erste Opfer des NS-Regimes. Mehrere SA-Leute lockten ihn am frühen Morgen des 3. März 1933 unter einem Vorwand aus seiner Wohnung in einen Hinterhalt und streckten ihn mit fünf Schüssen nieder.

Da war Hitler schon **Reichskanzler**. Der greise Reichspräsident Paul v. Hindenburg, der sich lange gegen die Berufung des „böhmischen Gefreiten“ gestäubt hatte, war den Einflüsterungen seiner Umgebung und dem Drängen der Deutschnationalen erlegen. Hitlers Ernennung am 30. Januar 1933 rettete vermutlich

die Röver-Regierung in Oldenburg, die sich von Anfang an als unfähig erwiesen hatte, die Staats- und Wirtschaftskrise zu meistern. Schon bei der Reichstagswahl im November 1932 verlor die NSDAP 8,1 Prozent der Stimmen, blieb mit 37,1 Prozent allerdings stärkste Partei.

Anders als in Oldenburg vollzog sich der Machtwechsel in Bremen in Form eines **Staatsstreichs**. Am 5. März 1933 war ein neuer Reichstag gewählt worden. Dabei kamen die NSDAP in der Stadt Bremen auf 32,3 Prozent der Stimmen, die rechtslastige DNVP beziehungsweise der „Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot“ auf 14,4 Prozent, die SPD auf 30, die KPD auf 13,5 und die liberale DVP auf 5,7 Prozent. Tags darauf inszenierten die Nationalsozialisten auf dem Marktplatz und auf dem Domshof eine Massenkundgebung, um den Senat unter Druck zu setzen. Noch regierten in Bremen nämlich SPD, DVP und DDP. Diese Koalition indes hatte abgewirtschaftet, wie nicht nur das Ergebnis der Reichstagswahl zeigte.

Am 6. März 1933 bereiteten sich SA- und SS-Einheiten auf einen Sturm auf das Rathaus vor. Drinnen tagte der Senat. Sollte die Menge draußen gewaltsam zerstreut werden, um die verletzte Banneile zu räumen? Man war unschlüssig. Niemand wollte ein Blutbad riskieren. Die NSDAP verlangte ultimativ den Rücktritt der SPD-Senatoren, die Auflösung der Bürgerschaft, die Ernennung eines Nationalsozialisten zum Polizeichef sowie das Hissen der schwarz-weiß-roten und der **Sakenkreuzfahne** auf dem Rathaus.

Die bürgerlichen Senatoren wurden schwach. Immerhin wollten sie die schwarz-weiß-rote Fahne zulassen, woraufhin die drei sozialdemokratischen Senatoren (darunter der spätere Bürgermeister Wilhelm Kaisen) zurücktraten. Allerdings weigerte sich der Rumpfsenat weiter,

den von der NSDAP nominierten Richard Markert zum Polizeisenator zu ernennen. Da machte der längst eingeschaltete Reichsinnenminister Wilhelm Frick, ein alter NS-Kämpfer, den Staatsstreich perfekt, indem er von sich aus Markert zum Polizeikommissar berief. Weil Ruhe und Ordnung gefährdet seien, wie es in der Begründung hieß. Und das stimmte sogar. Doch nicht durch die Linke, die sich wie gelähmt an Recht und Verfassung klammerte, sondern durch die Nazis.

Die zeigten nun, was sie unter Ordnung verstanden. Aus politischen Gründen und wegen **nicht-ariischer Abstammung** wurden sofort rund 170 Personen aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Außerdem gab es 160 Versetzungen in den Ruhestand.

Politische Häftlinge wurden der SA ausgeliefert, die als Hilfspolizei fungierte. Seit April 1933 unterhielt sie in den Mißlerhallen an der Walsroder Straße in Findorff ein Konzentrationslager. Dort wurden bis September 1933 rund 200 Häftlinge drangsaliert und zum Teil schwer misshandelt. Nach der Auflösung des Lagers bediente sich das Regime eines Kahns beim Ochtumsand und des Marineforts Langlütjensand II bei Bremerhaven als KZs. Höchst aktiv war darüber hinaus die **Geheime Staatspolizei** (Gestapo). Ende 1933 wurde SS-Reichsführer Heinrich Himmler polizeiführerlich auch Kommandeur der politischen Polizei in Bremen.

Ohnehin verlor die Hansestadt zunehmend an Einfluss. Durch das Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 waren das Ende des Föderalismus und die Abschaffung der Demokratie eingeleitet worden. Gauleiter Carl Röver wurde zum **Reichsstatthalter** für Oldenburg und Bremen ernannt. Seine Weisungen erhielt er aus Berlin.

Am 13. Mai wurde Röver feierlich „eingeholt“. Von der Landesgrenze in Huchting bis zum Marktplatz standen die Menschen Spalier, Kinder winkten mit Hakenkreuzfähnchen. Röver indes

hatte für Bremen wenig übrig. Um es den feinen Pinkeln zu zeigen, fragte er beim Empfang in der oberen Rathaushalle provozierend: „Wo is hier dat Schiethus?“

Bremen war keine Hochburg der Nazis. Eine Hochburg des Widerstands war die Stadt jedoch auch nicht. Man passte sich an, man arrangierte sich. Den Nazis mochte dies genügen, so lange die Leute nur parierten.

Bremen sei der „größte politische Schei...haufen in Deutschland“, erklärte Röver am 6. Januar 1939 bei einer Konferenz in Innsbruck. Und Adolf Hitler pflichtete ihm ausdrücklich bei: Bremen sei in der Tat „ein Schweineplatz“. Diese offenkundige Abneigung hat die Mär genährt, die Hansestadt sei – im Gegensatz etwa zu Oldenburg – eher ein Opfer als eine Stadt von **Witläufern** und auch von **Wittätern** gewesen. Und als Beispiel dafür diente lange Zeit der Streit um die Böttcherstraße.

Dieser unter der Regie des Kaffeekönigs Ludwig Roselius umgestaltete Straßenzug sorgte in der NS-Zeit für Aufsehen in ganz Deutschland. Die Nationalsozialisten sahen in dem Projekt ein Schandmal des **„Kulturvolkschewismus“** und verlangten den Abriss, zumindest aber einen Umbau. Der völkische Nationalist Roselius fühlte sich völlig missverstanden, hatte er doch bereits 1926 betont: „Die Wiedererrichtung der Böttcherstraße ist ein Versuch, deutsch zu denken.“ Und als Garant dafür betrachtete der Großkaufmann keinen anderen als den Braunen aus Braunau. „In unserem Führer Adolf Hitler erkennen wir einen von Gott dem deutschen Volk Gesandten ... Das ganze deutsche Volk muss nationalsozialistisch werden!“, ließ sich Roselius am 24. September 1933 vernehmen. Die Böttcherstraße blieb erhalten – weil Hitler es wollte. Und zwar für zukünftige Generationen als **„Mahmal entarteter Kunst“**.

Ansonsten betrachteten die Nazis Bremen relativ nüchtern. Schon bald nach der **„Machtergreifung“** wurde Bremen systema-

tisch zur Rüstungsschmiede des „Deutschen Reiches“ ausgebaut. Auf den großen Werften liefen Kriegsschiffe vom Stapel. Bis zum Ende des Krieges wurde ein Drittel der deutschen U-Boote in Bremen produziert. Die AG „Weser“ beschäftigte zeitweise 18000 Mitarbeiter. Aber auch der Automobilhersteller Borgward und das Flugzeugbauunternehmen Focke-Wulf profitierten von der massiven Rüstung.

Anders als in der Weimarer Republik herrschte nun Arbeitskräftemangel, denn die deutschen Männer waren ja als Soldaten im Krieg. Sie wurden ersetzt durch nahezu 40000 aus ihrer Heimat verschleppte Zwangsarbeiter. Über 10000 von ihnen schufteten im Bunker „Valentin“ in Farge unter unmenschlichen Bedingungen. Mindestens 5000 Häftlinge sind dabei ums Leben gekommen.

Mit **brutaler Gewalt** wurde jeder auch noch so geringe politische Widerstand gebrochen. Erst recht aber galt die Verfolgung jenen, die im Untergrund die Reste der Opposition zu sammeln suchten. 1934/35 wurden der große Waldheim-Prozess gegen Kommunisten und der Prozess gegen Sozialdemokraten sowie Reichsbannerleute veranstaltet. Unter den Angeklagten befanden sich der spätere Bürgermeister Willy Dehnkamp und Hans Hackmack, der nach der Befreiung die Lizenz zur Herausgabe des WESER-KURIER erhielt.

Völlig entrechtet wurden im NS-Staat Bürger jüdischer Herkunft. Schon am 1. April 1933 war zu einem Boykott jüdischer Geschäfte aufgerufen worden. Dabei kam es zu zahllosen **Schikanen**. Auf einem über die Oldenburger Straße in Delmenhorst gespannten Spruchband konnte man 1935 lesen: „Juden betreten diese Stadt auf eigene Gefahr.“

In der von der SA organisierten Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938, die man ver-



harmlosend als **„Reichskristallnacht“** bezeichnete, wurden auch in Bremen jüdische Mitbürger verhaftet, misshandelt und ermordet. Aus München erteilte Bremens damaliger Bürgermeister, der SA-Gruppenführer Johann Heinrich Böhmecker den Befehl: „Sämtliche jüdische Geschäfte sind sofort zu zerstören. Nach der Zerstörung hat eine SA-Wache aufzuziehen, die dafür zu sorgen hat, daß keinerlei Wertgegenstän-

de entwendet werden können... Jüdische Synagogen sind sofort in Brand zu stecken... Die Feuerwehr darf nicht eingreifen... Der Führer wünscht, daß die Polizei nicht eingreift... Bei Widerstand sofort über den Haufen schießen.“

In der Synagoge an der Gartenstraße (heute Kolpingstraße) wurde ein Feuer gelegt, und das Gebäude brannte total aus. Das daneben liegende Rosenackhaus, das als Gemeindezentrum diente,

Zerborsten: die Eisenbahnbrücke, die Stephanibrücke, die Lüderitzbrücke (heute Große Weserbrücke) und die Kaiserbrücke (heute Bürgermeister-Smidt-Brücke). Bremens „Stadtkommandant“ hatte am 25. April 1945 alle Weserübergänge sprengen lassen, die nicht ohnehin schon zerstört waren, um den Vormarsch der britischen Truppen aufzuhalten.



wurde verwüstet. Zerstört und geplündert wurden ferner Geschäfte in der Innenstadt.

Auf dem Hof des Alten Gymnasiums trieben **SA-Leute** jene Juden zusammen, derer sie habhaft werden konnten. Am Morgen wurden dann 160 Männer zunächst ins Zuchthaus Oslebshausen gebracht und hernach zur Einschüchterung ins KZ Sachsenhausen abtransportiert.

Schlimmer erging es in dieser Nacht dem 67 Jahre alten Obermonteur Leopold Sinasohn. Er wurde in seiner Wohnung in Platjenwerbe erschossen. Seine Leiche verscharrte man auf einem Feld. In Burgdamm erschoss ein SA-Kommando den hoch angesehenen Sanitätsrat Dr. Adolph Goldberg (78) und dessen Frau Martha (65) in ihrem Schlafzimmer. In der Neustadt wurden der Produkthändler Heinrich Rosenblum (46) und Selma Zwienicki (56), die Frau eines Fahrradhändlers, umgebracht.

Für die Juden, die ab Oktober 1941 den gelben Davidsstern tragen mussten, gab es in Deutschland kein Entrinnen mehr. Im November 1941 wurden 440 Bremer Juden nach Minsk deportiert. Sie sind im Juli 1942 ermordet worden. Zur selben Zeit wurden die älteren der noch in Bremen verbliebenen jüdischen Bürger nach Theresienstadt gebracht und später einige in Auschwitz getötet. Von den 1933 im Land Oldenburg lebenden 841 Juden kamen etwa 400 bis 500 in den Vernichtungslagern um, allein 104 aus der Stadt Oldenburg, 51 aus Jever und mindestens 50 aus Delmenhorst.

Trotz aller **Gewaltexzesse** verhielt sich die Mehrheit großer Bevölkerungsteile loyal gegenüber der NS-Führung. Aber es gab durchaus Vorbehalte und Ablehnung. Für große Aufmerksamkeit sorgte zum Beispiel der so genannte Kreuzkampf in Südoldenburg. Am 4. November 1936 hatte der für Schulen und Kirchen zuständige oldenburgische Minister Julius Pauly angeordnet, dass in öffentlichen Gebäuden keine kirchlichen oder religiösen Symbole angebracht werden dürften und die

schon vorhandenen zu entfernen seien. Zumal im katholischen Südoldenburg reagierte die Bevölkerung darauf mit offenem Widerstand.

Unterstützt wurde sie bei allen Aktionen von ihrem Oberhirten Clemens August von Galen, dem Bischof von Münster. Dieser nach dem Krieg zum Kardinal ernannte Kleriker, der demnächst vom Papst selig gesprochen werden soll, wandte sich dann ab 1941 in Predigten auch gegen die im Geheimen betriebene **Euthanasie**, so dass sich der NS-Staat veranlasst sah, den Massenmord zu stoppen. Auch im „Kreuzkampf“ obsiegt die Katholiken. Röver musste den Erlass zähneknirschend zurücknehmen.

Mit der Religion hatte der Gauleiter sowieso wenig am Hut. Das Christentum bezeichnete er als vom jüdischen Geist verseucht; es sei „aus der Sch... geboren“, sagte er einmal zu dem Bremer Landesbischof Heinz Weidemann. Ausgerechnet dieser braune Protestant aber bemühte sich darum, alles Jüdische aus der Glaubenslehre zu tilgen und die Kirche dem **Führer** dienstbar zu machen. Sein Versuch, Ende 1937 ein neues Gotteshaus in Osterholz nach dem „**NS-Märtyrer**“ Horst Wessels zu benennen, scheiterte jedoch an Hitler persönlich. Der Bischofsdiktator Weidemann fügte sich widerwillig und ließ die Kirche als Dankeskirche einweihen: „aus Dankbarkeit gegen Gott für die wunderbare Errettung unseres Volkes vom Abgrund des jüdisch-materialistischen Bolschewismus durch die Tat des Führers“. So stand es auch auf einer in der Kirche angebrachten Tafel zu lesen. Noch vor dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ stolperte Weidemann über private Affären. Im Oktober 1944 wurde er wegen Anstiftung zum Meineid und Nötigung zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt.

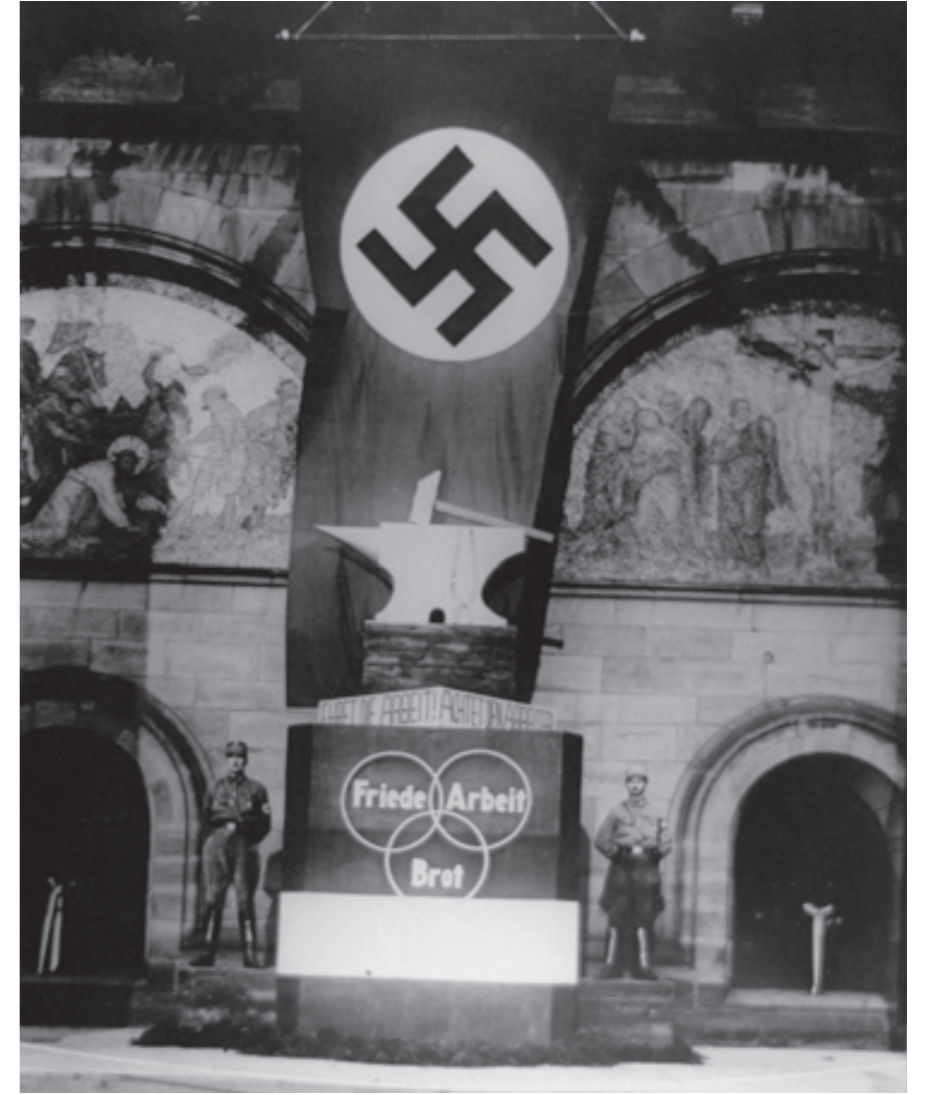
„Diesen Krieg verlieren wir mit Pauken und Trompeten“, soll Röver 1941/42 unter vier Augen zu einem guten Bekannten gesagt haben. Zu dieser Bemerkung gehörte wenig Scharfsinn, denn der Ausgang war absehbar.

Im Krieg hatte Bremen als **Rüstungsschmiede** besonders unter den alliierten Luftangriffen zu leiden, die Mitte 1942 begannen. Der schwerste Angriff ereignete sich in der Nacht vom 18. auf den 19. August 1944. Damals starben rund 1000 Einwohner, und fast 50 000 Menschen verloren ihre Wohnung. Walle, das Stephaniviertel und die Häfen wurden nahezu vollständig zerstört. Schließlich standen in der Innenstadt nur noch das Rathaus, der Roland und der Dom unversehrt da – wie durch ein Wunder.

Bis heute nicht aufgeklärt ist das Ende Carl Rövers. Der Gauleiter erkrankte im Mai 1942. Da er an Tobsuchtsanfällen litt, schaffte man ihn in sein Blockhaus bei Ahlhorn, das ihm 1936 vom **Reichsarbeitsdienst** geschenkt worden war. Dort randalierte er und verkündete den Anwesenden, er wolle ins Führerhauptquartier und im Anschluss nach England fliegen. Da sich Röver nur von seinem Heilpraktiker behandeln lassen wollte, begab sich Mitte Mai Hitlers Leibarzt Dr. Karl Brandt nach Ahlhorn. Brandt befahl dem Heilpraktiker die Verabreichung von Beruhigungsspritzen, die er selbst mitgebracht hatte. Röver erschien kurz darauf in der Halle des Blockhauses und kritisierte in einer Rede die deutsche Politik. Schon in einer undatierten Denkschrift, die vermutlich aus dem Jahr 1942 stammt, hatte Röver die **Parteibürokratie** gerügt und sich damit gegen Martin Bormann gestellt, der Hitlers rechte Hand in der Reichskanzlei war, aber auch gegen SS-Chef Heinrich Himmler.

Am 15. Mai wurde Röver in die Berliner Charité geflogen, in der er nach wenigen Stunden starb. Das NS-Regime gewährte ihm ein pompöses **Staatsbegräbnis**. Hans-Günther Thiele

Am 1. Mai 1933 hatten die Nazis am Bremer Dom einen „Altar der Arbeit“ errichtet. Im selben Jahr prangten antisemitische Schmierereien an jüdischen Geschäften auch in Bremen.



Hetzrede sieben Jahre danach

Treffen ehemaliger SS-Männer in Verden führte zum Eklat

Oktober 1952 in Verden. Sieben Jahre nach Kriegsende versammeln sich in der Allerstadt mehrere tausend Angehörige der ehemaligen Waffen-SS, willkommen heißen vom Bürgermeister. Vier Tage später schreibt Bundeskanzler Konrad Adenauer einen Brief. Darin drückt er sein Bedauern über Äußerungen des **Fallschirmjäger-Generals** Bernhard Ramcke aus, die europaweit für Schlagzeilen sorgen. In Frankreich und England befassen sich die Parlamente mit der Rede.

Das erste große Nachkriegstreffen der **„Hilfsgemeinschaft** auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS“ (HIAG), das vorgeblich dem Suchdienst des Deutschen

Als im Oktober 1952 ehemalige SS-Soldaten vor dem Verdener Rathaus aufmarschierten, schauten viele Einwohner interessiert zu.



Roten Kreuzes dienen sollte, war vom niedersächsischen Innenminister Richard Borowski (SPD) gebilligt worden. Über den Umfang der Versammlung gibt es unterschiedliche Angaben; manche Quellen berichten von 4000 bis 5000, andere gar von 7000 Teilnehmern aus Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Initiator war Herbert O. Gille, ein in Hannover lebender **SS-General** a. D.

Wie sich der HIAG-Aufmarsch am 25. und 26. Oktober gestaltete, geht aus britischen Dokumenten hervor, die der Verdener Historiker Joachim Woock ausgewertet hat. Darin berichtet ein Informant, dass die Stadt Verden das Treffen unterstützte, Massenquartiere zur Verfügung stellte, Straßen und Plätze schmücken wolle. Der britische Verbindungsoffizier in Verden meldet, dass sich eine „Gruppe einflussreicher Bürger“ der Aufforderung zur Beflagung widersetzt. Die Stadt selbst trägt dann zur Dekoration bei (vier Wochen später wird der Bürgermeister nicht wiedergewählt werden).

Zahlreiche Journalisten aus dem In- und Ausland beobachten das Treffen, gegen das sich nur wenig Protest geregt hat. Vereinzelt tauchen Schriftzüge auf, hinter denen die KPD vermutet wird: „Wir wollen keine SS-Banden“. Der Informant der Briten, ein Deutscher, schreibt vom ersten Tag der Zusammenkunft: „Um 20 Uhr versammelten sich circa 7000 Menschen auf dem Rathausplatz und den anstoßenden Straßen. Auf einem großen Lastwagenanhänger spielte das Verdener Trompetenorchester Horn **Märsche**, die vor allem von den Einhei-

mischen mit Jubel aufgenommen wurden. Der Bürgermeister Verdens sprach einige Begrüßungsworte.“

Nach Kameradschaftsabenden in „brechend vollen Sälen“ versammeln sich die ehemaligen SS-Männer am nächsten Morgen im Stadion. Der Informant hat die Lautsprecherdurchsagen notiert: „Bitte nach Divisionen antreten: LAH links (nie wurde Leibstandarte Adolf Hitler gesagt)...“

Ex-General Gille erklärt, dass das Wort „Kriegsverbrecher“ nicht auf die Soldaten der Waffen-SS zutrefte. „Wir sind keine **neofaschistische** Verschwörung“, die HIAG sei unpolitisch. Bernhard Ramcke hätte nur ein Grußwort der Fallschirmjäger überbringen sollen, stattdessen hält er eine fast halbstündige **Hetzrede**. Zettel, die ihn stoppen sollen, beachtet er nicht. Die schwarzen Listen der Gegner, auf denen die Tapferen gestanden hätten, würden vielleicht bald wieder Ehrenlisten sein, sagt der Ex-General. Und: Die wahren Kriegsverbrecher seien die Väter des Versailler Vertrages.

Zwar bemüht sich General a. D. Felix Steiner, Gründer und Chef der **SS-Division Viking**, noch um Schadensbegrenzung, indem er ein Bekenntnis zur Demokratie ablegt, doch der Eklat ist bereits perfekt. In Paris befasst sich die Nationalversammlung mit Ramckes Rede, im britischen Unterhaus löst sie ebenfalls Besorgnis aus. Zuvor hatte Bundeskanzler Adenauer bereits an den Hohen Kommissar der Briten in Deutschland geschrieben, um die Wogen zu glätten.

Das Nachrichtenmagazin „Spiegel“ weiß zu berichten, dass der Verband der ehemaligen Fallschirmjäger Ramcke ein einjähriges Redeverbot auferlegt hat. Rund drei Wochen nach Verden findet ein weiteres HIAG-Treffen in Gelsenkirchen statt. Dort versammeln sich am 16. November 1952 etwa 2200 Mitglieder der ehemaligen **Waffen-SS**. Anke Landwehr

Würmer im Essen

Der Heisenhof gehörte im Krieg zur Schießpulverfabrik Eibia



Soldaten bewachten die Zwangsarbeiter und russischen Kriegsgefangenen, die in der Schießpulverfabrik Eibia gefährliche Arbeit verrichten mussten.

Der Heisenhof, auf dem der Hamburger Neonazi Jürgen Rieger rassistische Fruchtbarkeitsforschung betreiben möchte, hat schon einmal unruhliche Zeiten erlebt. Während des Zweiten Weltkrieges waren hier die Verwaltung der **Schießpulverfabrik** Eibia und ledige deutsche Arbeiter untergebracht. Die eigentliche Produktion, für die überwiegend Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, fand auf einem nahe gelegenen Waldgelände statt.

Die Schießpulverfabrik „Eibia GmbH für chemische Produkte“ war eine Tochtergesellschaft der Sprengstofffabrik „Wolff & Co. KGaA Walsrode“. 1936 gegründet, wurden drei Werke gebaut: in Bomlitz, Dörverden und Liebenau. Die Gesamtbelegschaft bestand gegen Kriegsende aus etwa 15 000 Beschäftigten, davon waren etwa 80 Prozent Zwangsarbeiter – Männer wie Frauen.

Als kleinstes Werk nahm die Anlage in Dörverden-Barne 1941 die Produktion auf. Auf 385 Hektar Waldgelände standen 273 Gebäude, einige davon unterirdisch, mit einem Erdwall umgeben oder mit auf den Dächern angepflanzten Bäumen getarnt. In der Fabrik wurden pro Jahr rund 2000 Tonnen Nitrocellulose-Pulver und, ab 1943, 50 bis 300 Tonnen des arsenhaltigen Kampfstoffes Adamsit hergestellt.

In Barne arbeiteten zirka 1800 Menschen, darunter etwa 100 sowjetische Kriegsgefangene. Sie waren auf dem Firmengelände untergebracht - zuerst im **„Zodflager“**, später in Lagerhäusern. 31 von ihnen überlebten die Strapazen nicht. Sie wurden in der Nähe ihrer Unterkunft verscharrt und erst nach dem Krieg umgebettet.

Die rund 1000 Zwangsarbeiter aus 18 Nationen lebten eng zusammengepfercht in Steinbaracken im Dörverdener **„Steinlager“**. Von den 59 Kindern aus fünf Nationen, die im Entbindungsraum der Sanitätsstation zur Welt kamen, starben 27.

Auch bei Arbeitsunfällen in der Fabrik kamen Menschen ums Leben. Im Oktober 1942 flog ein Gebäude in die Luft, ein nebenstehendes Gebäude geriet in Brand. Dabei wurden vier Ukrainerinnen, eine Französin, ein Ukrainer und ein Serbe getötet. Unter dem Datum vom 20. Mai 1944 vermerkte die Behörde lapidar: „Explosion von Zellulosestaub. Ein Toter, fünf Schwerverletzte. **Kein Produktionsausfall**.“ Insgesamt starben in Dörverden 39 ausländische Zivilarbeiter.

Besonders die osteuropäischen Zwangsarbeiter bekamen wenig zu essen, während die

„Westarbeiter“ von ihren Familien und dem Roten Kreuz aus den Heimatländern gelegentlich Pakete mit Nahrung und Kleidung erhielten.

Jahrzehnte später berichteten Zeitzeugen aus der Ukraine, wie es ihnen damals erging. Anna Butman: „Warmes Essen gab es nur einmal täglich nach der zwölfstündigen Arbeit. Pro Woche erhielten wir 400 Gramm Brot, 40 Gramm Margarine und 50 Gramm Zucker... Durch die Nitro-Dämpfe wurde ich häufig ohnmächtig. Dann wurde ich mit kaltem Wasser übergossen. Weil ich erst 14 Jahre alt war, wurde ich dann als Reinemachefrau ins Lager versetzt.“

Annas damals 17-jährige Schwester Taisija Vysockaja: „Eines Tages gab es eine Explosion in der Fabrik, bei der vier Mädchen aus dem Gebiet von Mykolajiv ums Leben kamen. Um sie zu bestatten, gab uns die Verwaltung einen großen Holzkasten, in den das gelegt wurde, was von den Menschen übrig geblieben war – Köpfe, Teile von Armen, Stücke des Rumpfs. Sie wurden auf dem Friedhof von Dörverden beerdigt. Es gab einen Trauerzug. Hinter uns gingen Schüler. Sie trugen saubere, tabakfarbene Shorts und Hemden. Sie spuckten uns an und schrien: **„Muffische Schweine!** Russische Scheiße!“

Klavdija Puzyrevskaja wurde mit 19 Jahren deportiert: „Oft waren Würmer im Essen... Uns halfen oft die Ausländer im Lager, die uns Essen zuwarfen. Auch Deutsche warfen Lebensmittel über den Zaun. Ein deutscher Meister wollte mit mir ein Verhältnis anfangen, ich ging aber nicht darauf ein. Er schlug mich und drohte mir, mich in ein **Konzentrationslager** zu schicken.“

Die meisten Eibia-Gebäude sind durch die britischen Militärbehörden gesprengt worden. Auf einem Teil des Produktionsgeländes wurde 1958 die inzwischen aufgelöste „Niedersachsen“-Kaserne errichtet. Das Gelände ist heute im Besitz der IVG Management GmbH.

Joachim Woock

Überleben wie durch ein Wunder

Die Familie Abraham fand in dem kleinen Dorf Bockel Schutz vor der Judenverfolgung



Das Gut der von Hammersteins in Bockel.

Der Herr Abraham hat gerne Geige gespielt, daran können sich die Nachbarn noch erinnern. Auch dass er immer ein wenig verängstigt wirkte, aber das ist kein Wunder, denn August Ephraim Abraham musste ständig fürchten, **abgeholt** zu werden.

Er war Jude von Herkunft und lebte mit seiner Familie während der letzten beiden Nazi-Jahre versteckt in einem kleinen Dorf bei Rotenburg. Alle dort wussten von ihm, und keiner hat ihn **verraten**. Wie durch ein Wunder haben die Abrahams überlebt. Heute erst wird ihre Geschichte bekannt: ein wohl einzigartiger Fall von Mut und Menschlichkeit im nationalsozialistischen Deutschland.

Streiche ausgeheckt und alles das getan, was Kinder eben so tun. „Großartig Gedanken gemacht haben wir uns damals nicht“, erzählt die 67-Jährige. Das Klima im Dorf sei sehr familiär gewesen und waschechte Nazis – „nein, die gab es bei uns nicht, höchstens mal einen **Bauernführer**“, sagt sie.

Das war ungewöhnlich für die sonst so tiefbraune Gegend zwischen Rotenburg und Zeven. Lange vor der Machtübernahme im Reich hatte die nationalsozialistische Partei dort große Erfolge erzielt. Bei der letzten Reichstagswahl im März 1933 lag die Zustimmung in manchen Dörfern bei über 80 Prozent. Damit einher ging ein ausgeprägter und sofort auch **militanter Antijemitismus**. Die Juden wurden angefeindet, ihre Geschäfte boykottiert, und wer sich nicht fügte, musste sehr früh schon mit Schlimmerem rechnen. Einen ersten Höhepunkt erreichte die Gewalt in der so genannten „Reichskristallnacht“ am 9. und 10. November 1938. Am Ende stand für die Juden in Zeven und Umgebung Vertreibung und Mord.

Die Abrahams waren 1944 aus Bremen nach Bockel gekommen, geflüchtet vor den **Schergen** der Nazis. August Abraham hatte zu der Zeit schon keine Arbeit mehr. Er musste seine Stelle als Schlosser in einem Betrieb in der Bremer Neustadt aufgeben, obwohl er eigentlich noch gebraucht wurde. „Ich kann dich nicht mehr schützen“, hatte sein Chef ihm gesagt.

Es wurde dramatisch eng damals. Die Mutter von August Abraham, seine drei Brüder und eine Schwester waren bereits **deportiert** worden. Sie gehörten zum Transport vom 18. November 1941, als 440 jüdische Bürger aus Bremen von den Nazis ins Vernichtungslager nach Minsk verschleppt wurden. Weil August Abraham mit einer Frau verheiratet war, die keine jüdischen Wurzeln hatte, blieb er von dieser Reise in den sicheren Tod vorerst verschont. Doch das konnte sich täglich ändern, und tatsächlich sind später auch solche Juden deportiert worden, die einen, wie die

Nazis es nannten, **arischen Ehepartner** hatten. Darunter drei weitere Schwestern von August Abraham, die im Februar 1945 ins Konzentrationslager nach Theresienstadt kamen, dort aber gerade noch rechtzeitig befreit werden konnten.

Ein Feuer in dem Haus, das die Abrahams im Bremer Stephaniviertel bewohnten, und der Tod eines Menschen brachten der Familie die entscheidende Chance. Das Opfer des Brandes, ein allein stehender Schneidermeister, der in der Dachkammer gelebt hatte, wurde gegenüber den Behörden als August Abraham ausgegeben. Die **Gejapo** ließ sich hinter das Licht führen und strich Abraham von ihrer Liste. Er musste verschwinden und setzte sich mit seiner Familie nach Bockel ab, weil er dort wieder auf die Unterstützung seines ehemaligen Chefs bauen konnte, der in der Nähe einen zweiten Betrieb unterhielt.

Doch wie vor den Behörden unentdeckt bleiben? Das ging nur mit Hilfe der Dorfbewohner. Die Familie von Hammerstein nahm die Abrahams unter ihre Fittiche, und die anderen Bockeler zogen wie selbstverständlich mit. Der Arbeitgeber von August Abraham ging das Wagnis ein, ihn im benachbarten Mulmshorn unter falschem Namen weiter zu beschäftigen. Später konnte sich sein Schützling revanchieren. Der Unternehmer wurde nach Kriegsende verhaftet, weil er Rüstungsgüter produziert hatte und dazu auch Mitglied der **nationalsozialistischen** Partei war. Abraham legte ein gutes Wort für ihn ein und erreichte die Freilassung.

Gerda Eckhoff, noch jemand aus Bockel, die sich erinnern kann, hat das Schlusskapitel dieser tragischen und zugleich glücklichen Geschichte

aufgeschrieben: „Das Kriegsende erlebte die Familie Abraham im Keller des Hauses der Witwe Gesche Eichholz in Bockel. Als englische Soldaten den Keller nach deutschen Männern durchsuchten, bekannte sich Herr Abraham zum Judentum.“

August Abraham kann seine Geschichte und die seiner Familie nicht mehr erzählen. Er ist 1969 im Alter von 65 Jahren gestorben. Seine Frau Marie hat bis 1985 gelebt und ist 82 Jahre alt geworden. Sohn Karl starb mit nur 14 Jahren im Februar 1945 nach einem Tieffliegerangriff. Anni, die älteste Tochter, und Hannelore, die Pflegetochter, leben heute in Bremen. Die Mutter von Hannelore und ihr Vater, ein Bruder von August Abraham, sind im **Vernichtungslager** in Minsk ermordet worden. Hedwig Abraham schließlich, die 1938 geborene jüngste Tochter, führt heute den Namen Sara-Ruth Schumann und ist Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Oldenburg. Als ihr vor drei Jahren das Bundesverdienstkreuz verliehen wurde, kam die Geschichte mit Bockel heraus.

Viele Details lassen sich nach sechs Jahrzehnten nur noch vage rekonstruieren, weil es so gut wie keine Aufzeichnungen gibt. Doch da

sind die Töchter, die sich erinnern, und die drei Frauen aus Bockel, die Kontakt zu den Abrahams hatten. Sara-Ruth Schumann hat diese Frauen besucht. Gemeinsames Kaffeetrinken auf Gut Hammerstein. Es wurde viel gelacht, als nach und nach die Kindheitserinnerungen hochkamen. Fast konnte man meinen, sie alle hätten eine unbeschwerte Zeit gehabt, auch Sara-Ruth. Nur kurz zwischendurch ein paar stillere Momente, wenn das Gespräch dann doch mal auf **Verfolgung** und **Mord** kam oder auf den **Antijemitismus**, der für die Abrahams nach den Schilderungen der jüngsten Tochter mit der Befreiung vom Nationalsozialismus noch längst nicht ausgestanden war.

Dass die heute 67-jährige Frau überhaupt noch einmal nach Bockel zurückgekommen ist, war ein schwerer Schritt. Jahre vorher hatte sie es schon einmal versucht, musste den Besuch aber abbrechen, weil die Erinnerungen sie überwältigt hatten. Sara-Ruth Schumann wollte, wie sie sagt, in Gegenwart und Zukunft leben und sich nicht mit den Schrecken der **Vergangenheit** beschweren. Jetzt war sie aber doch froh, ihre Spielkameradinnen von damals wieder getroffen zu haben. Es wird nicht das letzte Mal gewesen sein.

Jürgen Hinrichs



Wiedersehen in Bockel:
Sara-Ruth Schumann, Gerda Eckhoff,
Hildur von Marschall und Elfriede Henke
(von rechts).

Das gestohlene Leben

Wie Hitler Ruth und Martin getrennt hat – mehr als 60 Jahre lang



Martin hält Ruths Hand, die ganze „Aida“ lang. Das Paar im Publikum der Leipziger Oper, es ist jung und sehr verliebt. Am 11. April 1936 ist das gewesen, so hat Ruth es sich in ihr Reclam-Heftchen mit den „Aida“-Texten notiert. Am 9. April 2004 waren die beiden wieder in der Leipziger Oper und haben die „Aida“ gehört. Dazwischen liegen 68 Jahre, ein ganzes Menschenleben, beinahe jedenfalls. Aber das haben die beiden nicht gemeinsam gelebt. **Adolf Hitler** hat ihren Traum von einer gemeinsamen Zukunft zerstört.

„Die von Ihnen erbetene Genehmigung zur Eheschließung mit dem **deutschblütigen** Staatsangehörigen Martin Hauser* wird versagt. Die Entscheidung ist endgültig.“ Das Schreiben des Kreishauptmannes zu Leipzig vom 11. Mai 1938 traf Ruth und Martin wie ein Schlag. Die Augen der alten Frau blicken noch heute traurig, wenn sie in ihrer kleinen Mietwohnung im Leipziger Stadtteil Dölitz von diesen Tagen

erzählt. 91 Jahre ist Ruth Mählmann*, geborene Jellinek*, jetzt alt. Martin Hauser, der seit 1958 in Bremen lebt, hat seinen 90. Geburtstag im August 2004 gefeiert.

Die junge Ruth und ihr Verlobter Martin wollen die Entscheidung des „Kreishauptmannes zu Leipzig“ nicht akzeptieren. Sie reichen Gnadengesuche ein und zitieren Zeugen. Die sagen aus, wie rechtschaffen Ruth ist. Und – wie wenig jüdisch. Denn 1935 haben die Nürnberger Rassegesetze die Buchhändlerin zum „**Mischling ersten Grades**“ erklärt:

Ruths Mutter war Jüdin. Tochter einer Familie aus Budapest, die 1890 nach Leipzig zog. Akribisch recherchiert Ruth ihre Familiengeschichte, um die **raffinierte Wissensgier** der Nazi-Behörden zu stillen. Sie betont, dass ihre Mutter starb, als sie, Ruth, erst sechs Jahre alt war. Dass ihre evangelischlutherische Stiefmutter sie christlich erzogen hat. Ruth liebt ihren Martin und will mit ihm eine Familie gründen.

Ruth und Martin im Sommer 1938: Sie waren verliebt, sie hatten sich verlobt, sie wollten heiraten. Sie durften nicht. Ruth und Martin heute: Nach mehr als 60 Jahren hat das Paar sich wiedergefunden.

Die alte Frau streicht über das Klavier, das an der Wand in ihrem Wohnzimmer steht. Auch wenn es sich schon lange nicht mehr stimmen lässt, sie hat sich nie von ihm getrennt. Ein Andenken an ihre Mutter, die sich 1919 das Leben genommen hat. „Keiner weiß, warum“, sagt Ruth Mählmann. Neben dem Klavier hängt ein altes Bild. Es zeigt die „Frühlingstraße“ in Garmisch. Auch dieses Bild ist schon viele Jahre alt. Ihr Verlobter hat es ihr 1935 zu ihrem 22. Geburtstag geschenkt.

Die junge Ruth muss ihrem „**Gegenehmigungsantrag**“ ein Foto von sich im Badeanzug beilegen. Die Nazis in ihrem

Rassenwahn wollen genau nachsehen, ob diese Frau, die einen „Deutschblütigen“ heiraten will, „irgendwie jüdisch aussieht“. Der junge Martin schreibt an den Reichsinnenminister: „Ist der Nationalsozialismus nicht schon oft großzügig gewesen? Muß er gerade bei uns haltmachen?“, schmiert er den Nazis Honig ums Maul. Er liebt seine Ruth und will mit ihr eine Familie gründen.

Ruths Vater schließlich wendet sich im Juli 1938 an die „**Abteilung für Gnadenfachen**“ in Hitlers Führerhauptquartier. „Nach den Angaben der Ärzte hat meine Tochter nicht die geringsten Merkmale einer anderen Rasse“, fleht er. Er verweist auf seine Verdienste im Ersten Weltkrieg. „Oft hat es geheißen, der Dank des Vaterlandes ist uns gewiß. Jetzt hätte ich ihn nötig!“ Aber Hitlers Vasallen bleiben hart.

Ruth Mählmann holt tief Luft. „Gott, wie haben wir uns damals klein gemacht.“ Sie mag sich nicht mehr erinnern „an diese Barbarei – und an die ewige Angst“. Daran, wie die **Gestapo** sie einbestellt hat. Sie habe sich von ihrem Verlobten zu trennen, sagt der Gestapo-Mann. Falls sie mit ihm „in wilder Ehe“ lebe, hätten beide mit „staatspolizeilichen Maßnahmen“ zu rechnen. Es bleibt nicht das einzige Mal, dass die junge Frau zu Hitlers gefährlichen Spitzeln muss.

Auch Martin haben sie im Visier. Sein Vater kommt eines Tages aufgeregt in die Firma, in der der junge Mann als Versicherungskaufmann arbeitet. „Du musst damit rechnen, dass sie dich holen“, warnt er seinen Sohn. Die Gestapo hat Martins Zimmer im Elternhaus durchwühlt. Zwei Männer, einer in Zivil, der andere in Uniform. Der Zivile liest dem Uniformierten aufgebracht aus Martins Tagebuch vor. Doch der wiegelt ab. „Ich hatte damals wohl großes Glück“, sagt Martin Hauser heute.

Anfang 1942 verlieren sich Ruth und Martin aus den Augen. „Ich habe mich von Ruth getrennt“, gibt der 90-Jährige zu. „Ich hatte Angst.“ Sein Chef, der ihm auch ein väterlicher Freund ist, hat dem jungen Martin damals zur



Trennung geraten. „Junge“, sagt er, „du bringst dein Mädchen ins **Konzentrationslager** und dich in die Strafkompagnie.“

Ruth ist allein. Martin muss in Hitlers Krieg ziehen. Erst nach Frankreich, später wird seine Kompanie nach Russland verlegt. Er wird nicht zurückkommen, auch wenn er diesen Krieg überlebt. Jedenfalls nicht zu ihr. Ruth leidet. Und sie hat Angst. Ihr Bruder wird als „**wehrunwürdig**“ aus der Wehrmacht entlassen, er muss für die berüchtigte „Organisation Todt“ arbeiten. Sie selbst darf längst nicht mehr als Buchhändlerin tätig sein. In einem Leipziger Rüstungsunternehmen findet Ruth eine neue Stelle.

Ihr neuer Chef stellt viele „**Mischlinge**“ ein. Heute nennt Ruth Mählmann ihn einen „wunderbaren Menschen“, einen „Schindler im Kleinen“. Er kommt bei einem der letzten Bombenangriffe auf Leipzig 1945 ums Leben. „Nach dem Krieg machen sie Seife aus uns“, haben Ruth und ihre jüdischen Kollegen damals gesagt. Dann ist der

Krieg tatsächlich vorbei, Hitler hat ihn verloren. Ruth und ihre Familie haben überlebt. „Ich hatte damals großes Glück“, sagt die alte Frau. Aber ihre Stimme klingt traurig.

Als Martin 1945 aus dem Krieg heimkehrt, findet er eine Anstellung in Düsseldorf. Er lernt seine spätere Frau kennen. 1950 heiraten die beiden. Nein, an Ruth hat er in diesen Nachkriegsjahren nicht oft gedacht. „Man hatte andere Sorgen“, sagt Martin Hauser, der heute Witwer ist. „Zum Beispiel, wo es Lebensmittel gibt.“

1958 versetzt seine Firma ihn nach Bremen, ruhigere Zeiten brechen an. Zeiten, in denen ihm seine ehemalige Verlobte immer mal wieder in den Sinn kommt, und er hat ein **schlechtes** Gewissen. Doch da ist er ja längst verheiratet und hat zwei Töchter.

Auch Ruth hat Martin nach dem Krieg nicht gesucht. „Ich war doch froh, als ich die Trennung überwunden hatte“, sagt sie. 1948 heiratet auch sie einen anderen Mann, er stirbt 1965. Ruth kehrt

Die „Nürnberger Gesetze“

NSDAP goss Rassenwahn in Paragrafen

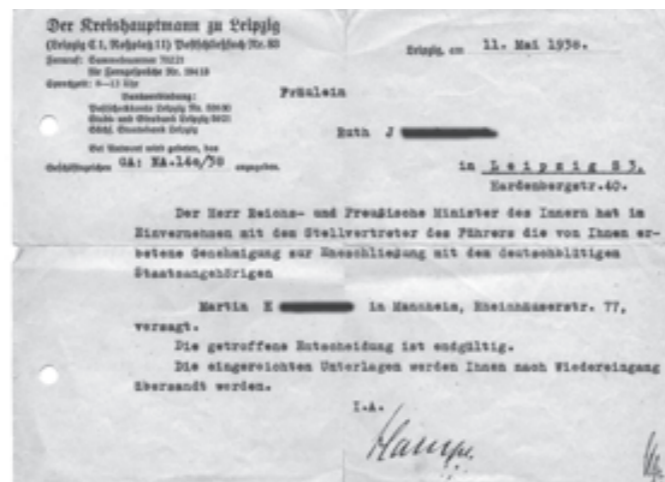
in ihren Beruf zurück, später arbeitet sie im Lektorat eines Verlages.

„Der kleine Rosengarten“ hat Ruth Mählmann durch all die Jahrzehnte begleitet. Dabei gehört ihr das Büchlein mit Versen von Hermann Löns gar nicht, es ist nur geliehen. 1941 muss Martin es ihr wohl gegeben haben, kurz bevor sie ihre Verlobung lösten. Vor wenigen Monaten hat sich die alte Frau doch noch von dem Band getrennt. Leichten Herzens. Nach mehr als 60 Jahren konnte sie ihn seinem Eigentümer zurückgeben.

Martin Hauser in Bremen erinnert sich sofort, als er im Sommer 2002 einen kurzen Brief bekommt. „Lieber Martin“, steht darin, „Freunde, denen ich aus meinem langen Leben berichtete, boten sich an, nach Deiner Adresse zu forschen, und hatten Erfolg. So schicke ich nun diesen Brief auf die Reise und frage an, ob noch Interesse an dem Bändchen ‚Der kleine Rosengarten‘ besteht – und wie mehr als ein halbes Jahrhundert an Dir vorüber gegangen ist. Grüße aus Leipzig von Ruth Mählmann, geb. Jellinek.“

Silvester 2003 haben Martin Hauser und Ruth Mählmann sich zum ersten Mal wieder gesehen. Mit einem mulmigen Gefühl ist Martin in Leipzig angekommen. „Wir wussten ja nicht, ob wir uns überhaupt noch sympathisch sind“,

Aus der Traum von einem gemeinsamen Leben: Die Nazis verboten Ruth und Martin die Ehe.



lächelt der Bremer. Aber das Eis ist schnell gebrochen. Noch am Bahnhof kauft er Ruth einen Strauß Rosen. Zu seinem Geburtstag soll sie ihn besuchen. Martin schaut Ruth fragend an. Die will „erst einmal eine ordentliche Einladung bekommen“. Die beiden necken sich. Fast wie ein altes und glückliches Ehepaar. Vielleicht wäre das aus ihnen geworden, **wenn...** Resolut wischt die sonst so sanfte Frau solche Gedanken weg. „So darf man nicht denken.“

Das alles sei doch gar nicht der Rede wert, meint Ruth Mählmann. Ihr Leben, das sie „ganz gewöhnlich“ findet. Ein Leben, das ein anderes hätte sein können. Auch wenn die bescheidene Frau in ihrer kleinen Wohnung in einem dieser vielen Mietblocks in Dölitz darüber nicht nachdenken will. Vergessen und vorbei. „Aber schön“, sagt sie, „schön ist es doch“, dass sie ihren Martin nach all den Jahren wiedergefunden hat.

Christine Kröger

*Namen geändert.



Der Nürnberger Parteitag der NSDAP verabschiedete am 15. September 1935 das „Blutschutzgesetz“ und das „Reichsbürgergesetz“. Das „Blutschutzgesetz“ verbot Eheschließungen zwischen Nicht-Juden und Juden sowie außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen ihnen. Zuwiderhandlungen wurden mit Gefängnis oder Zuchthaus bestraft.

Das „**Blutschutzgesetz**“ als Ausfluss der nationalsozialistischen Rassenkunde teilte Menschen in Angehörige „höher- und minderwertiger Rassen“ ein. Das Blut galt als Träger dieser „Rasseneigenschaften“.

Das „**Reichsbürgergesetz**“ machte alle deutschen Staatsangehörigen jüdischen Glaubens oder mit Großeltern jüdischen Glaubens zu Menschen mit eingeschränkten Rechten. Als „**Vollljude**“ galt, wer mindestens drei jüdische Großeltern hatte. „**Salbjud**“ oder „Mischling ersten Grades“ war, wer von zwei jüdischen Großeltern abstammte. Zum „**Vierteljude**“ oder „Mischling zweiten Grades“ machte das Gesetz Menschen mit einem jüdischen Großelternanteil.

Zum „Reichsbürgergesetz“ ergingen insgesamt 13 Durchführungsverordnungen sowie viele Erlasse und Bestimmungen. Bis ins Einzelne und in den privaten Bereich hinein wurden Arbeits- und Lebensbedingungen der jüdischen Bürger und ihrer Abkömmlinge eingeschränkt.

Christine Kröger



Dunkle Zeiten: In Nürnberg hielt Hitlers NSDAP von 1933 bis 1938 alljährlich ihren „Reichsparteitag“ ab. 1935 beschloss der Parteitag die rassistischen „Nürnberger Gesetze“.

Warum Erinnerung notwendig ist

Ein Gastbeitrag von Hans Koschnick

Gelegentlich sagen mir Menschen, man solle die **Zeit zwischen 1933 und 1945** doch endlich ruhen lassen oder den Historikern überlassen. Sie seien es leid, sich schuldig zu fühlen – für Taten, die Angehörige früherer Generationen begangen haben. Je mehr ich aber merke, dass in Teilen der deutschen Bevölkerung Einstellungen und Gedanken an Kraft gewinnen, die Fremdes oder jüdische Mitbürger ablehnen, je öfter ich sehen muss, dass Behinderte oder Menschen, die wohnungslos geworden sind, im einen oder anderen

Teil unseres Landes nicht mehr die Chance haben, als Mitbürger akzeptiert und respektiert zu werden, umso sicherer bin ich, dass die Erinnerung an die Geschehnisse jener Zeit nicht dem Verdrängen oder Vergessen anheim fallen dürfen.

Seit einiger Zeit etabliert sich die NPD höchst erfolgreich in einzelnen Regionen der Bundesrepublik. Das Wahlergebnis in Sachsen zeigt dies besonders deutlich. Der hohe Anteil, den die Partei unter den Erst- und Jungwählern

erzielt hat, zeigt, dass es der NPD offenbar regional gelungen ist, sich die **kulturelle Dominanz** in Schulen, Jugendverbänden und Jugendarbeit zu sichern.

Es wäre falsch zu glauben, wir hätten es mit einem auf Ostdeutschland oder auf abweichendes, jugendliches Verhalten begrenzten Problem zu tun. Nach einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen können sich bundesweit sechs Prozent aller Wahlberechtigten vorstellen, ein **Bündnis aus NPD und DSU** zu wählen – damit säßen Extremisten im Bundestag.

Der erstarkte Rechtsextremismus ist eine Warnung für alle Bürger der Bundesrepublik. Und genau wie öffentlich geführte Diskurse, die latente **Alltagsraffismus** und der Ausgrenzung von Minderheiten Vorschub leisten, ist eine Haltung, die Meinungsfreiheit und Toleranz mit Gleichgültigkeit gleichsetzt, Wasser auf die Mühlen rechter Menschenfänger. Der Rechtsextremismus bezieht einen großen Teil seiner Kraft aus der stillen Zustimmung weiter Teile der Bevölkerung und aus der Gleichgültigkeit anderer Teile der Bevölkerung. Wo der Rechtsextremismus stark ist, ist die Demokratie schwach.

Es erfordert sehr viel Aufwand, hier Überzeugungsarbeit zu leisten. Denn in Deutschland gibt es Regionen, in denen demokratische Werte kaum verankert zu sein scheinen. Stattdessen ist in Teilen der Gesellschaft ein „ideologischer Flickenteppich“ erkennbar. Er setzt sich zusammen aus Fremdenangst, **völkischem Denken**,



*Der Wahnsinn kam in Massen:
die Wehrmacht unter dem Hakenkreuz.*



Sie waren die letzte „Truppe“, die die Nazis um Bremen kämpfen ließen: Kinder, denen die Angst ins Gesicht geschrieben steht.

Autoritarismus, allgemeinen Ungleichwertigkeitsvorstellungen und einer stark ausgeprägten Neidkultur. Ökonomische Perspektivlosigkeit, hohe Arbeitslosigkeit, starke Landflucht beziehungsweise Wegzug der mobilen, jungen und besser Qualifizierten, Schulschließungen, Beschränkung der Jugendarbeit und die individuell eher negativ bewertete Erfahrung der Nachwendzeit ergeben eine Gemengelage, die diese Menschen der Demokratie gegenüber skeptisch macht.

Wie gut der organisierte Rechtsextremismus mit populistischer Agitation Akzeptanz und

Sympathie gewinnt, ist an der inzwischen über zwei Generationen stabilisierten rechten Jugendkultur zu erkennen. Sie ist geprägt von einer sehr modern und wirtschaftlich organisierten rechten **„Kulturindustrie“**, die über den Vertrieb und Verkauf von Magazinen, Kleidung, Tonträgern und vor allem durch die Veranstaltung von Konzerten Ideologie liefert. Das verbindende Element ist eine allgemeine Fremdenfeindlichkeit; Hass auf Ausländer und Andersdenkende ist hier normal; Gewalt gilt als attraktive „Lösung“. Die Jugendlichen verstehen sich häufig als völkische Avantgarde, die etwas ändert.

Die Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, deren Vorsitzender ich lange war und mit der ich nach wie vor eng verbunden bin, bemüht sich seit mehr als zehn Jahren intensiv, dem Rechtsextremismus entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen. Ein wesentlicher Teil der Arbeit besteht darin, die Geschehnisse der nationalsozialistischen Vergangenheit nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Gerade angesichts der oben beschriebenen Situation ist die Aufmerksamkeit dafür zu schärfen, wie es zu den unvorstellbaren Verbrechen des Nationalsozialismus kommen konnte. Es gilt, aus Fehlern und Versäumnissen jener Zeit zu lernen und nachfolgenden Generationen zu zeigen, wie **verführbar** und schwach der Mensch sein kann.

Die Weimarer Republik ist 1933 nicht untergegangen, weil die NSDAP so stark war, sondern weil nicht genügend Menschen in unserem Lande für die Demokratie, die Verfassung, die Republik und die Menschenrechte eingetreten sind. Daher muss man sich auch heute noch erinnern – und darüber nachdenken, was heute und morgen und übermorgen zu tun ist, damit sich ein solches staatsbürgerliches Versagen nicht wiederholt. Es gibt verschiedene Wege, diese Aufgabe zu bewältigen. Ein Weg ist, die Menschen daran zu erinnern, was damals geschehen ist.

Es geht uns nicht darum, Betroffenheit zu erzwingen oder Schuld zuzuweisen, sondern es geht um Erinnerung im Sinne Lessings: Erinnerung soll nicht das Gedächtnis belasten, sondern den Verstand erleuchten. Inzwischen sind viele dieser Ereignisse aufgearbeitet. Dennoch: Wir müssen weiter mit aller Kraft in Schule, Gesellschaft und Staat Gewissensschärfung betreiben, Erinnerung lebendig halten – und Ziele für morgen definieren, die auf ein anderes mitmenschliches Zusammenleben gründen.

Mit der Erinnerung können wir der jungen Generation zeigen, was es bedeutet, wenn Menschen **nicht mehr geachtet** oder gar massenhaft ermordet werden. Und sie kann begreifen:

Wenn das damals möglich war, könnte es wieder geschehen. Denn nichts auf der Erde ist unwiederholbar.

Ich bin mir darüber im Klaren, dass die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust in Schule und außerschulischer Bildung keineswegs „automatisch“ zur Einsicht führt, rechtsextreme, fremdenfeindliche, rassistische und **antijemitische** Haltungen und Einstellungen abzulehnen. Denn jede Auseinandersetzung mit Geschichte findet auf der Grundlage der eigenen politischen und moralischen Orientierungen statt. Diese können durch historische Wissensvermittlung ebenso wenig direkt beeinflusst werden wie durch gegenwartsbezogene Informationen und Argumente. Hinzu kommt, dass der Rechtsextremismus in seiner jugendkulturellen Ausprägung in erster Linie eine Auseinandersetzung mit aktuellen Lebensbedingungen ist – auch wenn in Symbolik und Sprache auf den historischen Nationalsozialismus zurückgegriffen wird.

Die Erinnerungsarbeit in der von mir beschriebenen Tradition stößt hier an ihre Grenzen. Dennoch kann man auch Jugendliche, die Angebote der historisch-politischen Bildung ablehnen, pädagogisch erreichen. Es kommt darauf an, wie man Kenntnisse über die nationalsozialistische **Vergangenheit** vermittelt. Manchen Jugendlichen fehlt ein entwickeltes moralisches und historisches Bewusstsein. Ein Appell an oben erwähnte politische, soziale und ethische Normen verfehlt diese Zielgruppe häufig und erstarrt zu kontraproduktiver „Betroffenheitspädagogik“. Gerade wer Respekt und Achtung gegenüber den Opfern fordert, sollte an die konkrete Erfahrungs- und Lebenswelt der Jugendlichen anknüpfen.

Die Jugendlichen müssen durch entdeckendes und erforschendes Lernen die Mechanismen erkennen, die Menschen zu überzeugten Nationalsozialisten oder zu **Mitläufern** gemacht haben. Eine alltagsgeschichtliche Sicht auf die Ereignisse hilft Jugendlichen mehr als Daten und

Fakten aus Geschichtsbüchern. Ihnen muss klar werden, dass beispielsweise die Verführbarkeit der Masse und die Neigung zu unreflektierter Anerkennung von Symbolen nichts ist, was es in der Vergangenheit einmal gab, sondern dass der Mensch in seiner Unvollkommenheit jederzeit wieder verführbar ist. Ein Vergleich der Wirkung von Lichteffekten bei Rockkonzerten mit dem Lichtdom von Albert Speer ist ein methodisches Beispiel unter vielen.

Die Kontrastierung spezifischer Erfahrungen mit historischem Wissen, ein kontinuierliches, zuverlässiges Gesprächsangebot und die uneingeschränkte Bereitschaft zum offenen Dialog kann Jugendliche zu einer verinnerlichten und handlungsleitenden Erkenntnis führen. Dabei darf man die Auseinandersetzung mit dem **Nationalsozialismus** allerdings nicht als abschließbaren Prozess verstehen. Erinnerungsarbeit bedeutet nicht nur Vergangenheitsbewältigung, sondern die mühsame Entwicklung eines eigenständigen Verhältnisses zur Geschichte.

Wir, die Mitglieder der Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, wollen dazu beitragen.

Der Autor: Bremens ehemaliger Bürgermeister Hans Koschnick war bis November 2004 Vorsitzender der Vereinigung „Gegen Vergessen – für Demokratie“. Informationen zu der Vereinigung gibt es unter der Adresse: Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Stauffenbergstraße 13–14, 10785 Berlin, oder im Internet www.gegen-vergessen.de.



Am Ende des Nazi-Wahnsinns: Bremen kaputt – wohin der kleine Junge auch blickt.



Diese Publikation haben unterstützt:

Bremische Bürgerschaft

Landeszentrale für politische Bildung, Bremen

PAPP Werbeagentur, Bremen

Berlin-Druck, Achim

Buchbinderei Düdden & Runge, Bremen

Impressum:

Herausgeber und Verlag: Bremer Tageszeitungen AG

Texte: Christine Kröger, Anke Landwehr, Hans-Günther Thiele, Jürgen Hinrichs, Andrea Röpke, André Aden, Lena Wendte, Joachim Woock

Fotos: Recherche-Nord, Bernd Karwasz, agentur attenzione, Andrea Röpke, Lena Wendte, Wiebke Stegmann, Anke Landwehr, Jürgen Hinrichs, Christine Kröger, Hans-Henning Hasselberg, Jochen Stoss, Archiv der Bremer Tageszeitungen AG, Otto Borchers, Eberhard Jäckh, Hinrich Meyer, Rosemarie Rospek, Aschenbeck & Holstein, Burda Druck und Verlag, Ullstein Archiv, Tele Bunk

Redaktion: Christine Kröger

Bildredaktion: André Aden, Christine Kröger

Gestaltung: Bremer Tageszeitungen AG, PAPP Werbeagentur GmbH

Druck: BerlinDruck GmbH & Co.KG

Weiterverarbeitung: Buchbinderei Düdden & Runge GmbH

Bremen, im April 2005 · ISBN 3-938795-00-X · Schutzgebühr 2,50 Euro

Geschichte verjährt nicht: Es geht nicht um **Schuld**, es geht um Verantwortung.





Sag nein!